

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 2. November 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Zustände in Sizilien.

II.

Sirgenti, an der Südküste Siziliens, das alte Agrigentum, ist der Hauptsitz der Schwefelgewinnung Siziliens. Von den Zuständen in den Schwefelgruben in der Gesamtprovinz Sirgenti, Zustände, die seit Jahrhunderten unter der korruptesten Regierung der Welt sich eingemischt haben und die seit dreißig Jahren das neue Königreich nie auch nur mit einem Gedanken von Reform und Gesetzesmaßregeln geändert hat, giebt uns eine Privatuntersuchung Aufschluß, die in diesen Tagen das bürgerliche Blatt „La Tribuna“ zu Rom veranstaltet hat. In Gesellschaft des Abgeordneten De Felice besuchte der Berichterstatter die Schwefelgruben von Campobello in der Provinz Sirgenti. Er schreibt: Die Arbeit in den Gruben wird von den Häuern (picoonieri) geleistet, die mit ihren Hacken das Schwefelmaterial aus dem Gestein herausheben. Von diesen Häuern hat jeder zwei Knaben, meist im Alter von 8-15 Jahren bei sich, die das herausgeschlagene Material aus den tiefen Gängen und Galerien durch enge Schächte an die Oberfläche tragen müssen. Er kauft diese Knaben von ihren Eltern um den Preis von 100-150 Franken (75-120 Mark), den er jedoch niemals in baar Geld, sondern in Getreide oder Mehl giebt. Er verkauft über die Kräfte dieser Kinder Jahre lang wie über Sklaven ohne jede Beschränkung. Die Knaben verdienen bei zwölfstündiger Tagesarbeit 40-60 Pfennige, die ihnen auch zum größten Teil nicht in Geld, sondern am Ende der Woche in schlechten, verfälschten Nahrungsmitteln ausgezahlt werden. Ihre eigene tägliche Hauptnahrung ist Brot und Zwiebel — genau dieselbe wie die Nahrung der ägyptischen Sklaven, die durch Geißelhiebe angetrieben die Pyramiden erbauen mußten — und bei dieser Nahrung müssen die Kinder 20-25 Mal des Tages über hundert Meter tiefen Schacht über die verfallenen Stufen, über Löcher und Hindernisse aller Art hinaufklimmen. Der Untersuchende schreibt: Alle diese gequälten Geschöpfe tragen die Zeichen gestörter körperlicher und geistiger Entwicklung, sie sind wahre Bilder verhungertes Sklaven und er schließt seinen ersten Bericht mit den Worten: Diese barbarische Arbeit, die so zarten Knaben auferlegt wird, schreit um Rache, und ist die Negation der elementarsten Forderung der Menschlichkeit. Man muß sich schämen, in einem Lande geboren zu sein, wo derartige Barbareien die täglichen, tatsächlichen Zustände der arbeitenden Bevölkerung sind. — Nun und dieses Land, dessen der Berichterstatter sich zu schämen erklärt, wurde neun Jahre lang von Crispi verwaltet und regiert, und Crispi ist Sizilianer und Crispi hat hunderte von Millionen in die afrikanische Wüste hinausgeschüttet und seine Nachfolger eifern ihm nach in Vermehrung des

herrlichen Kriegsheeres und in Erbauung der glänzenden Panzerschiffe.

Die Leser des „Vorwärts“ werden es begreiflich finden, wie bei solchen Zuständen — und die Zustände der Landarbeiter, der Miether, Aftermiether und Tagelöhner der Grundstücke sind ganz entsprechend — der Same des Sozialismus, den die wackeren Vorkämpfer, an ihrer Spitze begeisterte Männer wie Gabriele Bosco und De Felice gesät haben, auf fruchtbaren Boden fallen mußte und überraschend schnell in Saaten schoß. Ist ja der ganze Boden Siziliens vulkanisch und auch die Natur der Bewohner hat etwas Vulkanisches. Es wäre aber durchaus falsch, und wir betonen das ausdrücklich, gegenüber den erbärmlichen Lügen, Verläumdungen und Uebertreibungen der Bourgeoispresse, zu glauben, daß diese von den genannten Männern begründeten Organisationen nicht auf vernunftgemäßen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Grundlagen beruhten und nicht praktische Ziele verfolgten. So haben die Bourgeoiszeitungen die Lüge verbreitet, die Arbeiterbünde (Fasci di lavoratori) nehmen die ganze Familie der Arbeiter bis zu Kindern und Säuglingen zu Mitgliedern auf, während die Statuten ausdrücklich für ordentliche Mitglieder das 21. Lebensjahr vorschreiben. Um aber die armen Sklaven aus den Schwefelminen, die Knaben, die ja Lohnarbeiter sind, nicht von der Organisation auszuschließen, sind mit beschränkten Rechten Lehrlinge zugelassen, für deren Aufnahmefähigkeit das 14. Lebensjahr gilt. Das Programm unserer Fasci, sagt Bosco, ist kein anderes, als das der Sozialistischen Partei der italienischen Arbeiter, das auf Marxistischer Grundlage der Vergesellschaftlichung (socializzazione) der Arbeitsmittel mit Einschluß des Grund und Bodens zum Ziele hat, aber in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung jede Verbesserung der Lage der Arbeiter willkommen heißt und als Abschlagszahlung annimmt.

Dieser Thatsache gegenüber, die der Regierung wohl bekannt ist, möge man ihre letzte Maßnahme beurtheilen, die darin besteht, um dies zum Himmel schreiende Elend der Bevölkerung zu heben, uns den Polizeigeneral Senjales an der Spitze einer ganzen Armee von Sibirren und Carabinieri ins Land zu schicken!

Daß bis heute die drohenden Maßnahmen der Regierung die begeisterte Stimmung des Volkes, zumal der gequälten Landbewohner in keiner Weise zurückgeschreckt hat, beweist die Gründung neuer mächtiger Arbeiterbünde (Fasci) in den letzten Wochen und Tagen. In Castrogiovanni ward Ende voriger Woche unter großem Zustrom der Landbevölkerung ein neuer Fascio gegründet. Zur Einweihung kam aus Palermo der Abgeordnete Colajanni und De Felice mit seiner Tochter Maria, die selbst eine ausgezeichnete Rednerin, die schon vielfach die Frauen in Sizilien zum Sozialismus entflammt hat. Es kamen ferner die Vertreter zahlreicher anderer Vereine, so aus den Bergwerksgegenden Villarmosa, Scuteri und Campobello.

Die Wände des Versammlungsorts waren mit Fahnen und Sinnsprüchen bedeckt. Man las die Worte: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Es lebe Karl Marx! Hoch die internationale Sozialdemokratie! — Noch bedeutender war der am 12. Oktober abgehaltene Kongreß der sizilianischen Bergleute zu Grotte, einem Hauptsitz des Schwefelbergbaues. Dieser Kongreß verfehlte seinen Eindruck auch nicht auf die bürgerlichen Klassen durch die Ruhe und den Ernst seiner praktischen Vorschläge und Beschlüsse, die ohne das Ziel des Sozialismus zu verhehlen auf Abstellung der allerdringendsten und schreiendsten Uebelstände in der Bergwerksindustrie Siziliens gerichtet waren. Zum Präsidenten des Kongresses wurde Francesco De Luca, Vorsitzender des Fascio von Sirgenti erwählt. Er sprach in einer tief eindrucksvollen Rede von der Lebenslage der Häuer (picoonieri) und der Knaben — diese werden carusi genannt — in den Schwefelgruben Siziliens. Es ward in der ersten Sitzung eine Kommission von zwölf Mitgliedern des Kongresses ernannt, die in den Mittagsstunden Berathung hielt und deren Beschlüsse einstimmig vom Kongreß in der Abend-sitzung angenommen wurden. Die Hauptbeschlüsse sind:

Der erste Kongreß der sizilianischen Bergleute, während er im Kampfe für die Erleichterung der Lage der Schwefelarbeiter sich bereit erklärt, alle Verbesserungen anzunehmen, die in der gegenwärtigen politisch-ökonomischen Gesellschaftsordnung möglich sind, erklärt und bestätigt als seine Ueberzeugung, daß eine wirkliche Erlösung der Schwefelarbeiter nur erreicht werden kann durch das Ziel des Sozialismus, durch das Kollektiveigentum, die Sozialisirung des Grund und Bodens mit dem Wahlspruch: Die Mine den Minenarbeitern. Der Kongreß beschließt im einzelnen ein Minimum des Tagelohns für die Carusi, die Knaben, in den Gruben von 1,20-1,50 M., ferner ein Minimum für die Picoonieri, die Häuer, von 2,50 M., ferner das Aufhören des Mißbrauchs der Lohnauszahlung in Lebensmitteln (das Trucksystem, das noch in ganz Sizilien in voller abscheulicher Blüthe steht). Endlich beschließt der Kongreß die Gründung einer Widerstandsklasse für die Schwefelarbeiter mit Beitragsverpflichtung für jeden nach Verhältnis seines Lohnes.

Auch zu diesem Kongreß hatten sich aus der ganzen Provinz zahlreiche Arbeiter und Bauern mit ihren Familien eingefunden. Die Reden von De Luca, De Felice und auch hier die Ansprachen der jugendlichen begeisterten Sozialistin Maria De Felice erregten stürmischen Beifall und zeigten aufs neue, wie der Funke des Sozialismus unauslöschlich die Herzen der Sizilianer ergriffen hat.

Es wird bei den bevorstehenden ganz verkehrten brutalen Gewaltmaßnahmen der Regierung den Arbeiterbrüdern in Sizilien ein Trost und eine Stärkung sein, wenn die mächtige deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei durch irgend welche Kundgebung ihren Antheil, ihre tatsächliche Theilnahme den Bedrohten zu erkennen giebt.

Feuilleton.

149

Der Aufruhr in den Cevennen.

Eine Erzählung von Ludwig Tieck.

Als sie wieder aus den Ruinen traten, begegnete ihnen Jacoste's große Gestalt. „Edmund“, rief er, „Ihr und Euresgleichen treiben ein verdammlisches Handwerk. Ich habe mich den ganzen Tag versteckt gehalten, um die Abscheulichkeit nicht wahrzunehmen. Euer Gottesdienst hat gar zu strenge Ceremonien. Langmüthig ist Euer Gott, denn sonst würde er wohl etwas strenger dareinschauen. Dachte ich doch schon alles erlebt zu haben und die ganze Kreatur zu verstehen, aber auf meiner jetzigen hohen Schule lerne ich denn doch noch manches Neue.“

Wie erstaunten der Priester und Jacoste, als sie zwei Jugendfreunde in sich wiederfanden. „Ihr also seid jener fromme seufzende Jüngling“, rief Jacoste verwundert aus, „der in den Augen seiner Euphemia das ganze Empyreum sehen und finden wollte? Jetzt wandeln wir nun über die Blumen Eures religiösen Elysiums hinweg. Tretet nur dreist zu, denn diese Augen und Nasen fühlen unsere Fersen nicht mehr, diese Gesichter sind ja nur die abgelegten Masken, die noch von der gestrigen Medoute umherliegen. Ja dieser Waidgras hat viel an Kleidungsstücken verzettelt, die nicht einmal wieder geflickt werden können, sondern durch den schwärmenden Uebermuth gleich zu Pflunder abgetragen sind. Ei! ei! Edmund, Ihr Franziskusverehrer, das Haar ist auch seitdem weiß geworden, gleich den gelben Blumen der Wiese, und der erste Wind rauft es Euch aus.

Wo ist Euphemia? Wo Lucie? Wo unsere Thränen und Seufzer jener Tage? Ein altes Mädchen seid ihr im Umsehen geworden: und, nicht wahr, jene Jugendgefühle betteln Euch noch manchmal an, wenn auch nur, wie stumme Kinder, mit Mienen? Thut nun einmal mit Eurer überschwinglichen Liebe ein bißchen Wunder und erweckt diese Todten wieder, die uns hier im Wege liegen. Es ist aber noch die Frage, ob sie Euch danken würden, da sie einmal den Paß, wenn auch etwas halbsprechend, nach jenseits gethan haben; denn, beim Licht besehen, ist das sogenannte Leben ein verflucht langweiliges und niederträchtiges Wesen, und wenn man noch dazu täglich dergleichen Spaß erwarten darf, wie sich über die Käuze hier hergemacht hat, so muß man wirklich schon verdammt in schlechter Gerodtheit eingerosset sein, um nicht mit einem einzigen Halschnitt der ganzen Erbärmlichkeit ein Ende zu machen. So sind wir aber einmal alle.“

Unter diesen Gesprächen wandelten sie durch die Nacht. Der greise Pfarrer erwiderte nur wenig. Auch erlaubte es ihm seine Erschöpfung nicht, die so stark war, daß sie oft ruhen mußten. Je mehr Stunden verflossen, je tiefer war er bewegt, und je mehr wünschte er, nach dem Untergange seiner geliebten Gemeinde bald seine Auflösung zu finden, denn er wußte nun nicht mehr, wofür er noch leben sollte. Edmund sprach kindlich und liebevoll wie ein Sohn zu ihm, und der Alte vergab ihm von Herzen alles, was der junge Mann ihm Böses zugefügt hatte. „Wenn ich nur Deinen Vater noch einmal vor meinem Tode sehen könnte!“ sagte er tief gerührt, „oder“ — die Wehmuth erlaubte ihm nicht, weiter zu sprechen, doch errieth Edmund, wen er meinte.

Nachdem sie oft geruht hatten, erreichten sie mit der Frühe ein Dorf, das anmuthig unter grünen Bäumen lag. Hier wollten sie frühstücken, um ihren Weg nach Florac

fortsetzen zu können. Edmund war in einer Stimmung, als wenn ihm alles Leben und Sein in Traum und Nebel zerrinnen wollte. Sowie sie bei einem kleinen Hause vorüber kamen, an welchem sich im oberen Stock Menschen am Fenster zeigten, die aber beim Anblick der Uniformen schnell zurücktraten, sagte Edmund zu sich selbst: „Ich bin auf dem Punkt, wahnsinnig zu werden, denn ich sehe nun die Gestalten meines Innern; war es doch, als erblickte ich meinen Vater und Christinen und Evelinen; und nur, weil ich hier die beiden Freunde seiner Jugend mit mir führe. Sie wollten einen alten Mann, der Kräuter im kleinen Garten sammelte, nach der Schenke fragen, als die Frau aus der Hausthür trat und sich anbot, sie dahin zu begleiten, da sie doch selbst Geschäfte im Wirthshause habe, der Gasthof auch nicht so leicht zu finden sei, weil er in einer anderen Straße liege und im Orte selbst nur wenig Verkehr herrsche, der abseits läge und mit keinem großen Heerwege in Verbindung stehe.“

Unter diesen Nachweisungen begleitete sie die Schwaghende zur reinlichen Schenke des Dries. Die Leute hier waren eben erst aufgestanden und erschrafen, als sie Soldaten sahen, da sich seit dem Ueberfall der wenig entlegenen Ortschaften ein allgemeiner Schrecken der ganzen Gegend mitgetheilt hatte. Wein und Brot, auch warme Getränke erquickten die Ermüdeten, und Eustach und Bertrand hielten mit einigen andern Wache, um nicht unversehens überfallen zu werden. „Wer wohnt oben in Eurem Hause?“ fragte Edmund die Alte.

„Ach! lieber Himmel!“ fing die Alte wieder an, „das sind arme, unglückliche Deutschen, denen die bösen Rebellen auch das Zehnte weggebrannt haben; ein Bauerstmann, ein armer Wetter von mir, hat sich nun mit Tochter und Schwesterjohn zu mir geflüchtet, und wer weiß, wer weiß, nicht auch schon für unser Hättchen die Bohnsackel unter-

Die politische Lage in Oesterreich.

Die Wahlreform hat zu einer Krise der gesamten inneren Politik Oesterreichs geführt. Gegenüber der Vorlage der Regierung, welche, ohne das Curien-system zu durchbrechen, das Wahlrecht in den städtischen und ländlichen Bezirken beinahe bis zum allgemeinen erweitert, finden sich die drei maßgebenden Parteien des Abgeordnetenhauses zu einem geschlossenen Widerstand zusammen, welcher das Ministerium Laaffe veranlaßte, seine Demission zu geben. Vorläufig steht die Sache so, daß der Kaiser die Demission nicht annimmt, sondern den Reichsrath vortag hat. Das hervorstechendste und wichtigste Symptom der Lage ist die niederträchtige Haltung der Liberalen, welche ihre angeblichen Parteiprinzipien mit cynischer Offenheit mit Füßen treten, sich ohne Umschweife dem feudalen Potentat und dem vom Grafen Hohenwart geführten Klub der Konservativen angeschlossen haben. Graf Laaffe hat durch die vierzehn Jahre seines Bestehens unzählige Mal so brutale Junkerpolitik gemacht, daß er selbst die Opposition der Majorität des Parlaments hervorrief. Aber niemals wurde in solchen Fällen die Opposition ernst genug, um etwas ausrichten zu können, um die Stellung der Regierung auch nur irgendwie wesentlich zu erschüttern. In einer ganzen Reihe von Fragen hat die Regierung Laaffe dem Parlament passiven Widerstand geleistet, wie er in einem konstitutionellen Staate unmöglich wäre; immer und immer wieder sind die Herren zu Kreuz gekommen, haben schließ- lich den Staub von seinen Stiefeln gelüftet. Den Ausnahmestand in Böhmen anerkannt jedermann als politischen Fehler, als nicht nur gänzlich unmotiviert, sondern als direktes Verbrechen auf das bestehende Maß von Freiheit, das wir in Oesterreich haben; insbesondere aber entspricht die Aufhebung der Geschworenengerichte der Absicht, die ordinärste und offenkundigste Kabinettsjustiz an die Stelle des ordentlichen Richters zu setzen. Die Liberalen hatten sich aber von vorn herein gesüßt und feinerlei ernstlichen Widerspruch erhoben. Aber nun, als Graf Laaffe jenen Entwurf einbrachte, welcher, eine Halbheit an sich, eine Wahlordnung schafft, die nur um ein geringes weniger monströs ist, als die gegenwärtige, aber doch das Verdienst hat, in das bestehende Unrecht Verfaßte zu schießen, da erwachte alle Mannhaftigkeit, alle Strömtheit der bürgerlichen Parteien. Von keiner Seite wird auch verhehlt, warum. Es ist die Furcht vor der Sozialdemokratie, welche sie bewegt, und sie glauben, daß nur die künstlichen und absurden Formen, durch welche heute statt einer Volksvertretung ein Ausschuss von einigen adeligen und bürgerlichen Klippen zusammenkommt, sie noch für einige Zeit vor der sozialdemokratischen Fluth schützen wird. Man mußte es hören, wie der selbe Graf Hohenwart die Folgen davon schilderte, wenn das bisher indifferente Landvolk den „Verleumdungen“ der „sozialistischen Emissäre“ preisgegeben sein würde; wie die Abgeordneten der Finzen dem Minister vortrugen und nebenbei vor- zogen, daß der Sozialdemokratie 40 bis 50 Sitze zu- fallen müßten; wie die polnischen Grafen Javorski und Stadnicki den Weltuntergang prophezeiten, wenn die pol- nischen und ruthenischen Bauern, die sie noch immer als Leibeigene anzusehen und zu behandeln gewohnt sind, der sozialistischen Agitation zugänglich gemacht würden. So viel aber wurde unter dem Hochdruck der unmissverständlichen Stimmung der Gesamt- bevölkerung von allen Seiten zugegeben: die heutige Verfassung Oesterreichs ist unhaltbar, sie ist fernerhin unmöglich. Und von allen Seiten beilegte man sich, Vorschläge zu machen, die freilich weniger auf eine Behebung des Uebels als auf eine Verschleppung der Reform hinauslaufen. Der brutalste Klassenegoismus, das kleinste und bornirteste Sich- festklammern an jedes einzelne Mandat kam sowohl von seiten des hohen Adels als von der verehrlichen Bürgerchaft zum grotesksten Ausdruck. Immer aber steht fest, daß die von der Sozial- demokratie geführte Wahlrechtsbewegung den Erfolg gehabt hat, daß, wo man in der letzten Session des Parlaments, im Frühjahr, gar keine Rede war, die Nothwendigkeit des allgemeinen Wahlrechtes von allen Seiten anerkannt wird. Alle Gegen- bestrebungen sämtlicher Parteien laufen nur darauf hinaus, die heutigen Parlamentgruppen durch Einschachtelung der neuen Wählermassen in Curien möglichst zu schützen. Haben die Ver- treiter Oesterreichs also auch nicht im Sturm das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht erobert, so haben sie doch ihrer Energie den ganz ungeahnten Erfolg zu verdanken, daß in so überraschend kurzer Zeit die Grundlagen der Verfassung im Bewußtsein aller über den Haufen geworden sind, daß niemand daran zweifelt, daß der Bürgerkrieg bevorsteht, wenn man ver- sucht, das Wahlrechts-Monopol für die Besizenden, den heutigen Besitz, aufrecht zu erhalten oder seine Befestigung auch nur wesentlich hinauszuschieben. Allerdings wird weder das gleiche noch das direkte Wahlrecht zugestanden. Ja, alle Versuche zur Wahlreform, alle Anträge, die irgend eine Aussicht haben, von der derzeitigen Majorität angenommen zu werden, laufen darauf hinaus, durch eine, den heutigen Curien (Großgrundbesitz, Handels- klammern, städtische und ländliche Bezirke) angelegte 6. oder vielleicht auch 6. Kurie der Arbeiterschaft eine Vertretung zu geben, in einem Wahlkörper, der sie möglichst von anderen Be- völkerungsklassen isolirt, und es ihr unmöglich machen soll, die heute im Besitz der alten Parteien befindlichen Mandate zu er- langen. Aber die Herren werden sich gründlich täuschen.

Alles was sie durch eine künstliche Eintheilung der städtischen und ländlichen Bezirke erreichen können, ist, daß sie neben Sozial- demokraten eine ungefähr gleich große oder noch größere Anzahl von liberalen Abgeordneten, die ja die Regierungspartei des liberalen Ministeriums bilden werden, hineinbekommen. Was sie aber auch auf diese Weise nicht hindern werden, ist die gründliche Aufwählung der beschlossenen Volklassen, ist die Aus- nützung des Wahlrechtes für die sozialdemokratische Agitation.

Die Erregung der Massen ist eine beispiellose in Oesterreich. Jedermann fühlt, daß dieses europäische China an einem Wendepunkt seines Geschickes steht; ja es scheint beinahe, als ob in Oesterreich eine Abart von parlamentarischer Re- gierungsform platzgreifen sollte. Die liberale Presse, welche vor Entzücken aus dem Häuschen geräth, weil man, was seit dem Bürgerministerium unerhört ist, die Minister den Majoritätsparteien zu entnehmen sich anheißelt, schweigt freilich davon, daß nicht der Kaiser sich zur parlamentarischen Regierung bekant hat, sondern daß das Parlament hoffähig geworden ist, seitdem es alle Parteiuerschiede verwischt und sich als reaktionär sans phrase dem Kaiser zur Verfügung gestellt hat. Was nun in Oesterreich an die Regierung kommt, ist eine Kartellmajorität ungeheuerlichster Art. Liberale und Konservative sind in eine Allianz gezwungen durch den Ansturm des Proletariats. Ohne Zweifel werden Zwistigkeiten und Interessensfeitel- leiten die vereinigten Parteien über kurz oder lang wieder auseinander bringen, aber sie werden aus dieser Allianz nicht anders als mit Verlust ihres Ansehens herausgehen, jede einzelne kompromittirt durch das Bündniß mit der anderen, sie bezahlen alle ihre Herrschaft mit dem Verlust ihrer Parteibasis.

Wie lange es dauern wird, bis ein Ministerium gebildet ist, läßt sich nicht absehen. Kaiser Franz Josef ist nicht der Mann der raschen und entscheidenden Entschlüsse, und es scheint eine Persönlichkeit zu fehlen, die ihm den gewöhnlichen starken und ent- scheidenden Impuls giebt. Noch ist es absolut nicht sicher, daß das Ministerium Laaffe wirklich abgethan ist, und man hat, um Zeit zu gewinnen, das Abgeordnetenhause verlegt. Für die Stimmung, von welcher aber die österreichische Arbeit- schaft beherzigt ist, legt Zeugnis ab eine Resolution, die in drei Riefenmeetings am Montag, den 30. Oktober, von zusammen 12-15000 Arbeitern gefaßt wurde:

Die heutige Versammlung verurtheilt aufs schärfste die Haltung der drei großen Parteiparteien in der Frage der Wahlreform und konstatiert, daß die liberale Reaktion num- mehr ein unverhältnißes Bündniß mit der liberalen und der feudalen Reaktion eingegangen ist zum Zwecke der Bekämpfung des Volkes, welches sein Recht fordert. Die zahlreichen An- träge, die eingebracht wurden, sind lächerliche Versuche, die Wahlreform zu verschleppen, zu verjampfen und das bestehende Wahlrecht zu konserviren. Die Versammlung erklärt weiter, daß die klassenbewusste Arbeiterschaft dieses volkfeindliche Bündniß der drei reaktionären Parteien nicht fürchtet und daß die vereinigte reaktionäre Masse die von der revolutionären Sozialdemokratie geführte Bewegung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes nicht aufhalten wird. Möge die gegenwärtige Regierung oder irgend eine ihr folgende alle Mittel der Gewalt anwenden, das arbeitende Volk ist ent- schlossen, rücksichtslos und unerschrocken an die Forderung seines Rechtes zu schreiten.

Nachschrift.
Soeben wird berichtet, daß der Kaiser die Abgeordneten Piener (liberal), Hohenwart (liberal) und Javorski (Pole) empfangen hat und mit ihnen über die Bildung eines Koalitionsministeriums verhandelt. Es zirkuliren selbstverständ- lich alle möglichen Gerüchte und Ministerlisten. Es giebt keinen Abgeordneten, so dumm er sein mag, der nicht in diese Deporellis- listen aufgenommen wird. Als Ministerpräsident wird in den meisten Kombinationen an den Fürsten Windischgrätz ge- dacht, einen Neffen des Belagerers von Wien, welcher bisher eine Mittelstellung in dem Nationalitätenwitz zwischen Deutschen und Czechen einnahm. Er gilt als ein den Liberalen nicht un- günstig gesinnter Cavalier, was nicht ausschließt, sondern vielmehr bedeutet, daß er ein Exreaktionär ist. Sicher ist, daß die deutschliberale Partei mit beiden Häfen in ein Bündniß mit den Liberalen und Polen hineinspringt, und keinerlei politische Bedenken aufkommen ließ. Sie wirft sich den Schwarzen geradezu an den Hals, während die Parteigänger des Grafen Hohenwart noch respektabel genug sind, wenigstens Vor- behalte zu machen und sich der liberalen Umarmung gegenüber einigermaßen stolz und reservirt verhalten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. November.
Aus der letzten Reichstagswahl-Statistik sei heute nur hervorgehoben, daß sie, mit den Ziffern von 1890 ver- glichen, außer für die Sozialdemokraten (Zunahme 359440 Stimmen), noch für das Centrum (126388), für die Deutsch- konservativen (189209) und für die süddeutsche Volkspartei (19187) eine Stimmenzunahme ergibt, dagegen eine Stimmenabnahme für die Freisinnigen bei der Frak- tionen (242844), für die Nationalliberalen (190689), für die Freikonservativen (47529), für die Polen (17242). Die Sozialdemokratie ist also nicht nur die größte Partei, sondern sie hat auch absolut und relativ den größten Stimmen- zuwachs.

Das Ergebnis der Landtagswahlen kann nach den vorliegenden Depeschen noch nicht beurtheilt werden. Allen Anscheine nach hat sich an der Zusammensetzung des Land- tages nichts geändert. Die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner findet am 7. November statt.

Zur Breslauer Landtagswahl. Die nun aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossenen Handlanger der

freisinnigen Partei in Breslau geben den sich entzückt über das entschiedene und prinzipiell nach jeder Richtung auszu- erkennende Vorgehen der „Volksmacht“. Wir sind über- zeugt, daß die kleinen Gernegroße, die die Sozialdemokratie zur Gefolgschaft des Freisinnigen degradiren wollten, nachdem der Parteitag so deutlich gesprochen, einsehen werden, daß ihr Vorgehen geeignet gewesen wäre, die Partei zu schä- digen, wenn die Breslauer Parteigenossen sich kurzen Prozeß gemacht hätten, indem sie die Herren Störenfriede kräftiglich von den Hochsöhnen abschüttelten.

Mit unserem Parteitag ist die gegnerische Poesse natürlich garnicht zufrieden. Weil wir uns nicht „spalte- ten“ und keinen „Unabhängigen“-Standal hatten, war der Kongreß „langweilig“; und die „Hamburger Nachrichten“ finden ihn sogar geistlos. Nun Geist heißt auf lateinisch: Spiritus, und Spiritusreden, oder Spritreden werden aller- dings auf sozialdemokratischen Parteitag nicht gehalten. Und noch Eins mögen die „Hamburger Nachrichten“ sich merken: wir können — und das haben wir in Köln wie auf all unseren früheren Kongressen gethan — wir können alle unsere Angelegenheiten rücksichtslos vor den Augen und Ohren der Welt verhandeln, ohne daß wir einen u n - politischen Prozeß zu fürchten haben, wie gewisse Leute.

Zum Parteitag gingen der Parteileitung und dem Kongresse zahlreiche Begrüßungsschreiben aus dem In- und Auslande zu. Wir drucken das der spanischen Parteileitung hier ab:

Werthe Genossen!
Das Nationalkomitee der sozialdemokratischen Partei Spaniens, jeder Zeit von dem Wunsche befeßt, seiner Soli- darität mit allen Mitkämpfern gegen das Lohnsystem Ausdruck zu geben, bemut den Anlaß der Abhaltung Eures Jahres- kongresses, um Euch brüderlich zu begrüßen und wiederum seine Bewunderung für diejenigen auszusprechen, die mit so vielem Eifer die Sache des Proletariats verfechten und die den Weg bahnen, auf dem alle revolutionären Sozialisten folgen sollen.

Wir sind überzeugt, daß Eure Beschlüsse den Emanzipations- kampf des Proletariats und die Erringung unserer Ideale fördern werden. Wir folgen Euren Beschlüssen mit Beifall und stimmen ihnen vollständig zu.

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!
Es lebe der internationale Sozialismus!
Es lebe die Vereinigung der Proletarier der ganzen Welt!

Für das Nationalkomitee der Sozialistischen Partei Spaniens.
Paul Iglesias, J. do Diaz,
Präsident, Sekretär,
Madrid, den 19. Oktober 1893.

Das neue Steuerbouquet. Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: Wie jetzt mitgeteilt wird, beabsichtigt Finanz- minister Miquel in der That, die Reichssteuern um nicht weniger als 100 Millionen Mark zu erhöhen. Und zwar sollen aufgebracht werden 50 Millionen Mark durch die Tabakfabriksteuer, 36 Millionen Mark durch Erhöhung und Vermehrung der Reichs-Stempelabgaben, der Rest durch die Weinsteuern.

Aus der Summe von 100 Millionen Mark soll den Einzelstaaten auf die Dauer von 5 Jahren ein fester Be- trag von 40 Millionen überwiesen werden. Die Einrichtung der Matrikularbeiträge und der lex Frankenstein wird nur formell beibehalten. Eine Erhöhung der Matrikularbeiträge ist künftig ausgeschlossen. Im Falle, daß die Ausgabeb- dürfnisse sich erhöhen, soll noch ein System von Zu- schlägen zu den bestehenden Reichssteuern platzgreifen. Be- tragen die Einkünfte des Reichs in einem Jahre mehr, als die Ausgaben und die 40 Millionen Ueberweisung an die Einzelstaaten erfordern, so soll der Ueberschuß zu einem verzinslichen Fonds angelegt werden, aus welchem die Fehlbeträge späterer Jahre gedeckt werden können. Wächst dieser Rezervefonds über 40 Millionen an, so soll der Ueberschuß zur Schuldentilgung verwandt werden.

Als neues Steuerprojekt erscheint auf der Bildfläche eine Stempelsteuer auf Frachtbriefe. In Frankreich hat man eine solche Stempelsteuer eingeführt aus Anlaß der Finanznoth nach dem Kriege infolge der Milliarden- zahlung an Deutschland. Jetzt soll das Deutsche Reich diese Belastigung und Vertheuerung der Verkehrswege nach- ahmen durch Anferlegung eines Frachtempels von 10 Pf. auf den Frachtbrief. Natürlich trifft dieser Frachtempel die Frachtbriefe über kleinere Werthe verhältnißmäßig höher als die größeren Frachtsendungen. Der Ertrag dieser Steuer wird auf 10 bis 12 Millionen Mark berechnet.

Weiterhin soll ein Quittungsstempel eingeführt werden nach Maßgabe des Geschenkwerths von 1880-81. Danach wird ein Frachtempel von 10 Pf. gelegt auf alle Quittungen von 20 M. und darüber. Auch hierfür beruft man sich auf das Beispiel von Frankreich. Im Jahre 1881 stimmte im Reichstage allein der Sohn des Fürsten Bismarck für den damaligen Geschenkwerth. Auch der Quittungsstempel stellt nicht nur eine Belastigung des Verkehrs dar, sondern muß geradezu anreizend wirken, Barzahlungen hinauszuschieben oder zu größeren Beträgen auflaufen zu lassen.

In bezug auf die sogenannten B ö r s e n s t e u e r n wird jetzt bekannt, daß die Regierung beabsichtigt, es nicht bloß bei der im vorjährigen Gesetzentwurf vorgesehene Verdoppelung des Stempelsteuerjahres auf Kauf- und Anschaffungsgeschäfte beenden zu lassen. Es soll für Kauf- und Umjahrgeschäfte in ausländischen Schuldverschreibungen und Aktien der bis- herige Satz verdreifacht werden.

Endlich soll die Stempelsteuer für Lotterielose von 5 auf 8 pCt. erhöht werden. Diese Erhöhung trifft zugleich die Lidses am Totalisator, weil dieselben seit dem Herbst 1890 von den Steuerbehörden den Lotterielosen gleichgeachtet werden.

Nach der „Post“ soll der neue Quittungsstempel möglicher Weise auch von Checks und Giroanweisungen er- hoben werden.

Eine Amnestie gab es jüngst in Sachsen, um das 50jährige Militärjubiläum des Königs zu feiern, und folg- lich auch eine militärische Amnestie. Wer alles begnadigt ward, wissen wir nicht, es wird einfach gemeldet: 29 Mil- itärs — „nicht Offiziere“ sagt man, und wir glauben es auch, denn bestrafte Offiziere brauchen in der Regel mit der Begnadigung nicht auf ein Jubiläum zu warten; wohl aber wird ein Soldat erwähnt, der zu 20 Jahren Ge- fängniß verurtheilt war, weil er gegen Vorgesetzte sich in Worten (nicht thätlich) vergangen, und der von diesen 20 Jahren achtzehn Jahre der Freiheit beraubt, in der

wegs ist, womit der Herr der Heerschaaren uns in seiner Erbitterung heimleuchten will. Denn wo ist heut zu Tage noch Sicherheit oder Affekuranz wie vormals. Alles ist ja Trübel und Kriegesgeschrei, und die sonderbarsten Fatalitäten treiben den Menschen hin und her, wie es nur in den alten Wunderhistorien geschehen ist. Und die Angst wird immer größer und der Verdacht immer stärker. Wo man nur Soldaten sieht, möchte man gleich in ein Maulwurfs- loch kriechen, und wenn man auch den allerbesten und richtigsten Glauben in sich fählt.

„Ist Euer Drummeter noch nicht wieder zurück?“ fragte der dicke Wirth.

„Der muß,“ antwortete die Alte, „rein weg ver- schwunden sein; mein einfältiger Mann aber grämt sich um den Schall und meint, in den Bergen könnte ihm ein Unglück zugestoßen sein, weil der lange Maßebalg doch schon alt und verkrümmert wäre und manchmal einen starken Duffen bekommt. Als wenn an dergleichen Land- streichern viel gelegen wäre, da so viele reptierliche Leute ins Gras beißen müssen, die doch wohl mehr Konnexion und Autorität haben als der Affentürl, der hier den Mamsignör vorstellen will.“

„Jawohl,“ sagte der Wirth. „Wie geht es aber auch den Katholiken, vollends den armen Geistlichen, so wie der alte, greife, ehrwürdige Herr dort auch sein wird, der nun ebenfalls flüchtet. In Florac sollen gestern schon etliche angekommen sein. Auch die Klöster leiden. Es war in der Nacht ein Wandersmann hier, der den Ueber- fall eines Schlosses berichtete, wo einige geistliche Frauen zum Besuch gewesen waren, die nach Nismes oder Mont-

pellier hingehören mögen. Kreuz und Glend ist im ganzen Lande. Und woher nur das Unheil gekommen ist? Jede Partei giebt der andern die Schuld.“

Man brach wieder auf, und die ausgestellten Wachen schlossen sich dem Zuge wieder an. Ein glühendes Morgen- roth hatte sich durch den ganzen Himmel ausgegossen, so weit das Auge reichte, als man erst die Thäler verlassen hatte, war die Luft mit den seltsamsten und mannigfaltigsten Lichtern brennend erleuchtet. Aus dem Walde von der Anhöhe links stürzte eine bejahrte Dienerin und rief: „O gottlob, daß ich königliche Truppen sehe! Helft meiner guten Herrschaft!“ Sie lief zurück und führte eine alte Nonne, die ohnmächtig schien. Sie kamen näher, man erquickte sie mit Wein. Da der Pfeifer ihren Familiennamen nennen hörte, rief er: „Euphemia!“ und sank vor ihr nieder. Sie war es, sie hatte sich vom abgebrauchten Schlosse kaum mit ihrer Aufwärterin nach dem Walde retten können, wo sie die Nacht in der größten Angst verlebte hatte. Der Alte nannte sich ihr. „Hast Du denn meiner wohl und unserer Jugend zu Zeiten gedacht?“ fragte er mit bebender Stimme. — „Kann man das Leben vergessen?“ antwortete die sterbende Euphemia mit brechendem Auge. „Und Du, Edmund?“ — „Ich lebte Dir, ich sterbe mit Dir,“ sprach der Alte, und beide ver- schieden erschöpft an der zu starken Nahrung des wunder- samen Wiederfindens, indem die Strahlen des Morgens wie in Glorien um ihre verklärten Angesichter leuchteten.

Wagen, die aus Florac kamen, und deren Eigen- thümer von Edmund den kurzen Bericht gehört hatten, führten die Leichen nach der Stadt, um sie in geweihter Erde zu begraben.

Blüte der Jugend, lebendig begraben, dem lebendigen Tod geweiht wegen einiger im Born gesprochenen Worte! O dieser humane Moloch!

Die Dienstauftragsgesetze kommen am 1. April 1894 für alle Beamten zur Durchführung, nur nicht, wie verlautet, für die Beamten der Reichspostverwaltung. Warum gerade die so hartangestregten Postbeamten von den Zulagen ausgeschlossen bleiben sollen, ist uns unerfindlich. Bringt doch die Postverwaltung sehr große Ueberschüsse in die Reichskasse, an denen diejenigen, welche sie verdienen helfen, vollberechtigte Ansprüche haben.

Wer hat den Nutzen von der Unfallversicherung? In einer hiesigen großen Aktienbrauerei, dem Böhmisches Brauhaus, dessen Leiter Vorsitzender der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, Sektion VI ist, werden den durch Unfall zu Schaden gekommenen Arbeitern die Renten, die sie erhalten, vom Lohn abgezogen. Bis jetzt sind davon 7 Arbeiter der Brauerei betroffen, denen insgesamt um monatlich 157,25 M. der Lohn gekürzt wird. Jährlich macht das für die Brauerei die respectable Summe von 1887 M. aus.

Der Gedanke des Gesetzgebers, den verletzten Arbeiter durch die Rente schadlos zu halten, wird hier in eigenhämlicher Weise durchgeführt.

Festgestellt ist nun zwar nicht von uns, ob die Direktion des Böhmisches Brauhauses die Summen, die sie den Arbeitern für die erhaltene Rente vom Lohn abzieht, wieder in die Kasse der Berufsgenossenschaft zurückwandern läßt, es ist dies auch nebenbei, hier kommt hauptsächlich in Betracht, daß die Direktion wohl die volle Arbeitskraft des Verletzten ausnützt, die ihre Arbeit nach wie vor den Unfällen verrichten müssen, ihnen aber den Lohn um den Betrag der Rente kürzt. In diesem Falle hat also der Unternehmer den Vorteil.

In einem Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamtes bezüglich der Auslegung des § 5 des Unfallversicherung-Gesetzes heißt es da:

Der Verdienst, den ein Verletzter nach einem Unfälle erzielt, ist für die Bemessung der ihm zu gewährenden Rente nicht maßgeblich. So ist es belanglos, wenn ein in seiner Erwerbsfähigkeit offenbar beschränkter Verletzter (der z. B. den linken Beifinger verloren hat) nach seiner Heilung bei seinem früheren Arbeitgeber denselben Lohn wie vor dem Unfälle verdient.

Daraus geht also hervor, daß der Unternehmer nicht berechtigt ist, den Betrag der Rente seinen Arbeitern am Lohn abzuziehen.

Die Menschenfreundlichkeit der Direktion des Böhmisches Brauhauses mag es ja nun zuwege bringen, daß die Arbeiter, die ihre Knochen opfereten, für die gute Diodende, die die Gesellschaft alljährlich denen zahlt, die einen Betriebsunfall nicht erleiden können, wegen irgend einer Kleinigkeit entlassen werden; sie werden aber beiseite nicht deshalb auf das Pfaster fliegen, weil obige Thatsache bekannt geworden ist.

Die bayerische Kammer hat die Ermächtigung zur Verfolgung der „Münchener Post“ wegen Beleidigung des Landtages verweigert.

Wer macht die Revolutionen? Die Narren oder Degenerierten (Entarteten, krankhaft Veranlagten)! — also fragte und antwortete der Wiener Irrenarzt und Universitätsprofessor Wagner von Lauregg jüngst in einem Vortrage. Daß Narren und Degenerierte, wie z. B. König Ludwig XVI. von Frankreich, Revolutionen machen können, das wußten wir freilich längst, aber der Wiener Herr Professor meint die Sache anders, und geht systematisch zu Werk. Er ist der Ansicht des italienischen Gelehrten Lombroso, der, selber an Monomanie leidend, alle ihm nicht normal erscheinenden Menschen zu Monomanen (Verrückten, an fixen Ideen Leidenden) stempelt, alle Verbrechen und soziale Erscheinungen auf körperliche und seelische Naturanlagen der Menschen zurückführt. Herr Lombroso hält z. B. den Anarchismus aller Ernst für eine epidemische Krankheit, nicht figurlich, sondern im eigentlichen Sinne des Wortes. Und noch weiter geht der Wiener Professor, der in den italienischen Wahnsinn mit deutscher Gründlichkeit Methode bringt. Er sagt:

Die Mehrzahl der Degenerierten (Entarteten, krankhaft Veranlagten) ist nicht konfessionsfähig im Kampfe ums Dasein; sie sinken in fataler Notwendigkeit tiefer und tiefer auf der sozialen Stufenleiter und kommen endlich häufig genug entweder durch den Ausbruch einer wirklichen Psychose ins Irrenhaus oder aber durch ihre Lebensführung ins Arbeitshaus oder Zuchthaus. Sie bilden einen beträchtlichen Prozentsatz der untersten sozialen Schichten, besonders in den Großstädten. Sie, die ewig Unzufriedenen, heften sich an alle sozialen und politischen Umwälzungen, die den Umsturz des Bestehenden bezwecken, und trüben durch ihre Ausschreitungen an und für sich berechtigte Bewegungen. So sehen wir auch der großen an und für sich gesunden Bewegung, welche die Signatur unseres Zeitalters ist und nach aller Wahrscheinlichkeit noch lange bleiben wird, vermögende deren sich sozial tiefstehende Schichten zu Macht und Geltung emporzuarbeiten suchen, eine Menge solche degenerierte Elemente angeheftet und sie durch Ausschreitungen diskreditieren, wie dies vor allem in der wahnwitzigen, in Gräueln schmelzenden Sekte der Anarchisten zum Ausdruck kommt. Es giebt aber keine gesellschaftliche Ordnung, bei der die Degenerierten oben auf sind, und wenn vorübergehend einmal ein solcher Zustand geschaffen wird wie bei der Pariser Kommune, so kann es sich nur um eine durch Wahnwitz und Gräueln sich selbst rasch verzehrende Bewegung handeln — nicht um eine Epoche in der menschlichen Entwicklung, sondern nur um eine Episode.

Dem Herrn Professor ist jede revolutionäre Bewegung ein Ausfluß und Ausbruch von Hirnkrankheit. Für die sozialen und politischen Ursachen hat der gelehrte Herr kein Verständnis. Die mit Händen zu greifende, in jeder Stadt, ja auf jedem Dorf in die Augen springende Thatsache, daß soziale Elend körperliche und geistige Degeneration (Entartung) erzeugt, ist dem Wiener Professor ebenso verborgen geblieben, wie seinem Kollegen Kraft-Ebing, der voriges Jahr in Wien über dasselbe Thema dieselbe Rede hielt.

Da ist der italienische Professor Ferri denn doch ein anderer Bursche, als seine zwei Stubengelehrten deutschen Mitprofessoren. Er ist auch Irrenarzt, sieht auch die unmittelbare Ursache vieler sogenannten Verbrechen in körperlicher und geistiger Degeneration, aber er hat auch erkannt, daß das Verbrechen, auf seine letzte Ursache zurückgeführt, eine soziale Krankheit ist, und daß die körperliche und geistige Degeneration nur eine Folge dieser Krankheit. Und weil Professor Enrico Ferri das begriffen hat und ein Mann von Logik und Charakter ist, so ist er Sozialdemokrat geworden.

Die Herren Kraft-Ebing und Wagner von Lauregg als gute deutsche Professoren werden sich wohl hüten, dem bösen Beispiel zu folgen.

*) Die Reichs-Unfallversicherungs-Gesetze, dargestellt von Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamtes. Seite 145.

Schweizerischer Arbeiterkongress. Der Geschäftsführungs-Ausschuß der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat auf den 25. und 26. November einen Parteitag nach Ditten einberufen.

„Der erste Leichnam“ ruft die „Pétite République“ dem französischen Ministerpräsidenten Dupuy zu, und brennt ihm das Wort Mörder! (Assassin) auf die Stirn. Der „erste Leichnam“ ist der des im Norddepartement getödteten Arbeiters, dessen Tod gestern erwähnt ward. Wie wir jetzt erfahren, ist der junge Mann, der an dem Streik ganz untheilhaftig war, das Opfer der Brutalität betrunkener Gendarmen geworden, die am Sonntag bei Lievin (nahe bei Lens) auf eine Gruppe von Menschen ohne jede Veranlassung feuerten. Das Seitenstück des Opfers von Jourmies!“, sagen die französischen Arbeiter. Das „Opfer von Jourmies“ stürzte eine Regierung. Das Opfer von Lievin könnte Herrn Dupuy verhängnisvoll werden.

Italien. Die Kammer ist auf den 23. November einberufen. Wie es heißt, will Giolitti dann sofort die Vertrauensfrage stellen. Er wird wohl müssen. Seine letzte „Programmrede“ war eine so vollständige Bankrotterklärung und eröffnete für Italien so traurige Aussichten, daß die Kammer nicht länger unthätig verharren kann. Freilich, — was thun? Wer soll helfen? Wie ist zu helfen? Wo alles morsch und faul ist, und kein Nagel mehr hastet, da läßt sich kein Bau mehr fest fügen. Giolitti stützen ist leicht, aber wo ist der Nachfolger, der es besser macht? Die Rudini und Crispi, die nach dem Ministerpostenfalle gierig die Hand strecken, haben es als Minister genau ebenso gemacht.

Zwischen wird der Ruf nach Abrüstung immer lauter erhoben. Daß die unverhältnismäßig große Armee und Flotte die Hauptschuld an der Finanzverruftung tragen, unterliegt keinem Zweifel, und auch nicht, daß der Dreißigjährige dieser unverhältnismäßig großen Belastung die Hauptschuld trägt. Allein Italien leidet nicht bloß unter einer Finanzkrise. Es ist wirtschaftlich gerüttelt, Handel und Wandel liegen völlig darnieder, die Quellen des Wohlstandes sind versiegt, und das von der Natur so gesegnete Land bietet heute ein ähnliches Schauspiel dar, wie zur Zeit der altrömischen Bürgerkriege und Särgen: das Paradies ist eine Stätte des Glendes, die sippigen Gesilde eine Wüstenei, und wo Glid und Ueberfluß herrschen könnte, hält die mörderische Pellagra (Hungerpest) ihre unbarmherzige Ernte.

Von der Kammer ist keine Rettung zu erwarten, so wenig wie von Giolitti, Crispi, Rudini. Der Monarch thront rathlos inmitten der allgemeinen Rathlosigkeit. Und es wird „weiter gewürfelt“ — das international-gemeinsame Programm unserer modernen Junfstaatsmänner.

Der Schlammschleuderer des italienischen Panama wirft nach wie vor Schmutzmassen aus. Jetzt beschuldigt der junge Lanzongo Herrn Crispi, nicht bloß mitgeschwunden, sondern auch ihn zu den Angriffen auf Giolitti veranlaßt zu haben. Komischer Weise verteidigt die „Woffische Zeitung“ Herrn Crispi als einen Ehrenmann, dem derartige Schmutzereien nicht zugutrauen seien. Aber seit Crispi zum Verräther an seiner Partei und zum politischen Streber geworden ist, hat er bei unzähligen Gelegenheiten den Befähigungsnachweis für Praktiken, wie die, deren Lanzongo ihn anklagt, aufs Gründlichste erbracht.

Doch Crispi ist zu klug, um sich so zu kompromittieren, meint Tante Woff. Ei, die liebe Unschuld und bürgerliche Moral!

Klug sind sehr viele Hallunken, und die Klugen halten sich insgesamt für „zu klug“, um hereinzufallen — bis sie erwischt sind.

Die Monroe-Doktrin, zuerst aufgestellt von dem amerikanischen Präsidenten Monroe (1817—1826) im Jahre 1823, gipfelt in dem Wort: „Amerika den Amerikanern“ — keine auswärtige Macht hat das Recht, sich in die amerikanischen Angelegenheiten einzumischen. Als vor Kurzem von europäischen Einmischungsversuchen in Brasilien die Rede war, verwies man sofort auf die Monroe-Doktrin, und die betreffenden Regierungen beeilten sich auch — jedenfalls auf einen Wink mit dem Zaunpfahl von Washington her —, ihre Flottenbefehlshaber zu desavouieren. Jetzt hat nun aber der englische Admiral vor Rio Janeiro, um seine „Neutralität“ zu beweisen, die Flagge der Aufständischen sowohl als die der offiziellen Regierung salutieren lassen, und dies hat man in Washington trumm genommen. Wello gilt dort als Agent monarchischer Verschwörer, die auch in Europa Verbindungen haben; und um keinen Zweifel zu lassen, daß sie keine Wiederaufrichtung der Monarchie in Brasilien bulden wird, hat die Vereinigte Staaten-Regierung soeben ein Kriegsschiff nach Rio Janeiro geschickt und die Absendung weiterer in Aussicht gestellt. Das wird wirken.

Afrikanisches. Die Engländer behaupten, gegen die Matabele's einen großen Sieg erfochten zu haben. Wir kennen diese „großen Siege“.

Parteinachrichten.

Partei-Presse. Unser Stettiner Bruderorgan, der „Volkshote“, erscheint vom 1. November täglich, statt wie bisher dreimal wöchentlich. Der Fortschritt der sozialdemokratischen Partei ist hervorleuchtend gerade an unserem Stettiner Parteiblatt zu erkennen. Als dasselbe vor mehr als 8 Jahren gegründet wurde, erschien es zunächst wöchentlich nur einmal in ganz kleinem Formate. Einen Monat später wurde es wöchentlich zweimal herausgegeben. So klein das Blatt auch damals war, es erfüllte seinen Zweck und sicher hätte zu jener Zeit niemand vorausgesehen können, daß es auch noch täglich erscheinen würde. Dies ist nun endlich der Fall, nachdem der „Volkshote“ seit über 8 Jahren wöchentlich dreimal erschienen und auch zweimal in Formate verändert worden ist. Die Stettiner Parteigenossen werden dafür sorgen, daß ihr Organ auch ferner sich entwikelt.

Die Märkische Arbeiter-Zeitung und die „Hagener Volkswacht“ sind seit dem 1. November mit einander verschmolzen und erscheinen fortan unter dem Titel „Westfälische Volkstribüne“.

Die Rothschen. Am 6. August feierte der Arbeiter-Turnverein Apolda „Freie Turnerschaft“ sein 1. Stiftungsfest. Zu den Festlichkeiten gehörte auch ein Festzug, bei welchem, wie üblich, einige Fahnen mitgeführt wurden. Soweit wäre ja nun alles in Ordnung gewesen, aber die eine Fahne soll — man erschrecke nicht — roth angesehen haben. Der Träger dieser

Fahne nun, der Maurer August Ahlendorf, soll durch das Tragen „groben Unfug“ verübt haben. Vor Gericht behauptete nun Ahlendorf, es sei dies gar keine „richtige rothe Fahne“ gewesen, denn erstens sei sie nicht ordentlich roth gewesen und zweitens habe sie auch noch andere Farben enthalten. Der als Junge vorgeladene Wachtmeister Jeller weiß aus eigener Wissenschaft wenig zu belunden; er sei von verschiedenen Leuten, so u. a. von dem Agenten Bloßfeld aufmerksam gemacht worden. Bloßfeld hatte ihm gegenüber geluhert: „Es sei doch eine Schande, jetzt ziehe diese Gesellschaft sogar am hellen Tage mit rothen Fahnen in der Stadt umher.“ Das Gericht beschließt, die heutige Verhandlung zu verlagern. Zur nächsten Verhandlung soll Ahlendorf das „Corpus delicti“ mit zur Stelle bringen, damit zunächst entschieden werden kann, ob die Fahne roth ansteht oder nicht.

Todienliste der Partei. Am 28. Oktober verstarb in Offenbach unser wackerer Parteigenosse, der Steinhauer Joseph Klemenz nach kurzem Krankenlager. Der Verstorbene war allezeit ein eifriger Kämpfer für die Rechte des Proletariats und war noch während der letzten Wahl unermüdet mit thätig, um den Sieg an unsere Fahne zu heften.

Soziale Uebersicht.

An alle Musik-Instrumenten-Arbeiter (Klavier, Blechblase-Instrumenten, Harmonika, Klaviatur, Mechanikarbeiter, Orgelbauer u. s. w.).

Kollegen! Nachdem der Fachverein der Musik-Instrumentenarbeiter durch den Willen einer großen Zahl Kollegen wieder in Thätigkeit getreten ist, richten wir an alle Kollegen, die noch keiner Organisation angehören, die bringende Mahnung: Organisiert Euch! Kollegen, wenn Ihr nicht wollt, daß immer schlechtere und immer mehr drückende Verhältnisse in unserem Gewerbe Platz greifen, so beachtet die Mahnung und stellt Euch nicht abseits Kurer für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfenden Kollegen!

Es ist die Pflicht eines jeden Musik-Instrumentenarbeiters, einer Gewerkschaftsorganisation anzugehören und mitzuhelfen dem Kapitalismus, dem Unternehmertum einen Damm entgegenzusetzen, damit wir nicht macht- und kraftlos dem gegenüberstehen. Für den Einzelnen ist der Widerstand schwer; die gesammten Kollegen jedoch können alles. Nicht persönliche oder kleinliche Interessen sollen uns trennen, sondern eine große, in Noth und Gefahr treu zusammenhaltende solidarische Masse wollen wir bilden. — Also nochmals Kollegen: „Organisiert Euch!“

Die nächste Vereinsversammlung findet am Montag Abend, den 13. November, bei Deigmüller, Alte Jakobstraße 48 a, statt. Außerdem finden Ausnahmen alle Abende von 8—1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10—1/2 Uhr bei Rohr, Raumpstraße 78, statt. Bis inkl. 6. November 1893 wird kein Eintrittsgeld erhoben, von da an 30 Pf. für die Person.

Der Vorstand.

J. A.: P. Scholz, 1. Vorsitzender, Am Ostbahnhof 7, vorn III.

An die Bildhauer! Wir müssen noch einmal erinnern an die moralische Verpflichtung aller Fachgenossen, den noch immer hartnäckig ringenden Wiener Kollegen beizuspringen mit thätigster Unterstützung. Mancher wird sagen, bei dieser schlechten Zeit sei es nicht möglich, für andere etwas übrig zu haben; jedoch könnten die Wiener Bildhauer dasselbe sagen — sie haben noch Begeisterung für das Allgemeine, trotz schlechter Verhältnisse, trotz Kampf und Noth; sie halten aus und nicht nur für sich, auch für uns alle sehen sie ihre Kraft ein! Ist das nicht bei schlechter Zeit doppelt hoch anzuschlagen? Wäusfen wir nicht alles daran sehen, ihnen den Sieg zu sichern, der zugleich der unfrige ist? Nur Verkochte, in Selbstsucht Versumpfte sehen nicht die Wichtigkeit der Ergrüngung, die wir den dort kämpfenden Kollegen verdanken.

Der Achtstundentag ist ein Kulturfortschritt — und der Kampf der Wiener Bildhauer um denselben ein Lichtpunkt in dieser trostlosen Zeit. Wo der Kapitalismus alle finsternen Kräfte entfesselt in der wilden Jagd nach Profit, wo die berechtigten Forderungen der Menschlichkeit verachtet werden von den heutzutageigen Gewaltthätern, da leuchtet der Idealismus der Arbeiter aus, hier und dort sich bethätigend, trotz Noth und Glend, und zeigt uns, daß die Hoffnung auf schönere Zeiten kein schönder Wahn ist. Aber für wir ist auch, Kollegen, daß der Achtstundentag eine materielle Besserung bedeutet für uns alle. Helfen wir, daß er dort, wo er bereits errungen, nicht wieder verloren gehe. Steuern jeder den, er thut es für sich! Suche jeder die kalten Herzen zu erwärmen, die sich abwenden, und überwinden wir die Daulheit, die sich entschuldigt mit anderen Verpflichtungen. Es giebt keine höheren, als im gewerkschaftlichen Kampf dem Kollegen den Rücken zu decken, der für unsere Lebenshaltung seine Kraft einsetzt, der auch lieber in Ruhe und Frieden arbeiten möchte und leben, wenn das möglich wäre bei dem bösen Nachbar „Unternehmer“.

Amenstraße 16 bei Ehrenberg, Abends von 8—9 Uhr, sind Listen zu haben sowie Beiträge abzugeben. Verbreite jeder da, wo diese Zeitung nicht hinliefert, diese Mittheilung und thue jeder sein Möglichstes!

Die Agitations-Kommission der Bildhauer Berlins. Im Auftrage: König.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen Moabit! Die nächste öffentliche Versammlung findet am Montag, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Lange, Stromstraße 28, statt, in der Frau Palm über das Thema: „Die Frau in der Industrie und ihre geistigen Fähigkeiten“ referiren wird. Am Donnerstag, den 2. November, Abends von 5 Uhr an, gelangen Handzettel zur Ausgabe bei Hermerichmidt, Verlegerstraße 28a und bei Steinert, Müllerstraße 174. Wir eruchen die Kollegen und Kolleginnen, sich zahlreich an der Verbreitung zu beteiligen.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Achtung, Steinarbeiter! Der Streik der 15 Kollegen am Postneubau in Halle ist zu gunsten der Streikenden beendet. Der Streik in Rostock dauert fort, und wir bitten, bis auf weiteres den Zugang streng fernzuhalten, dann wird auch dieser Streik siegreich zu Ende geführt werden.

Mit kollegialem Gruß Die Zentralkommission der Steinarbeiter Deutschlands.

J. A.: Ph. Thomas, Rixdorf-Berlin, Falkstr. 5.

Ein Sieg der Brauergeliffen. Aus Heilbronn kommt die Nachricht, daß die Brauergeliffen durch ihr Vorgehen in verschiedenen Brauereien eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht haben, der eine 10prozentige Lohnerhöhung folgen wird. So wurde z. B. in verschiedenen Geschäften gearbeitet von früh 1/2 bis Abends 7 und 8 Uhr, ja es war eigentlich gar keine bestimmte Zeit gegeben, jetzt ist die Arbeitszeit von früh 5 bis Abends 7 Uhr festgesetzt.

Die Telephon-Arbeiter der Schweiz, circa 700 an der Zahl, beabsichtigen sich zu organisiren. Mögen ihre deutschen Kollegen sich das ad notam nehmen.

Ein Gewerbegericht wird demnächst in Saalfeld errichtet werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater:

Donnerstag, den 2. November. Opernhaus, Oberon. Schauspielhaus, Natalie. Deutsches Theater, Der Talsman. Berliner Theater, Chic. Fessing-Theater, Mauerblümchen. Friedrich-Wilhelmstadt-Theater, Freund Felix. Residenz-Theater, System Ribadier. Vorher: Illusionen. Wallner-Theater, Gastspiel des Eden-Theaters. Neus Theater, Jugend. Central-Theater, Berliner Volksblut. Adolph Ernst-Theater, Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi. Victoria-Theater, Die sieben Raben. Alexanderplatz-Theater, Lehmann auf der Welt-Ausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Hanten. National-Theater, Demetrius. Wintergarten, Spezialitäten - Vorstellung. Reichshallen-Theater, Spezialitäten - Vorstellung. Apollo-Theater, Spezialitäten - Vorstellung. Kaufmann's Variété, Spezialitäten - Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Wohltätigkeits - Vorstellung zum Besten des Postalozzi-Frauen-Vereins zu Berlin. Demetrius. Trauerspiel in 5 Akten v. Schiller-Gruppe. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Hanten. Sonnabend, den 4. Nov.: **Geistliche Vorstellung** für Fräulein Henny Schmid. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Sonntag, den 5. November, Mittags 12 Uhr: Volksvorstellung, Matinee zu ermäßigten Preisen: **Des Meeres und der Liebe Wellen.** oder: **Hero und Leander.** Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. Letzte Woche. Zum 64. Male: **Berliner Volksblut.** Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Im 3. Akte: **Bajazzi-Parodie**, vorgetragen von Josephine Dora und Carl Meissner. Anfang: 7 1/2 Uhr. Morgen: **Berliner Volksblut.** In Vorbereitung: **Die eiserne Jungfrau.**

Adolph Ernst - Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: **Die Bajazi.** Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu! **Die Gründung Roms** in der Müddernstraße, oder: **Die Rache** des Gänserichs. Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Uk! Humor! **Musik. sämtl. Spezialitäten.** Anf. Abtg. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Pass.) **Miss Nessi,** die schönste Laubentöchterin der Welt tritt Abends 9 1/2 Uhr auf. **Abends 9 Uhr:** **Der naturförmige Bendig.** Neu! Hierauf: **Neu!** Eine alltägliche Geschichte. Charakterbild m. Gesang i. 1 Akt. Anfang: **Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.** Entree Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

Castan's Panopticum.

Weltberühmte Ausstellung von Wachfiguren und Gruppen. Illusionen. Vergarten. Schreckenkammer.



Passage-Panopticum. Nur noch kurze Zeit: **Der blaue Mann. Die Affendame.** 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Museum Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße. darunter der Schußkanal der Augen des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch Geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: **Grosse Spezialitäten - Vorstellung** von nur Künstlern I. Ranges: Bernhard Leitner, Athlet-Preisringer, Sbargulap, indischer Jongleur, Brother Barotti, Kopf-Equilibrist, Fräulein Glaser, Duettistinnen, Herren Cordos und Ziorath, Gesangs- u. Humoristen, Fratelli Bozza, italien. musical. Steinscher. Kassenöffnung: Sonntags 5 Uhr. Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. A. Zimmermann.

„Sanssouci“

Kottbusorstr. 4a. Jeden Donnerstag und Sonntag: **Stettiner Sänger.** Anfang 8 Uhr. Zum Schluß: **Der grobe Gottlieb u. der sanfte Heinrich.** Ensemble von M. Esyl. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.) Freitag, den 8. November: Soiree in der Victoria-Brauerei.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Täglich von 5 Uhr ab: **Grosses Frei-Concert.** Soireen der Leipziger Sänger vom **Arnhaal-Palast.** Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. **Anerkannt gute Küche. Säle** für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

Etablissement Moritz-Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: **Gr. Instrumental-Konzert.** **Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausgang von **Vahenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerz, Festlichkeiten etc.

Neues Club-Haus

72. Kommandantenstr. 72. Empfehle meine 4 hochkolleganten **Festsäle** (50-400 Pers.) den etc. Vereinen zu **Versammlungen und Festlichkeiten** jeder Art. 2534b Habe noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben. H. Ebert.

Unserm Kollegen u. Genossen A. Fink zu seinem heutigen Biogenese ein donnerndes Hoch! 29756 Hollade! A. merkt Du nichts!...

Bekanntmachung an die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der arbeitnehmenden Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe. Die Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung vom 22. September 1893, welche vertagt wurde, findet am **10. November 1893, Ab. 8 1/2 Uhr,** in Seefeldt's Lokal, Grenadierstraße 33, statt. 29736

Der Vorstand. Carl Thieme. Nach Schluß dieser Versammlung findet eine Besprechung über die Aufstellung von Kandidaten für die zu vollziehenden Neuwahlen von 4 Arbeitnehmern zum Vorstande statt.

Die ordentliche Generalversammlung der Herren Vertreter der Arbeitnehmer der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe findet am **Sonntag, den 12. November 1893, Vormittags,** in Seefeldt's Lokal, Grenadierstraße 33, statt.

Vormittags von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr: Wahl von 4 arbeitnehmenden Mitgliedern zum Vorstande.

Vormittags 11 Uhr: **Gemeinschaftliche Generalversammlung der Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.** Tagesordnung: 1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 2. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 17 der Statuten.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker. Montag, den 13. November, Abends 8 Uhr, in Feind's Salon, Weinstr. 11: **Ordentliche General-Versammlung** Tagesordnung: 1. Abänderung der §§ 21, 24, 30, 53, 63 des Statuts. 2. Wahl des Vorstandes für 1894. 3. Wahl des Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses für 1893. 4. Beschlußfassung über die den Kassenführer erhöhte Vergütung vom 1. Juni ab. 5. Beschlußfassung über die den Rechnungs- u. Kassenführer zu zahlende Vergütung und von demselben zu leistende Kaution. 6. Antrag zum Statut über Verhaltensregeln der tranken Mitglieder und Mahnerfahren. 7. Der Vorkott der Charitee. 8. Verschiedenes. Die Kassenmitglieder (männliche wie weibliche) und Arbeitgeber werden nach § 49 des Statuts hierzu eingeladen. 287/5 **Der Vorstand.**

Freunde und Genossen, die einem neugründenden **Gesangverein** im Westen beitreten wollen, ersuchen wir, am **Freitag Abend 8 1/2 Uhr** im Restaurant v. J. Bernhart, Steinmehstr. 24, recht zahlreich zu erscheinen. Die **ausgeschiedenen Mitglieder** des **Gesangvereins „Frühlingslust“.**

Köpenick. Den Mitgliedern d. Schul-Abtheilung des **Sozialdemokr. Arbeitervereins** zur Nachricht, daß die erste Stunde am **Montag, den 6. Nov., Ab. 7 1/2 Uhr,** im Lokale des **Hrn. Schulz,** Schönlanderstraße, stattfindet. 104/15 **Der Vorstand.**

Halt! Heute Abend **Grosses Gänse-Ausschieben** bei **Gustav Schulz,** Wasserthorstr. 55.

Arbeitsmarkt. Pantoffelmacher, welche selbst. lief. könn., sucht Krumpelt, Alexanderstr. 9.

Glockengiesser, welcher selbständig in Lehm formt, nach Riga (Rusland) gesucht, auf Tagelohn oder Projekte. Stellung dauernd. Reisekosten werden vergütet. Off. unter **R. U.** erbeten.

Große öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen

Donnerstag, 2. November, bei Buggenhagen, Moritzplatz. Tages-Ordnung: 1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses der **Gewerkschafts-Kommission** über die Verhandlungen mit **Herrn A. Lubasch.** 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Dr. Bruno Schoenlank** über: „**Wie neuert die Berliner Arbeiterschaft der Sklaverei der Angefallten in den Großmagazinen?**“ 274/15 3. Diskussion. **Der geschäftsführende Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission.** J. A.: **Hermann Faber,** Rosenstraße 28.

6. Wahlkreis.

Gr. öffentl. Kommunalwähler-Versammlung für den **36. und 37. Kommunalwahlbezirk** am **Donnerstag, den 2. November, Abends 8 1/2 Uhr,** im Lokale von **Quetsch, Schweinmünderstraße Nr. 35.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Genossen Borgmann** über: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 394/19 **Das Wahlkomitee.**

Maurer!

Grosse öffentliche Generalversammlung der Maurer u. Putzer Berlins am **Sonntag, den 5. November, Vorm. 10 1/2 Uhr,** im Lokale des **Herrn Gründer** (früher Kundt), **Böpnickerstr. 100.** Tages-Ordnung: 1. Die **Gewerkschaftsbewegung** und die **Beschlüsse des Kölner Parteitages.** Referent: Reichstags-Abgeordneter **Max Schippel.** 2. Diskussion. 3. **Berichterstattung der Delegierten** von der **Gewerkschafts-Kommission** und **Neuwahl** derselben. 4. **Gewerkschaftliches.** Zu dieser Versammlung sind alle **Gewerkschaften** hiermit **freundlichst eingeladen.** **Die Vertrauensmänner der deutschen Maurer.** 243/20 **H. Schigolski. F. Gräshko.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Seuth-Strasse 2. Für Agitationszwecke empfehlen wir den Parteigenossen: **Ferd. Lassalle's Reden und Schriften** in Einzel-Ausgaben:

- Reine Affsenrede,** gehalten vor den Geschworenen zu Luffeldorf am 2. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgehetzt zu haben. 11. - 40
- Fichte's politisches Vermächtnis** und die neueste Gegenwart. Ein Brief. 11. - 15
- Die Philosophie Fichte's** und die Bedeutung des deutschen Gottesglaubens. Geheime, gehalten bei der am 19. Mai 1843 von der Philosophischen Gesellschaft und dem Wissenschaftlichen Kreisverein veranstalteten Fichtelehrer. 11. - 15
- Ueber Verfassungswesen.** Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. - Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. - Macht und Recht. Ein offenes Schreiben Ferd. Lassalle's. 11. - 35
- Arbeiterprogramm.** Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Gesichtspunkte mit der Idee des Arbeiterhandes. 11. - 15
- Die Wissenschaft und die Arbeiter.** Rede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage, die bezugslosen Klassen zum Haß und zur Berachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. 11. - 30
- Die indirekte Steuer** und die Lage der arbeitenden Klassen. Eine Vertheidigungs-Rede vor dem königlichen Kammergericht zu Berlin gegen die Anklage, die bezugslosen Klassen zum Haß und zur Berachtung geg. die Besitzenden öffentl. angereizt zu haben. 11. - 60
- Der Lassalle'sche Kriminalprozeß.** II. und III. Zweites Heft: Die mündliche Verhandlung nach dem stenographischen Bericht. Drittes Heft: Das Urteil erster Instanz mit kritischen Randnoten zum Zwecke der Appellations-Rechtsfertigung bearbeitet. 11. - 50
- Offenes Antwortschreiben** an das Central-Comitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig. 6. Auflage. 11. - 10
- Zur Arbeiterfrage.** Rede bei der am 18. April 1843 in Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung. Redt Briefen Professor Wunne's und Doctor Wucher's. 11. - 10
- Arbeiterlesebuch.** Rede Lassalle's zu Frankfurt a. M. am 17. und 19. Mai 1843. Nach dem stenogr. Berichte. 11. - 25
- Kleine Aufsätze:** Die französischen Nationalvereine von 1848. Antwort an Herrn Professor Rau. Lassalle und die Statistik von Wadernagel. Herr Wadernagel oder der moderne Herosstrahl. Erwiderung auf eine Rezension der „Neus-Zeitung“. 11. - 15
- Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnete.** Eine Rede, gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Garmen, Solingen und Luffeldorf. 11. - 25
- Rede** vor der korrekturellen **Düsseldorf** Vertheidigungs-Rede gegen die Anklage, verschiedene Klassen der Bevölkerung zum Haß und zur Berachtung öffentlich angereizt zu haben. 11. - 10
- An die Arbeiter Berlins.** Eine Ansprache im Namen der Arbeiter des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins. 11. - 20
- Der Hochverrats-Prozeß** wider Ferd. Lassalle vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin a. 12. März 1844. Nach dem stenographischen Bericht. 11. - 40
- Die Agitation** und das Versprechen des Königs von Preußen. Eine Rede, gehalten am Stiftungsfeste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Randsdorf am 22. Mai 1844. 11. - 25
- Herr Julian Schmidt,** der Literaturhistoriker, mit Segen. 11. - 75
- Franz von Sickingen.** Eine historische Tragödie. 8. Auflage. 11. - 2-
- Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch,** der Ökonom, Julian oder Kapital und Arbeit. 11. - 1-

Echt Stonsdorfer Likör 4 Liter 1,20, 5 Liter 1,50, 10 Liter 10.-, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90.-. **Eugen Neumann & Co.** 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8. **Wiederverkäufer erhalten Rabatt.** Bei Aufträgen von Auswärts ersuchen wir höflich um gleichzeitige Einfindung des dafür entfallenden Betrages. (Worte extra.)

Aus England.

London, 29. Oktober 1893.

Vorigen Dienstag versammelte sich in Belfast der sich „Ulster — oder Ulster's — Parliament“ betitelnde Kriegsrath der irischen Republikaner. Hinter den bekannten Redensarten von der Bedrohung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit durch Home Rule in irgend einer Gestalt verstecken diese großen Patrioten die Sorge um ihr bedrohtes Privilegium, Irlands Regierung zu bestimmen, und ihre „Loyalität“ bekräftigen sie dadurch, daß sie sich dafür rüsten, im Falle der Annahme der Home-Rule-Bill ihre Ausführung unmöglich zu machen. Zu diesem Zweck sammeln sie ihren Kriegsfonds und fächeln sie den Fanatismus der protestantischen Bevölkerung in jeder denkbaren Weise auf. Sie organisiren den Bürgerkrieg, den Kampf gegen das Gesetz, den Hochverrath, und in diesem Unternehmen erfreuen sie sich der Patronage der gesammten Führerschaft der konservativen Partei, vor allem des Marquis von Salisbury, der beiläufig neulich wieder einmal eine Rede über die politische und ökonomische Lage des Landes gehalten hat, so ungeheuerlich, so sehr geeignet, die Arbeiterklasse abzustumpfen, daß die Radikalen hell aufjubelten und die Tory-demokratischen Blätter ihrem Verdruß ziemlich unverhüllten Ausdruck gaben. Der Nachfolger Beaconsfield-Disraelis ist von einer fabelhaften Unfähigkeit, sobald es sich um etwas anders handelt als die Vorurtheile des Stock-Engländer's oder Stock-Britten gegen die unterworfenen Nationalitäten aufzustacheln.

In der besagten Loyalisten-Versammlung für den Vorherrscher Seine Gnaden der Herzog von Abercorn. Dieser edle Sprößling aus dem Geschlecht der Hamiltons hielt eine große Rede, in der das Wort „Freiheit“ fast in jedem Satze wiederkehrte. „Wir sind hier versammelt,“ deklamirte er, „um das große Prinzip zu bekräftigen, daß die Freiheitsrechte eines freien Volkes nicht veräußert werden dürfen, und dem Volk von Großbritannien kund zu thun, daß keine Gewalt der Erde und zwingen kann, die Freiheit aufzugeben, die unsere Väter mit ihrem Blut erworben, daß unsere Freiheit eine zu heilige Sache ist, um sie einer intoleranten und tyrannischen Clique auf Gnade und Ungnade auszuliefern zu lassen.“

Schon geredet, nicht wahr? Seine Gnaden, der freiheitsliebende Herzog, ist aber nicht nur Vorherrscher des revolutionären Wohlfahrtsausschusses für die Provinz Ulster, er ist auch im Verein mit dem Herzog von Fife, dem Schwiegersohn des Prinzen von Wales, Direktor der vom Ministerium Salisbury, in dem sein Bruder Chef der Marine-Abtheilung war, mit einem königlichen Freibrief („Charter“) ausgestatteten britischen Südafrika-Kompagnie. Und diese Gesellschaft führt gerade jetzt in Afrika eine Aktion aus, die zu den Freiheits- und Menschenrechts-Deklamationen Sr. Gnaden den wunderbarsten Kommentar bildet. Ich meine den Raubzug gegen Matabeleland, das von dem Stamm der Matabeles beherrschte Gebiet im Norden der Transvaal-Republic. Vom Häuptling oder König der Matabeles, Lobengula, besitzt die Kompagnie für ein Lumpengeld — es soll noch nicht 4 Pfennige pro englische Quadratmeile betragen — Rechte der Ausbeute der Mineralreiche von Matabeleland, einem beinahe 3 Millionen Quadratkilometer umfassenden Landstrich zwischen Matabeleland und dem Transvaal, dessen Bewohner — die Matabeles — bisher im Vasallenverhältnis zu Lobengula standen. Auf Grund der Koncession hat die Gesellschaft sich vollständig häuslich im Matabeleland eingerichtet, Kniebieder ins Land gezogen und Forts erbaut. Aber die Ansiedler fanden sich bald enttäuscht und die Goldsucher auch. Das Stammkapital der Kompagnie ist aufgezehrt, und eine Rendite vor der Hand nicht abzusehen. Was geschieht? Die Kompagnie entdeckt, daß an der Grenze von Matabeleland und Matabeleland Unregelmäßigkeiten vorkommen, daß Matabeles friedsüchtige Matabeles überfallen und ihres Viehs berauben, sowie auch weise Ansiedler belästigen. Natürlich muß sie Freiheit, Eigentum und Leben ihrer Pflegebefohlenen schützen, und das geht natürlich nur, indem sie Matabeleland erobert. Das dasselbe reicher an Mineralreichen und fruchtbarer ist als Matabeleland, ist nur Zufall, wird aber dem Publikum bei jeder Gelegenheit vorgehalten. Freiwillige, die sich für den heiligen Proßt — pardon — den heiligen Freiheitskampf gegen die Matabeles anwerben lassen, erhalten eine Form von 6000 Acres und 20 Gold-Claims (d. h. das Recht auf 20 Goldfelder) in Matabeleland zugesichert. Und einstweilen hat die Kompagnie sich dadurch als Vertreterin einer höheren Kultur erwiesen, daß sie Abgesandte der Matabeles in heimtückischer und brutalster Weise abgeschlachtet hat. Die Berichte darüber werden wohl auch in die deutsche Presse übergegangen sein und ich will sie deshalb hier nicht wiederholen. Nur so viel, daß die lahmen Dementis der Kompagnie hier von keinem Menschen geglaubt werden, zumal immer mehr Zeugen für die ursprünglichen Versionen auftreten. Auch stehen sowohl die Offiziere als auch die Freiwilligen der Kompagnie im schlechtesten Ruf.

So empfindend nun auch die Brutalitäten — sie sind noch nicht das Empfindlichste bei der Sache. Zur vollendeten Niedertracht werden sie erst durch die infame Heuchelei, unter der sie betrieben werden. Man spielt die höhere Zivilisation, und überbietet die Matabeles, die ja, wie alle Wilden, das Leben ihrer Feinde für nichts achten, nicht nur an grausamer Mordgier, sondern auch an Hinterlist und Lüge. Statt wenigstens offen zu erklären, wir gehen auf den Raub aus, wir wollen Land, Bodenschätze, Waldungen erobern, um sie mit Proßt zu verschauern und die Bevölkerung uns unterwerfen, um sie zu versklaven, erschwandelt, erlügt und erdichtet man Rechtsmittel aller Art, erschießt wehrlose Menschen unter dem Deckmantel der Vertheidigung, und sieht „zum Schutze des Eigenthums“.

Und damit der Sache die Komik nicht fehle — dieser Herzog von Abercorn, der in Irland nicht genug Worte der Entrüstung über die irische Landliga, den Feldzugsplan und die teuflische Absicht der irischen Pächter hat, die Renten in Irland auf den „Präriewerth“ herabzubringen, was that er und sein unionistischer Kollege, resp. die von ihnen repräsentirte Gesellschaft anders, als gegen ihren Landlord, Lobengula, einen Feldzugsplan hundertmal gewaltthätigerer Art als der der Irländer — von der Gerichtigkeit gar nicht zu reden — durchzuführen? Lobengula ist von heute da jura oberster Landesheer von Matabeleland, und der Kampf gegen ihn ist nichts als ein Expressionsunternehmen, die Kompagnie, die ihn führt, eine Mondscheibbande schlimmerer Art, der nicht, wie den irischen Mondscheibbanden, die Empörung wider Jahrhunderte lang erlittene Vergewaltigung entschuldigend zur Seite steht. Das Schönste aber ist, daß die Herzöge von Abercorn und Fife für ein Tringföld von je 1200 Pfund Sterling jährlich nur die Dekorationsstücke der Südafrika-Kompagnie sind, der wirklich leitende Geist derselben aber ist Herr Cecil Rhodes, Präsident der Kap-Kolonie, ein Emporkömmling, der sich von seinen Kreaturen den Bismarck Südafrika's nennen läßt und mit dem Original dieses Namens das gemein hat, daß er es von einem Mann mit bescheidenem Vermögen bis zum Millionär gebracht hat und für Schutzgölle schwärmt. Außerdem schwärmt Herr Rhodes für die „compound-labour“ genannte indirekte Sklaverei in Kimberley &c. und würde am liebsten die un-

versäufte Sklaverei wieder einführen, wenn ihn nicht das englische Gesetz daran hinderte. Darum ist er denn auch extremer Home ruler und hat zur Bekräftigung seiner Ueberzeugungstreue seiner Zeit Parnell 10000 Pfd. Sterl. für dessen Home-rule-Agitation gegeben. Hat Irland Home-rule, rechnet der Brave, so kriegen wir am Kap es vielleicht auch und jedenfalls werden wir die Stimmen der Irländer für uns haben. Das war die obige Summe schon werth, ganz abgesehen davon, daß sie ihm als Politiker die Stimmen der Irländer einbrachte.

Ist das nicht ein prächtiges Kleeblatt: Der „loyale“ Herzog von Abercorn, der „royale“ Herzog von Fife und der „honorable“ Herr Cecil Rhodes? Und wenn die Herzöge mit dem Finanzier Parnell's gemeinsame Sache machen, ihn als Schlepper dienen, wer kann dann noch daran zweifeln, daß es nur gebührende Freiheitsliebe ist, die sie für das bedrohte Ulster in die Schranken treten läßt! Man muß nur das Wort Freiheit richtig verstehen. —

Lokales.

Wie sind die auf der Stettiner Bahn verübten Schwindelen zu erklären? Zu unserer Ausführung in Nr. 251 über die Gründe für die Bahnschwindelen schreibt das L. Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Stettin:

„Der in dem „Vorwärts“ vom 25. d. M. enthaltene Artikel über Schwindelen auf der sogenannten „Stettiner Bahn“ bedarf einiger Berichtigungen, welche dem Nachstehenden entnehmen und in Ihrem Blatt veröffentlichen zu wollen, wir ergebenst ersuchen. Der Artikel beginnt mit einer Betrachtung der Einkommens-Verhältnisse des Schaffner-Personals. Hierzu bemerken wir, daß die Schaffner an Gehalt einschließlich Wohnungsgeldzuschuss 1080 bis 1440 Mark jährlich beziehen, außerdem als Nebeneinkünfte für ihre Fahrten an Fahrstunden- und Nachtgeldern durchschnittlich 30 Mark monatlich verdienen. Muß das Fahrpersonal außerhalb seines Wohnortes übernachten, so stehen ihm gut eingerichtete Uebernachtungslokale unentgeltlich zur Verfügung. Sogenannte Pfiffschaffner, welche im Arbeiterverhältnis stehen, werden, wie schon in der Bezeichnung liegt, nur aus- hilfsweise zur Vertretung von Schaffnern herangezogen, erhalten hierbei dieselben Nebeneinkünfte wie die Schaffner und stehen sich während solcher Dienstleistung also besser wie in ihrem sonstigen Dienst-Verhältnis.“

Es kann somit keine Rede davon sein, daß „bittere Noth“ die Triebfeder zu den in Rede stehenden Durchstechereien gewesen ist.

Was die über letztere angestellten Ermittlungen anbelangt, so verhält sich die Sache wie folgt: Die Eisenbahn-Verwaltung hatte Grund zu dem Verdacht, daß auf den nach den Aufsehbahn führenden und im Sommer vorzugsweise mit Rückfahrkarten von längerer Gültigkeit benutzten Strecken mit Hilfe des Schaffnerpersonals vielfach Betrügereien durch Unterschlagung bereits benutzter Karten und Handel mit denselben begangen würden und veranlaßte deshalb geheime Nachforschungen, mit welchen der Kriminal-Kommissarius Jilmanne nebst einem Kriminal-Schuttmann aus Berlin betraut wurde.

Die von diesen beiden Beamten von Mitte August d. J. bis zum 20. d. M. auf den Strecken Berlin-Stettin, Berlin-Stralsund über Neubrandenburg und über Pasewalk, sowie Stettin-Stralsund u. M. angestellten Ermittlungen haben vorläufig zu dem Resultat geführt, daß 24 theils in Berlin, theils an anderen Stationen stationirte und verschiedenen Verwaltungsbezirken angehörige Schaffner sich des bezeichneten Vergehens schuldig gemacht haben, wovon 21 d. M. zur Rechenhaftigkeit gezogen und zum Theil unmittelbar aus dem Dienst verhaftet worden sind. Diese letztere Maßregel war vorbereitet und ist in aller Ruhe ausgeführt. Die erforderlichen Vertreter waren rechtzeitig zuvor kommandirt und bereit gehalten. Unter den verhafteten Schaffnern befinden sich ein ehemaliger Oberbootsmannsmaat und ein Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse, welche beide s. Z. als Militäranwärter in den Eisenbahndienst übernommen wurden.

Im Uebrigen schwebt die gerichtliche Untersuchung über diese Vorkommnisse. Inwieweit Privatpersonen bei der Sache theilhaftig sind, ist noch nicht festgestellt, und sind alle bisher hierüber an die Öffentlichkeit gebrachten Mittheilungen besonders auch über Betheiligung von Viehhändlern unzutreffend.

Diese die Sachlage theilweise ergänzenden amtlichen Ausführungen bestätigen die Richtigkeit unserer Ansicht, daß im wesentlichen die schlechten Gehaltsverhältnisse dieser kleinen Beamten Schuld daran sind, daß sie den Verführungen, die an sie herangetragen, unterliegen. Allerdings liegen nach den Ausführungen der Bahndirektion die Gehaltsverhältnisse etwas besser, als wir nach Mittheilung unseres Gewährsmannes annahmen.

Aus den „Christlichen Herbergen zur Heimath“. Der Umstand, daß die Arbeiter-Sanitätskommission beschloffen hat, in den Kreis ihrer Thätigkeit auch die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse u. s. w. in den Herbergen, Asylen u. s. w. zu ziehen, giebt einem Genossen Veranlassung, zur Mittheilung folgender interessanter Ausführung: Als im vorigen Jahre die amtliche Bekanntmachung des ersten Cholerafalles in Berlin erfolgte, begab sich Einsender auf das königliche Polizeipräsidium und erklärte dort folgendes zu Protokoll: „Die christlichen Herbergen zur Heimath, Müllerstr. 6 und Köpenickerstr. 9, halten die in ihnen verkehrenden Besucher des Nachts unter Verhinderung, so daß die Klosets ihnen nicht zugänglich sind; zur Befriedigung der Nothdurft wird auf den Korridor ein Eimer gestellt, welcher aber dem vorhandenen Bedürfnis nicht genügt, so daß sowohl männliche als auch weibliche auf den Fußboden sitzen und denselben insigiren. Es herrscht demzufolge ein so penetranter Geruch, daß die Verseuchung des Fußbodens angenommen werden muß.“ Nach ca. 14 Tagen wurde Einsender dieses auf das Polizeibureau in der Friedrichstr. beschieden und ihm dort mündlich eröffnet: „die Beschwerden seien zwar zutreffend, ließen sich aber in anbetrachter den dort herrschenden Verhältnisse nicht abstellen.“ Zur Begründung fügte der Wachmeister hinzu: „Denken Sie nur, welches Gesindel dort verkehrt; es wäre eine schöne Wirthschaft, wenn dasselbe Nachts frei herumlaufen könnte; es wäre dann niemand mehr sicher.“ — „Christliche Herberge zur Heimath“, wo steht's?

Hungernde Schulkinder. Zu den traurigsten sozialen Erscheinungen im heutigen Klassenstaate gehören die hungernden Schulkinder. Im glanzvollen Berlin wandern täglich Tausende von armen Kindern, wie statistisch nachgewiesen, mit hungrigem Magen, d. h. ohne Frühstück zu haben oder Frühstück mit zu bekommen, zur Schule. Und doch haben sich diese beklagenswerthen Kinder ein Frühstück gewiß mehr als andere verdient, denn zumeist sind sie es, welche den Glücklichern die Frühstücksbrotbeln an die Thüren hängen, während jene noch des süßen Schlummers sich erfreuen; welche in frühester Morgenstunde

Trepp auf, Trepp ab, von Haus zu Haus mit Zeitungen jagen, welche arbeiten und — hungern müssen. Diese bösen Früchte der heutigen Wirtschaftsordnung werden allerdings erit gänzlich mit dieser verschwinden, doch hätte der heutige Klassenstaat begründete Ursache, sich dieser armen Opfer der durch ihn gezeigten Verhältnisse anzunehmen. Statt dessen läßt er die private „Wohltätigkeit“ walten. So besteht schon seit im Jahre 1875 ein „Verein zur Speisung armer Kinder im Nothleidenden“. So viel dieser Verein auch immer gewirkt haben mag — was vermag doch ein auf die Güte der Bestehenden angewiesener Wohltätigkeitsverein gegenüber der sozialen Verelendung der Volksmassen? Die Noth schreitet unaufhaltsam vorwärts und so haben wir denn dieser Tage das erhabene und erhebende Schauspiel erlebt, daß sich zur Speisung dieser Noth ein neuer Verein, ein Verein für — Kinder-Vollständigen zur Verpflegung hungernder Schulkinder, gebildet hat! Speisung aller Schulkinder durch die Stadt ist, wie wir wiederholt dargelegt haben, in Berlin sehr wohl möglich und erforderlich. — Dafür ist bis jetzt natürlich die liberalistische Stadtverwaltung noch nicht zu haben. Ja, wenn es sich um Festeffen für Wohlhabende handelte . . .

Unschuldig verhaftet! Der Posthilfsbote Gustav Thau, Raungr. 17, geb. am 15. Juni 1867, war vom Juni 1890 bis Mai 1893 am Hauptpostamt, Spandauerstraße, beschäftigt. Im April dieses Jahres fiel der Verdacht auf ihn, daß er Einschreibebriefe, die abhanden gekommen waren, unterschlagen habe. Zwei Hausdurchsuchungen, die in seiner Wohnung vorgenommen worden waren, blieben zwar erfolglos, jedoch wurde Thau unter dem Verdacht der Untreue im Amt am 31. Mai und seine Frau, die sich im sechsten Monat der Schwangerschaft befand, am 2. Juni verhaftet und vierzehn Wochen lang in Untersuchungshaft gehalten. Am 5. September hatte sich das Ehepaar Thau vor dem Landgericht I zu verantworten. Durch die Verhandlung ergab sich die Unschuld der Angeklagten so zur Evidenz, daß auf Antrag des Staatsanwalts der Gerichtshof ein freisprechendes Urtheil fällte. Der Posthilfsbote Thau sah also am selben Tage seine Frau in der Freiheit wieder — aber in welchem Zustande! Die qualvolle Untersuchungshaft, die Nahrung im Gefängnis, die Sehnsucht nach ihrem sechzehn Monate alten Kinde, die Sorge um das Schicksal ihrer Liebesfrucht hatten auf Frau Thau beratt eingewirkt, daß das Schlimmste zu befürchten war. Am 11. September, drei Wochen vor der Zeit, brachte die Frau ein Kind zur Welt und am 8. Oktober starb sie an den Folgen des Stenids, das sie unschuldig zu ertragen hatte. Thau trug sich in seinem Unglück mit der sicheren Hoffnung, daß die Postbehörde das an ihm begangene Unrecht zu einem minimalen Theil wenigstens dadurch wieder gut machen würde, daß sie ihn wieder in seine frühere Stellung einsetzte. Am Sterbebette seiner Frau erhielt er von der Postbehörde eine Zustellung, in der ihm kurz und bündig der Befehl erteilt wurde, daß seine Wiedereinstellung in den Postdienst abgelehnt sei. Thau ist heute noch arbeitslos. Erwähnt sei noch, daß während der Zeit der Untersuchungshaft dem Ehepaar ein beträchtlicher Theil seines Mobiliars abhanden gekommen ist. — Wann endlich wird man zu der Einsicht gelangen, daß es Pflicht auch der heutigen Gesellschaftsordnung ist, für derartiges Unglück, soweit dies möglich, von Staatswegen Ersatz zu leisten und die Richter und anderen Beamten für Verhaftungen persönlich verantwortlich zu machen? Wann endlich wird die Möglichkeit, einen Unschuldigen zu verhaften, verringert werden? Die Minister v. Schelling und Stephan sind, soviel uns bekannt, Familienväter — wie würden sie über diese „Beste aller Welten“ denken, wenn sie, beziehentlich ihre Familie, in der Lage des armen Posthilfsboten sich befunden hätten? U. A. w. g.

Weshalb verhaftet? Der Schlosser Karl Grund, seit Juni vorigen Jahres (!) Friedrichstr. 19 bei Verwandten wohnhaft, wurde am vorigen Donnerstag, Vormittags 10 Uhr, von seiner Arbeitsstelle (Telegraphenbau-Anstalt von Gurk, Friedrichstr. 24) weg verhaftet, nach der Polizeiwache am Wellenallianzplatz und von da nach dem Polizeipräsidium gebracht, ohne daß man ihm den Grund dafür mittheilte. Vom Präsidium aus schickte man den p. Grund nach — dem Gebäude des Landwehr-Bezirkskommandos. Hier wurde ihm seine Gestaltungs- ordnung eingehändigt, die man — vergessen hatte, ihm rechtzeitig zuzufinden. An demselben Abend 7 Uhr 20 Min. fuhr Grund bereits nach Goldap in Ostpreußen zum 59. Regiment. Er hatte also nicht mehr die gehörige Zeit seine Angelegenheiten zu ordnen. Das Grund sich vor dem Militärdienst „drücken“ wollte, ist vollkommen ausgeschlossen. Verwandten und Bekannten gegenüber hat er wiederholt seine Verwunderung ausgesprochen, daß er noch keine Ordre erhalten habe, während noch die Rekruteneinstellung im vollen Gange war. Er glaubte schließlich, er sei zurückgestellt worden, bis er den Irrthum unangenehm zu fühlen bekam. — Eine Aufklärung dieser eigenthümlichen Art von Rekruteneinstellung ist dringend erforderlich. Oder ist der ehemalige Oberstkommandirende von Hannover, jetziger Minister, so sehr durch die Spielwuth von Offizieren in Anspruch genommen, um diese allerneueste Praxis zu erklären? U. A. w. g.

Pflegegeld. Man schreibt uns: „Der Erste jedes Monats ist durchgehends ein wichtiger Tag für Hauswirthe, Miether, Beamte und auch für die Kernstern der Armen. Schätzten betreten diese früh 8 Uhr die Schwelle des „Gewaltigen“, der ihnen Armenunterstützung und für ihre Kinder unter 14 Jahren ein sogenanntes Pflegegeld ausshändigt. Liberale Stadtväter haben herausgerechnet, daß für 6 M. ein Kind gelendet und ernährt werden kann, und auf der Vorderseite des „Pflegescheines“ dies zum Ausdruck gebracht. Wie das möglich? mag „Nichter's Agnes“ darlegen. Selbstredend wird nur alleinstehenden Frauen, Wittwen, solch Pflegegeld gewährt. Diese müssen jedoch mehr wie ein Kind haben. Nur im alleräußersten Falle giebt man auf ein Kind Pflegegeld. Es kann jedoch solches in allen Fällen wieder entzogen werden, befragt ein anderer Passus auf solchem Schein. Und dieser Passus ist nicht leerer Schein. Das müßten zu ihrer größten Betrübnis heut früh einige Frauen in einem Bezirk, welcher in dem 39. Polizeiviertel liegt, erfahren, genau hatten sie Mark und Pfennige zusammengeerechnet und gebartet. Nun noch die einige Mark Pflegegeld hinzu, und für den Hauswirth ist gesorgt, aber — es kam anders. Warum wird diesen Leuten nicht wenigstens mitgetheilt, daß man es für gut befindet, dadurch zu sparen, daß ihnen die paar Mark nicht mehr gegeben werden sollen, sie rechnen damit genau so wie Beamte auf Auszahlung ihrer Gehälter rechnen. Rigoros ist solches Sparverfahren bei den Allerärmsten, zumal angesichts des nahen Winters solche Gelder verdoppelt werden müßten. Aber so spart man, giebt jedoch keine Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst. Sollen vielleicht jene armen Frauen mit ihren Kindern irgend ein Festeffen erkundern? Soll jenen, denen daheim stets eine gut und voll besetzte Tafel winkt, nur im Uebergenuß des Appetit fehlt, ein von den Allerärmsten erkundertes Festmahls, wofür die Eplust reichen? Predigen sie einerseits das Sprichwort: Hunger ist der beste Koch, so versuchen sie's — nicht am eigenen Leibe zu er-

fahren. Vielleicht aber thut's indirekt seine Wirkung, deshalb hungert, Ihr ärmsten Wütten mit Eurem Kinde! Es wird schon zu einem Festessen so viel herauskommen."

Solche Art des Vorgehens entspricht weder der Absicht noch der Directive, die die Armendirection erteilt hat. Es wäre wünschenswert, daß die von diesem Sparsystem einzelner Geflorenen unter genauer Darlegung des Sachverhalts dem Magistrat, sodann der Stadtverordneten-Versammlung beschwerdeführend vortragen.

Weihnachtssonntag. Der Polizei-Präsident hat die Kellern der Berliner Kaufmannschaft um ein Gutachten über die diesjährige Regelung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe an den Sonntagen vor Weihnachten, an den Weihnachtsfeiertagen und am Sylvester-Sonntag ersucht. Das Kollegium beschloß: für Sonntag, den 10. und Sonntag, den 17. Dezember die Gestattung einer 10stündigen Arbeitszeit von 8—10 Uhr Vormittags und von 2—10 Uhr Nachmittags auf Grund des § 105b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung zu empfehlen, und zwar für alle Handels-Gewerbebetriebe mit offenem Laden, jedoch ausschließlich der Bank-, Wechsel- und Lotteriegeschäfte. Für Sonntag, den 24., und Sonntag, den 31. Dezember dagegen, wird das Kollegium für die nämlichen Ladengeschäfte die Anwendung des § 105a der Gewerbe-Ordnung beantragen, demzufolge Ueberreitungen der im § 105b vorgesehenen Arbeitszeit für solche Gewerbe zugelassen werden können, deren Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung der an diesen Tagen besonders hervortretenden Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist. Und zwar beschloß das Kollegium, für die genannten beiden Sonntage eine zwölfstündige Arbeitszeit, von 8—10 Uhr Vormittags und von 12—10 Uhr Nachmittags zu befürworten. Begründet werden diese Ausnahmen einerseits durch die Bedürfnisse derjenigen Bevölkerungskreise, welche darauf angewiesen sind, ihre Weihnachts- oder Neujahrseinkäufe am Sonntag zu besorgen, andererseits durch die in diesem Jahre so besonders gedrückte Lage der Ladengeschäfte. Bezüglich der Arbeitszeit an beiden Weihnachtsfeiertagen konnte das Kollegium die ihm kundgegebene Absicht des Polizeipräsidenten gutheißen, nach welcher dieselbe im Wesentlichen ebenso festgesetzt werden soll, wie sie es an den Ofter- und Pfingstfeiertagen 1893 war. Das Kollegium stimmt dem Polizeipräsidenten auch darin zu, daß kein dringendes Bedürfnis bestehe, um die im vorigen Jahr für den zweiten Weihnachtstag allgemein zugelassene Erweiterung der regulären Geschäftszeit in diesem Jahre wieder anzuordnen.

Gedankenfreiheit. Elsa v. Schabelsky's Drama, die „Nothwehr“, welches sich besonders mit den Soldatenmishandlungen beschäftigt, war vom Bezirk-Ausschuß die öffentliche Aufführung im Alexanderplatz-Theater verweigert worden. Die schriftliche Begründung ist kürzlich den Parteien zugegangen. Sie ist interessant. Zu den Besuchern der Berliner Theater und des Alexanderplatz-Theaters im besonderen, so heißt es im Erkenntnis, gehören auch gemeine Soldaten. Die Annahme ist gerechtfertigt, daß die letzteren die Aufführungen des in Frage stehenden Dramas, weil dasselbe die Schicksale eines der Jünger schildert und bei den sehr niedrigen Eintrittspreisen des Alexanderplatz-Theaters mit Vorliebe besuchen würden. Der Inhalt des Dramas ist im hohen Grade geeignet, den gemeinen Soldaten zur Unzufriedenheit mit seinem Stande und zur Unbotmäßigkeit gegen seine Vorgesetzten zu veranlassen. Klägerin habe, wie sie selbst sagt, schildern wollen, wie militärische Verhältnisse es einem gewissenlosen Unteroffizier ermöglichen, einen Soldaten zu Verweilungszustand zu treiben, die formell strafbar, aber vom höheren moralischen Gesichtspunkte aus gerechtfertigt erscheinen. Das Beschwerderecht ist zwar vorhanden, durch Furcht vor Ehre und strenge Behandlung wurde es aber illusorisch. Dadurch erklären sich die vielen Selbstmorde in der Armee, wo die Leute eine solche harte Behandlung nicht mehr ertragen können, aber nicht den Muth haben, Beschwerde zu führen. — Ein solcher Eindruck kann aber kaum bei denkenden Soldaten ohne weitere Folgen vorübergehen. Mißstände im Militär, die so schwer, daß sie den Verweilungszustand eines Soldaten, der seinen Unteroffizier erschüttert, von höherem moralischen Gesichtspunkte aus gerechtfertigt erscheinen lassen, werden, wenn sie von der Bühne herab zur Anschauung gebracht werden, in der Regel einen erheblichen Einfluß auf seine Beurtheilung der militärischen Verhältnisse ausüben. Seine Liebe zum Soldatenstand kann dadurch vermindert, seine gegen denselben bereits vorhandene Abneigung verstärkt, sein Bewußtsein als Theilhaber und Träger einer besonderen Standbedeure getrübt, sein Vertrauen zur Weisheit der Heeresbehörden und der Achtbarkeit seiner Vorgesetzten erschüttert werden. Hier mit würde diejenige sittliche Grundlage angegriffen werden, auf welcher Zucht und Ordnung im Heere, die sogenannte militärische Disziplin im Wesentlichen beruht. Es ist klar, daß die Disziplin des Heeres in einem Lande der allgemeinen Wehrpflicht nicht allein durch Furcht vor Strafe aufrecht erhalten werden kann. Nur wenn sie auf sittliche Grundlagen gestellt ist, trägt sie die Gewähr der Beständigkeit in sich; jeder Angriff auf diese Grundlagen bedroht sie mit Schwächung und Untergang. Mit der Beförderung der Lust, der Gleichgültigkeit und des Mißtrauens mußte bei ihm die Verminderung des Pflichtbewußtseins, sowie des Gehorsams Hand in Hand gehen. Alles dies gilt auch von den jungen Männern, welche vor Ableistung ihrer Militärpflicht stehen. Die Befürchtung ist daher begründet, daß die öffentliche Aufführung der „Nothwehr“ am Alexanderplatz-Theater zu Berlin eine Schwächung der Disziplin des Heeres zur Folge haben könnte, so ist von jener Aufführung auch eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu befürchten, weil einerseits die Zucht und Ordnung im Heere einen Theil der öffentlichen Ordnung bildet, andererseits die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung außerhalb des Heeres durch die im Heere herrschende Disziplin mitbedingt wird. — Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß das Oberverwaltungsgericht dieses Urtheil aufheben wird. Wir möchten der Dichterin empfehlen, zum Beweise der „sittlichen Grundlage“ des Militärsystems einen Kirchof-Revolver, einige hannoversche Spiel- und Gaunerkränzen mit zum Termin zu bringen, vielleicht auch photographische Schnellaufnahmen über Soldatenmishandlungen.

Schillertheater. Wir erhalten von Herrn Dr. Mehring folgende Zuschrift: „In Ihrer heutigen Nummer veröffentlichten Sie ein Schreiben des Herrn Raphael Löwenfeld, worin sich folgende Behauptung findet: „Mit beiden Volksbühnen sind, wie Ihr Herr Referent an der betreffenden Stelle erfahren kann, Beziehungen angeknüpft, und wir haben Hoffnung, sie werden zu einem Resultate führen.“ Als Vorsitzender der „Freien Volksbühne“ bitte ich, hierzu die Bemerkung machen zu dürfen, daß mir von solchen „Beziehungen“ nichts bekannt ist. Es müßte denn Herr Raphael Löwenfeld die Thatsache darunter verstehen, daß die Begründer des sogenannten Schillertheaters, darunter neben etlichen bürgerlichen Ideologen alle Horden des Lindau-Ringes und Bertheidiger der schmutzigen Theaterkorruption, in ihrem ersten Auftritte einen böse gemeinten, aber für uns um so ehrenvolleren Ausfall gegen die „Freie Volksbühne“ machten. Im übrigen hoffe ich, daß Herr Raphael Löwenfeld sich ganz grundlosen Hoffnungen hingiebt, wenn er sich irgend welche „Resultate“ von „Beziehungen“ verspricht, die das kapitalistische Schillertheater etwa noch mit unserem proletarischen Verein anknüpfen könnte.“

Zum Chariteboikott. Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Ladirer beschloß in seiner letzten Sitzung der Charite keine Kranke zu überweisen. Sollte aber ein besonderer Wunsch des Kranken auf Ueberweisung in die Charite sich geltend machen, so soll die Wunsch des Kranken Folge gegeben werden.

Zur Lehrlingsausbeutung. Wie arg die Lehrlingsausbeutung im Musikgewerbe getrieben wird, zeigt wieder einmal der Bericht der Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats für 1892/93. Barnack hatte die Musikmeister- und Stadtmusiker-Innung „Harmonia“ am 1. Dezember 1892 26 Mitglieder, die zusammen 282 Lehrlinge, also etwa 11 pro Meister, beschäftigten. Die „Harmonia“ erstreckt sich über Berlin hinaus auf Charlottenburg, Spandau und die Kreise Ober-Barnim, Nieder-Barnim und Teltow. Daß die Innungen in der Ausübung des Lehrlingswesens besonders weit gehen, ist bekannt. Dafür haben viele von ihnen auch das eigenthümliche Recht, nach § 100 der Gewerbe-Ordnung denjenigen Arbeitgebern, die nichts von der Innung wissen wollen und ihr nicht beitreten, das Halten von Lehrlingen verbieten zu lassen. — Ein Nicht-Innungsmusiker meinte, dafür sei geforgt, daß diese jungen Lehrlinge einen Himmel voller Seigen stets erträumten.

Das Moabiter Gericht hat jetzt endlich eine Uhr erhalten. Die Urania-Gesellschaft hat dem längst gefühlten Bedürfnis entsprochen und vor dem Gerichtsgebäude eine Säule aufstellen lassen. Ob jetzt wohl die Termine zur angelegten Zeit beginnen werden? — „Pünktlichkeit ist die Höflichkeit der Könige“, heißt es. Die Richter sprechen „im Namen des Königs“ Recht oder Unrecht — also werden auch künftighin Zeugen 3, 4, 5 Stunden warten dürfen.

Schneidiger Bürgermeister. Der Bürgermeister von Königsberg N.M. — ein früherer Berliner Polizeilieutenant — und der von Neustadt a. D. sind vom Amte suspendirt. Beide hatten dem Bürgermeister-Stellvertreter, beziehentlich dem Stadtverordneten-Vorsitzer gegenüber ihre Ansicht durch Thätlichkeiten klar zu machen gesucht. — „O, über die Noth in — Arbeiterkreisen!“

Aus der „feinen“ Gesellschaft in Berlin's „feinen“ Cafés. Ein Berichterstatter theilt, leider ohne nähere Angabe des Schauplatzes, folgenden Vorfall mit, der in seiner Art durchaus nicht vereinzelt dasteht: „In Begleitung eines bekannten Rentiers J. befand sich in der vorvergangenen Nacht der Hauptmann a. D. R. in einem Café der Friedrichstraße, als in demselben plötzlich ein breitschultriger mit einem Gabelock bekleideter junger Mann eintrat, der nach den verschiedenen Narben in seinem Gesicht ein Studirender zu sein schien. Mit schneidiger Tone ließ sich der Anlämmelnder Diveres serviren und ultete in demselben Tone nicht nur die anwesenden „Damen“ sondern auch seine Nachbarschaft an. Als nach einiger Zeit der Kellner bei ihm erschien um Inzasso vorzunehmen, erklärte er kein Geld bei sich zu haben und verlangte provokatorisch von seinem vis-à-vis dem Herrn Hauptmann R. ein Darlehen von drei Mark. Als der Hauptmann dieses Ansuchen mit der Motivirung zurückwies, daß ihm der Darlehnsfucher ja fremd sei, sprang derselbe plötzlich auf und schlug den Hauptmann unter beleidigenden Redensarten, ehe es jemand verhindern konnte, in das Gesicht. Der Angegriffene revanchirte sich durch einen wohlgezielten Fausthieb auf die Nase seines Gegners, worauf der Student aus dem Lokal gewiesen wurde.“

Ein neuer sogenannter Eisbock ist an der Kottbuser Brücke und zwar an der Einmündung der Gräfeistraße entstanden und wie es den Anschein hat, für längere Zeit befestigt worden. Das dort befindliche alte Schmiedegebäude, welches nach Festsetzung der Baukommission mehrere Fuß über die Bauschneide vor springt, schien seit getaunter Zeit zum Abbruch bestimmt zu sein; das Dach stand abgedeckt, die vorspringende Ecke des Gebäudes war stark beschädigt, der alte Jaun verfallen und von dem Mosaikpflaster war ein nicht unerheblicher Theil von spielenden Kindern aufgehoben und fortgetragen worden. Nach Fertigstellung der Brücke hoffte man diese verfallende Ecke beseitigt zu sehen, zumal das Schmiedegebäude schon seit Jahren unbenutzt steht. Diese Hoffnung ist gründlich getäuscht worden. Vor einigen Tagen hat man dort genau in der neuen Bauschneide einen neuen Jaun gezogen, das alte Dach der Schmiede mit neuen, weithin leuchtenden Ziegeln eingedeckt und die in den Bürgersteig vorspringende Ecke des Gebäudes ausgebessert und neu verputzt. Der Eisbock ist damit in bester Form geschaffen und es wird voransichtlich lange dauern, ehe derselbe beseitigt wird. Die schürgerade Flucht, welche die Mariannen- mit der Gräfeistraße bildet und welche einen Blick von dem Bethanienpark bis zur Hasenheide ermöglicht, wird durch den neubefestigten Eisbock unterbrochen, wenn das umfangreiche Terrain nicht etwa für Neubauten in Anspruch genommen wird, worauf allerdings die Befestigung des Eisbocks für die nächste Zeit nicht schließen läßt.

Zum Arbeiterrisiko. Gestern Vormittag um 9^{1/2} Uhr fiel an der Ecke der Oranien- und Albalertstraße ein junges, dem Arbeiterstande angehörendes Mädchen, mit einer Kette auf dem Rücken, um, fiel in Krämpfe und schlug dabei so unglücklich zur Erde, daß das ganze Gesicht von Blut überströmt wurde. Mittheilung Passanten hoben die Kerntine auf und brachten sie auf den nächsten Hausflur, woselbst dieselbe sich erst nach geraumer Zeit etwas erholte.

Unfallsfall. Von einem eigenartigen Unfallsfall ist der Kutscher Paul Peter, Alte Jakobstr. 69, betroffen worden. Als er dieser Tage die Baumstraße entlang ging, traf ihn an der linken Schulter eine Flasche, die aus dem vierten Stock eines Hauses — vermutlich 68 — heruntergefallen war. Die Flasche zerbrach, und die Scherben zer schnitten nicht nur die Kleidung, sondern rissen ihm auch in den Arm eine sechs Zentimeter lange Fleischwunde. Er mußte sich einen Verband anlegen lassen.

Selbstmord. Der 45 Jahre alte Dr. Friedrich M. hat sich im Thiergarten, der 54 Jahre alte Kaufmann Jakob Lewinsohn (Bälowsstr. 63) in seiner Wohnung erschossen.

Heirathsschwindler. Ein am Freitag verhafteter Schwindler Ruhow hat nicht allein die Frauen von Pferdebahn- und Postbeamten um Darlehen beschwindelt, er hat auch mit Erfolg den Heirathsschwindel betrieben. Im Hause Lüchow-Str. 2 diente bis zum 15. Oktober ein älteres Dienstmädchen, das sich einige Hundert Mark Geld gespart hatte. Dieser näherte sich Ruhow, er heuchelte Liebe, versprach die Ehe, erhielt das Jawort und nun kündigte er selbst das Dienstverhältnis seiner Braut zum 15. Oktober. In Schöneberg war eine Wohnung gemiethet worden. Nach ihrem Abzuge erfuhr die Braut zwar durch die Schwester des Bräutigams, daß der letztere nur wenig aus dem Zuchtstube herauskomme, sie glaubte an diese Warnung nicht und erwiderte: „Was mir die Leute wollen? Wenn das wahr wäre, könnte er doch nicht Pferdebahnschaffner sein!“ Als solcher hatte er sich nämlich vorgestellt. Die Braut gab ihm noch 400 M. zum Einkaufen von Möbeln. Der Bräutigam nahm das Geld, fuhr mit seinem Bruder nach Coswig und als das Geld bis auf den letzten Pfennig verjubelt war, da lehrte er nach Schöneberg zurück, wo er sofort nach seiner Ankunft verhaftet wurde, weil er unterdessen als derjenige ermittelt worden war, welcher kleineren Beamten und Frauen Darlehen abgeschwindelt hatte, unter dem Borgeben, ein Kollege des Mannes und von diesem beauftragt zu sein.

Zur Cholera wird mitgetheilt, daß gestern von dem Kahn des im Humboldthafen vor Anker liegenden Schiffes Ernst Schneider aus Brunenwald bei Jechdenitz die Meldung einlief, daß das 1^{1/2} Jahre alte Kind des Genannten von der Seuche befallen sei. Das Kind sollte nach dem Moabiter Krankenhaus übergeführt werden, war aber vorher mit der Mutter zusammen verjauwendet. Frau Schneider ist höchst wahrscheinlich mit dem kranken Kind ihrer Heimath zugereist. Der dortige Amtsvorsteher sowie der Kreisphysikus sind von hier aus die Anstalt beider

Personen aufmerksam gemacht worden. Der Vater und der Bootsmann Wilhelm Nagelow sind mittelst Krankenwagens zur Beobachtung nach dem Lazareth gebracht, und das Fahrzeug ist isolirt und gereinigt worden.

Anforderung! Am 26. Oktober, Abends 10^{1/2} Uhr, bin ich aus Anlaß eines Streites um die Gültigkeit meiner Fahrkarte im Bureauzimmer der Stadtbahn-Station Bellevue von einem Bahnbeamten mit einem Gummischlauch über den Kopf geschlagen worden. Um die Angelegenheit weiter verfolgen zu können, richte ich an die Personen, die diese Affäre vom Person aus mit angehen haben, die Bitte, ihre Adresse gest. in meiner Wohnung, Salzwelestraße 13, abzugeben. Mag Faber, Former.

Freie Volksbühne. Am Sonntag, den 5. November, findet im National-Theater eine Vorstellung für die 5. Abtheilung statt. Zur Aufführung gelangt „Ariel Koska“ von Guklow. Am Sonntag, den 5. November, findet für die 1. Abtheilung; am Sonntag, den 12. November, findet für die 2. Abtheilung; am Sonntag, den 19. November, findet für die 3. Abtheilung; am Sonntag, den 26. November, findet für die 4. Abtheilung je eine Vorstellung im Fesing-Theater statt. Zur Aufführung gelangt: „Der Reineidbauer“ von Angenbruber.

Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Detsch, Reichenbach, Meyer, der Herren Höder, Kober, Pechler, Schönfeld und Waldow.

Berichtigung. In unserer statistischen Tabelle: „Endgiltiges Ergebniß der 1893er Reichstagswahl“, haben sich einige Druckfehler eingeschlichen. Es muß heißen: unter Stadt Berlin anstatt 141 122, 151 122; unter Regierungsbezirk Oberbayern anstatt 49 633, 39 633; ferner zusammen in Bayern in der ersten Kolonne anstatt 727 518, 101 100; in der letzten Kolonne 125 952, anstatt 10 802.

Polizeibericht. Am 31. v. M. Abends wurde eine Frau vor dem Hause Dresdenstraße 1 durch einen Arbeitswagen überfahren und am Kopfe und Arm schwer verletzt. — Im Thiergarten, beim Kemperplatz, wurde ein etwa 30jähriger Mann mit einer Schußwunde im Kopfe aufgefunden. — Am 1. d. M. Morgens brach in der Tischlerei Hübnerdorferstraße 26 Feuer aus, das den Inhalt derselben zerstörte und auch das darüber belegene Stockwerk ergriff. — Außerdem fanden am 31. v. M. drei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Gewerbegericht. Kammer VIII. Vorsitzender: Affessor F r e u d. Der Fensterputzer Krefft klagt gegen den Inhaber eines Fensterputz-Instituts, Herrn Sprung, auf Herausgabe von 8 M., die ihm vom Lohn abgezogen wurden, weil während des Putzens einer Scheibe diese unter seinen Händen zerbrach. Der Eigentümer der Scheibe sagte unter seinem Eide aus, die Scheibe habe schon einen kleinen Sprung gehabt, als Kläger sie das erste Mal reinigte, der Sprung hätte sich durch das Putzen erweitert. Erst nach 14 Tagen, als die Scheibe wieder vom Kläger geputzt wurde, sei derselbe entzwei gegangen. Weiter sagte der Zeuge aus, daß er sich nicht entsinne, dem Beklagten gesagt zu haben, wenn derselbe ihm nicht acht Mark für die Scheibe erstatte, lasse er, Zeuge, nicht mehr durch seine Leute putzen. Urtheil: Beklagter ist zu verurtheilen, die acht Mark zu zahlen. Es hat keine Veranlassung vorgelegen, dem Kläger den Abzug zu machen. Ein Verschulden desselben liegt nicht vor. Es sei naturgemäß, daß ein Sprung sich beim Putzen einer Scheibe erweitern müsse und daß diese beim zweiten Mal insoweit dessen zerbräche. Daß ein solcher Sprung bei der fraglichen Scheibe vorhanden gewesen und derselbe sich vergrößert habe durch die Arbeit des Klägers, sei durch eidliche Zeugenaussage erwiesen. Wenn der Beklagte in der Höhe des Klage-Anspruchs den Zeugen Schadenersatz für die zerbrochene Scheibe geleistet habe, dann sei das sehr vortheilhaft gewesen, und müsse es ihm anheimgestellt werden, sich das Geld zurückerstatten zu lassen.

Ein Drochsenkutscher-Marder. Wie der Tanzmeister Hermann Otto Diebner die Berliner Drochsenkutscher ärgerte, kam in einer Betrugsanklage zur Sprache, welche gestern vor der V. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Herr Diebner ist Tanzmeister in Diebners's Feisfälen in der Landsbergerstraße und wohnt in Friedrichsberg. Er wird nun beschuldigt, in wiederholten Fällen Drochsenkutscher zur Nachfahrt von der Landsbergerstraße nach Wilhelmsherg engagirt zu haben, kurz vor Beendigung der Fahrt aber heimlich aus dem Wagen gesprungen und bei Nacht und Nebel verschwunden zu sein. In zwei Fällen wollen die Kutscher und deren Kameraden mit aller Bestimmtheit den Tanzmeister Diebner erkannt haben. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß hier arme Leute um ihren wohlverdienten Lohn gebracht worden waren, zu zehn Tagen Gefängnis verurtheilt. In der Berufungskinstanz bestritt der Angeklagte wiederum energisch, der Fahrgast der betrogenen Kutscher gewesen zu sein, die vernommenen Kutscher aber blieben ebenso bestimmt bei ihrer Recognition. Nach ihrer Darstellung hätten die fälschen Drochsenkutscher des Tanzmeisters aus der Landsbergerstraße schon ein ständiges Thema unter den dortigen Drochsenkutschern gebildet, und diese hätten oft längere Zeit darauf gelauert, den „blinden Pöschler“ abzufangen. Der eine der Belastungszeugen versicherte, daß derselbe dann „ordentliche Tische“ erhalten haben würde. Ein Kutscher schilderte ganz deutlich, wie der Fahrgast plötzlich mit läghem Sprunge, ohne die Thür zu öffnen, aus der Drochse verschwunden war. „Nur ein leichtfüßiger Tanzmeister könnte so springen!“ Die bestimmte Recognition der fünf Drochsenkutscher veranlaßte das Gericht, auf Verwerfung der Berufung zu erkennen.

Redakteur Gustav Landauer wurde gestern der vierten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungsstube vorgeführt. Er hatte sich wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle und wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu verantworten. Die Haft ist wegen anderer Straftaten gegen Landauer verhängt, er soll in zwei öffentlichen Versammlungen Neben auführerischen Inhalts gehalten haben. Im gestrigen Termine handelte es sich um zwei Artikel, die in der vom Angeklagten redigirten Zeitung „Der Sozialist“ vom 3. Juni d. J. erschienen sind. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Staatsanwalt Dr. Benedix vertrat die Anklagebehörde, Rechtsanwalt Wieder führte die Vertheidigung. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nicht wegen Aufreizung, sondern wegen der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle und bemah die Strafe auf z w e i M o n a t e G e f ä n g n i s. Der Staatsanwalt hatte beide Vergehen für vorliegend erachtet und eine Gesamtsstrafe von einem Jahre Gefängnis (1) beantragt.

Preßbeleidigung u. dgl. Wegen Beleidigung mittels der Presse hatte sich gestern der frühere verantwortliche Redakteur des „Berl. Tagebl.“, Herr H a r t i c h vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Anklage richtet sich gleichzeitig auf Nichtaufnahme einer Berichtigung. Das „Berl. Tageblatt“ hatte seinerzeit einen Bericht gebracht, dem zufolge auf Betreiben des Landraths von Goldfuß zu Hauptkassier aus dem dortigen Kriegerverein ein Mitglied wegen deutschfreimüthiger Agitation ausgeschlossen sein sollte. Das Blatt hatte den Artikel bald darauf selbst berichtigt und als darauf Herr Goldfuß die Einrückung einer Berichtigung verlangte, wurde ihm eine Nummer mit der bereits erfolgten Ver-

richtigung zugestimmt. Der Landrath verlangte aber den Abdruck seiner Berichtigung und die Redaktion kam diesem Gesuche nach, setzte dem Texte aber die Bemerkung voraus, daß der Herr Landrath Werth darauf zu legen scheint, die Leser mit seiner Prosa zu erbaue. Hierin erblickte der Staatsanwalt eine Beleidigung und beantragte drei Monate Gefängniß nebst 100 M. Geldbuße für die Nichtaufnahme der Berichtigung. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu sechs Wochen Gefängniß und 50 M. Geldbuße (!) und ordnete die nachträgliche Aufnahme der Berichtigung an.

Prozeß Hugo Löwy. Zur Verhandlung des Prozesses gegen Hugo Löwy und Genossen wird eine besondere Schwurgerichtsperiode eingeschoben werden, welche am 20. d. M. ihren Anfang nehmen soll. Die auf beträchtlichen Bankrott bezug. Anklage gegen den Angeklagten richtet sich gegen Hugo Löwy, dessen Ehefrau geb. Goldstein, seinen Schwager Lewin, den Bankier Paul Goldlich und den früheren Kriminalkommissarius v. Krauß.

Die zweite Auflage des Prozesses Polke scheint auf die lange Bank geschoben zu werden. Der Bankier Polke wurde bekanntlich im vorigen Jahre nach einjähriger Untersuchungshaft freigesprochen und hatte sich bald darauf zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Nizza begeben. Das Reichsgericht hatte das freisprechende Erkenntniß aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die dritte Strafkammer zurückgewiesen. Die Zusammensetzung derselben ist inzwischen eine andere geworden; es sitzen in der Kammer nur noch zwei Räte, welche bei dem ersten Prozeß Polke mitgewirkt haben. Staatsanwalt Valle, welcher damals die Anklage vertreten hatte, ist erst nach den Gerichtsferien von einem mehrmonatigen Urlaub zurückgekehrt. Für die erneute Verhandlung war ein Termin zur Hauptverhandlung auf den 6. November und die folgenden Tage bzw. Wochen festgesetzt worden, der jetzige Vorsitzende der dritten Strafkammer, Landgerichtsdirektor Oselezer, hat zum Studium des umfangreichen Aktenmaterials bereits seit einiger Zeit Urlaub genommen und zahlreiche Zeugen sind zum 6. November vorgeladen worden. Der Angeklagte, welcher sich seit Monaten in Paris befindet, hatte in Aussicht gestellt, daß er pünktlich zum Termine erscheinen würde, hat aber diese Absicht jetzt aufgegeben. Dem Vernehmen nach hat der Angeklagte dem Gericht ein Schreiben aus Paris zugestellt, in welchem er die Bitte ausdrückt, ohne seine Anwesenheit den Prozeß zu verhandeln. Dies ist natürlich nicht möglich.

Eine aus Mutterliebe begangene Straftat gelangte gestern zur Kenntniß der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Die Ehefrau des Schuldners Jaedicke war der Bestechung beschuldigt. Der Sohn der Angeklagten steht beim 11. Ulanen-Regiment in Saarb. Seine Bitte, ihm während der Pfingstfeiertage Urlaub zu gewähren, wurde abgeschlagen. Die Angeklagte griff nun zu einem leichtfertigen Mittel, um doch ihren Sohn zu sehen. Sie sandte ihm eine Depesche des Inhalts: „Bruder gestorben, sofort kommen!“ Nun erhielt der junge Jaedicke Urlaub. Dem Wachtmeister kam die Sache aber verdächtig vor, er gab dem Beurtheilten auf, bei seiner Rückkehr eine polizeiliche Bescheinigung mitzubringen, daß sein Bruder gestorben sei. Jaedicke hatte eine solche Bescheinigung bei seiner Rückkehr nicht, er machte allerlei Ausschüfte, worauf eine amtliche Auskunft bei dem hiesigen Polizeipräsidenten eingeholt wurde, woraus hervorging, daß die fragliche Depesche unwahren Inhalts war. Als die Angeklagte dies erfuhr, besorgte sie, daß ihr Sohn bestraft werden würde, sie sandte nun an die Ehefrau des vorgelegten Feldwebels ihres Sohnes ein Geschenk und bat in dem Begleitschreiben, sie möchte zu Gunsten ihres Sohnes auf ihren Ehemann einwirken. In diesem Verhalten wurde die Bestechung geahndet, die der Staatsanwalt in der Hauptverhandlung mit einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen zu ahnden beantragte. Der Gerichtshof billigte der Angeklagten mildernde Umstände zu und erkannte nur auf 30 M. Geldstrafe.

Der Spieler- und Wuchererprozeß in Hannover.

(Fortsetzung.)

In der Dienstags-Sitzung befindet der Oberkellner Pärhel-Berlin: Er sei im Jahre 1884 Oberkellner im Hotel de Russie hierseits gewesen. Sobald Samuel Seemann nach Hannover ins Hotel de Russie gekommen sei, habe sich des Abends eine Anzahl Offiziere eingefunden. Es sei Lokette gespielt und Champagner getrunken worden, den Champagner habe Seemann bezahlt. Außerdem habe er einmal gehört, daß in dem Roulette des Seemann eine zweite Kugel gefunden worden sei.

Ueber eine Spielaffäre, den Lieutenant v. Mülen betreffend, der angeblich nach Amerika gereist, aber dort nicht aufzufinden ist, können nur die Angeklagten Max Rosenberg und Hef vernommen werden. Der betreffende Fall unterscheidet sich kaum von den anderen verhandelten Fällen. Die kommissarische Vernehmung des Lieutenants v. Mülen wird verlesen. Er ist um 18 400 M. geschöpft worden.

Nach Verlesung einiger Briefe Richtners an seinen Anwalt und der Frau von Meyerind, wird die Beweisaufnahme geschlossen und die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Ueber die Mittwochssitzung wird telegraphisch gemeldet: Der Staatsanwalt beantragte gegen von Meyerind 4 1/2 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Härtle 5 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Abter 7 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Samuel Seemann 4 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Hef 4 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Max Rosenberg 2 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Julius Rosenberg 1500 M. Geldstrafe oder 150 Tage Gefängniß, gegen Sußmann 1500 M. Geldstrafe oder 150 Tage Gefängniß.

Soziale Ueberlicht.

Nach den im Reichs-Versicherungsamt gefertigten Zusammenstellungen, welche auf den von den Vorständen der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen gemachten Angaben beruhen, betrug am 1. Oktober 1893 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 253 700. Von diesen wurden 200 532 Rentenansprüche anerkannt und 44 168 zurückgewiesen, 8007 blieben unerledigt, während die übrigen 6306 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 29 576, Ostpreußen 28 012, Brandenburg 19 477, Rheinprovinz 16 882, Hannover 14 675, Sachsen-Anhalt 14 537, Posen 13 186, Schleswig-Holstein 9699, Westpreußen 9035, Westfalen 9617, Pommern 8646, Hessen-Rhessau 5563 und Berlin 2836. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 25 458 Rentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 10 642, auf Württemberg 5715, Baden 4804, Großherzogthum Hessen 4129, beide Mecklenburg 5253, die thüringischen Staaten 3508, Oldenburg 920, Braunschweig 1782, Hansestädte 1802, Elsas-Lothringen 7417 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 3631.

Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrente betrug bei den

31 Versicherungsanstalten und den 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 71 855. Von diesen wurden 44 642 Rentenansprüche anerkannt und 17 925 zurückgewiesen, 5378 blieben unerledigt, während die übrigen 8440 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den geltend gemachten Invalidenrentenansprüchen entfallen auf Schlesien 9950, Rheinprovinz 5723, Ostpreußen 5155, Brandenburg 8527, Hannover 8716, Sachsen-Anhalt 8283, Westpreußen 2912, Westfalen 2572, Posen 2553, Pommern 2524, Hessen-Rhessau 1551, Schleswig-Holstein 1092 und Berlin 1042.

Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 8607 Invalidenrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 2609, auf Württemberg 1933, Baden 1994, Großherzogthum Hessen 842, beide Mecklenburg 770, die thüringischen Staaten 1208, Oldenburg 194, Braunschweig 463, Hansestädte 396, Elsas-Lothringen 1389 und auf die 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 5130.

Unter den Personen, die in den Genuss der Invalidenrente traten, befinden sich 1220, welche bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Eine öffentliche Arbeitslosen-Versammlung fand in München am Dienstag Abend zwischen 6 und 7 Uhr in der Theaterstraße statt, ohne daß vorher der Polizei eine Anzeige erstattet worden wäre. Nach der „M. Post“ war der unweitwärtige Einberufer der Besitzer des Konfektionshauses von 266 in der Theaterstraße. Derselbe hatte eine Annonce in ein Abendblatt einrücken lassen, wodurch bekannt gegeben wurde, daß im Konfektionshause von 266 in der Theaterstraße ein Knäbger gesucht wird. Bewerber wollen sich Abends 6 bis 7 Uhr im Laden melden. Da nun viele Arbeitslose lieber eine magere Ausgeherrstelle dem ausgezungenen sogenannten Vagabundenthum vorziehen, wurde ein förmlicher Anlauf verursacht. Circa 400 arbeitslose Personen sammelten sich an und wiederholt mußte die Gendarmerei die Leute auseinanderreiben, um den gestörten Verkehr einigermaßen aufrecht zu erhalten, ehe sie sich nach und nach zerstreuten. So sieht's jetzt schon aus, wie wird's da erst im Winter werden?

Vagabunden, die durch eigene Schuld sich ihr Elend geholt haben, bleiben aber die Arbeitslosen in den Augen mancher Bourgeois dennoch. Wer arbeiten will, bekommt auch Arbeit, lautet ja die bekannte Redensart und Anklage an dieselbe hört man ja selbst am Richterstisch den Armen gegenüber aussprechen, die durch Elend und Noth schließlich dem Verbrechen in die Arme getrieben worden sind.

Sozialreformerisches. In Gannau fand kürzlich eine Versammlung der Arbeiter statt, die durch den gänzlichen Stillstand der Handweb-Industrie arbeitslos geworden sind. Es war aus diesem Anlaß eine große Zahl von Gendarmen nach Gannau berufen worden; daß das Knurren der hungrigen Magen dadurch beseitigt worden wäre, davon verlautet nichts. Die Versammlung verlief vollständig ruhig, die Vorsicht hat sich auch in diesem Falle, was ja auch ganz selbstverständlich, als überflüssig erwiesen. Was hätten wohl im anderen Falle die Gendarmen den Hungernden zu bieten gehabt? Auf hauende Säbel und schließende Flinten haben die Gannauer Arbeiter trotz allem Hunger doch sicher keinen Appetit.

Versammlungen.

Charite-Bojkott. Die Vorstände der Berliner Krankenkassen, welche sich bereits für den Boykott der Charite erklärt haben resp. noch erklären wollen, hielten am 31. Oktober in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstr. 48a, eine öffentliche Versammlung ab. Dr. Jadel gab nochmals in kurzen Zügen ein Bild von den Mißständen, die in der Charite existiren und die in der Presse wiederholt bemängelt wurden. Nicht aus Haß gegen das Institut, sondern nur um eine Besserung der schlechten Zustände zu erwirken, seien die Kassen zum Boykott gedrängt worden; in die Besserung erreicht, dann sei auch der Kampf zu Ende. Zwei Drittel aller in Krankenhäusern sich befindenden Personen sind Kassennmitglieder; daraus ergebe sich der Beweis, daß bei einigen in Vorgehen der Kassen die Verwaltung der Charite bald zu Zugeständnissen gezwungen werden kann. Er empfahl die Wahl einer Kommission, zu welcher jeder Krankenkassen-Vorstand ein Mitglied entsenden soll. Diese Kommission solle sich drei Subkommissionen zusammenschließen, von denen die erste sämmtliches Material über die Mißstände in der Charite sammelt, die zweite hätte die Agitation für den Boykott in weitere Kreise zu tragen eventuell öffentliche Versammlungen der Kassennmitglieder einzuberufen und für den Boykott zu interessieren, während die dritte Kommission ein Programm von Minimalforderungen festsetzt und mit der Verwaltung der Charite in Verbindung zu treten habe. Zu fordern wäre: 1. Humanere Behandlung der Kranken von der Aufnahme bis zum Verlassen der Anstalt; 2. 30-40 Kubikmeter Lustraum für jeden Kranken; 3. Vermehrung des Personals und zwar so, daß auf 5-10 Kranke ein Wärter resp. eine Wärterin kommt; 4. bessere Verpflegung der Kranken; 5. Fortfall der Verwendung der Kranken zu Studienobjekten gegen ihren Willen, jener der Strafen (sogenannte vierte Form) etc.; 6. Räume für Kranke, in denen die sich aushalten, welche nicht mehr bettlägerig sind etc. Es seien das alles Forderungen, die bei gutem Willen durchführbar sind. Die Kassen-Vorstände müssen schnell ansetzen, dann habe binnen wenigen Wochen der Boykott seine Wirkung getan. Die Durchführung hänge von den Vorständen ab. In allen Generalversammlungen müsse das Thema behandelt werden, wenn 800 000 Kassennmitglieder hinter ihnen stehen, seien sie wohl in der Lage, den nötigen Druck ausüben zu können. Da viele Aerzte nicht wissen, daß auch die drei städtischen Krankenhäuser Geschlechtskranke aufnehmen, so müsse auch auf die Bekanntgabe dieser Thatfache Werth gelegt werden. — Inzwischen war die Präsenzliste festgestellt worden. Betreten waren 24. Ordstufen, 6 Hilfsklassen und eine Innungskasse. Die Vertreter von 18 Ordstufen mit insgesamt 185 Tausend Mitgliedern und die Vertreter von 6 Hilfsklassen mit circa 14 Tausend Mitgliedern gaben die Erklärung ab, daß ihre Vorstände resp. Kassen sich vollständig für den Boykott ausgesprochen haben, die übrigen vertretenen Kassen mit circa 43 Tausend Mitgliedern werden, wie mehrere Herren mittheilten, in den nächsten Tagen ebenfalls Stellung zu dieser Frage nehmen, bindende Erklärung konnten sie noch nicht abgeben. Nachdem König, Herrmann, Adler, Polter, Mäher und weitere Redner sich für die Vorschläge des Dr. Jadel ausgesprochen hatten, wurde sofort die Kommission aus den anwesenden Vertretern derjenigen Kassen gebildet, die sich bereits für den Boykott erklärt haben. Nachsichende Resolution gelangte hierauf zur einstimmigen Annahme: „Die öffentliche Versammlung der Vorstände der Berliner Krankenkassen — welche ca. 240 000 Kassennmitglieder vertreten — erklärt: Zur wirksamen Durchführung des Boykotts der Charite ist ein schnelles und gemeinsames Vorgehen sämmtlicher Krankenkassen durchaus notwendig. Die Versammlung fordert alle Kassenvorstände auf, in kürzester Zeit aus ihrer Mitte eine Person zu bestimmen, welche in die bereits gewählte Kommission sofort einzutreten hat. Die derart zusammengesetzte Kommission hat die Aufgabe: 1. weiter, die Zustände in der Charite betreffendes Material zu sammeln; 2. die Agitation für den Boykott in weiteren Kreisen zu betreiben, sowie 3. ein Programm von Forderungen aufzustellen und der Verwaltung der Charite zu unterbreiten, von dessen Erfüllung die Aushebung des Boykotts abhängen würde.“ — Alle Zusendungen, welche den Boykott betreffen, sind an Dr. Jadel, Altmühlstr. 48, oder an den Genossen Herrmann (Hausdiener), Lindenstr. 93 II, zu richten.

Die Zahlstelle Berlin II des Zentralverbandes deutscher Maurer etc. hielt am 28. Oktober eine Versammlung ab, in welcher der Stadtverordnete Dr. Jadel einen lehrreichen Vortrag über: „Die moderne Heilkunde“ hielt. Zum Schluß forderte derselbe die Anwesenden auf, die Bestrebungen der Sanitätskommission, sowie der Krankenkassen, die sich dem Boykott gegen die Charite angeschlossen haben, kräftig zu unterstützen, um die Verwaltung derselben zu zwingen, menschenwürdige Zustände dort einzuführen.

In der Diskussion brachte der ehemalige Krankenwärter der Charite, Coßwig, nochmals verschiedene Mißstände zur Sprache, die aber bereits an anderer Stelle genügend erörtert sind. Im Verschiedenen wurde auf Antrag Schigolski beschlossen, einen Maskenball im Laufe des nächsten Winters abzuhalten; alles weitere hierzu soll in der nächsten Mitgliederversammlung behandelt werden. Hierauf folgte Schluß der Versammlung. Im Anschluß hieran fand ein gefälliges Beisammensein verbunden mit Tanz und deklamatorischen Vorträgen ersten und heiteren Inhalts statt.

Eine Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Schöneberg und Umgegend tagte am 22. Oktober. Die vom Kassier verlesene Abrechnung vom dritten Quartal ergab eine Einnahme von 24,20 M. und eine Ausgabe von 10,60 M., bleibt mithin ein Kassenbestand von 50,81 M. In Vereinsangelegenheiten sprach Kollege Wehrend über die Reibereien zwischen den gewerblichen Organisationen und wünschte, daß der Kölner Parteitag in dieser Sache etwas Ersprießliches leisten möge, damit endlich der Jamt um die Form der Organisation aufhört. Dann erinnerte Kollege die Vorstandsmitglieder daran, doch als solche ihrer Pflicht nachzukommen, denn bis jetzt ist noch viel zu wünschen übrig geblieben. Hierauf machte der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung am 19. November stattfindet.

Der Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen tagte am 23. Oktober. Ueber den Stand der Kasse berichtet Kollege Tschentscher und giebt folgende Abrechnung bekannt: Einnahme vom dritten Quartal 379,50 M., Ausgabe 234,00 M., Bestand 95,50 M. Jahresübersicht: Einnahme 1157,85 M., Ausgabe 1062,35 M., Bestand 95,50 M. Der Unterstützungsfonds weist eine Einnahme von 338,85 M., und eine Ausgabe von 234,00 M. auf, mithin ein Bestand von 104,85 M. Kollege Wagner berichtet über den Arbeitsnachweis, derselbe zeigt die sehr günstige Wirkung dieser Einrichtung für die Kollegen.

Bei der Wahl des Vorstandes werden als erster Vorsitzender Kollege Brüdner, als zweiter Vorsitzender Kollege Benzler, als erster Kassier Kollege Tschentscher, als zweiter Kassier Kollege Krause, als erster Schriftführer Kollege Goldh, als zweiter Schriftführer Kollege Herrmann, als Beisitzer Kollege Lohse, als erster Revisor Kollege Almeninger, als zweiter Revisor Kollege Feister gewählt.

Nachdem noch bei Verschiedenem Mehreres vorgebracht wurde, schließt der Vorsitzende die Versammlung um 11 1/2 Uhr Nacht.

Niddorf. Die Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes hielt am Dienstag, den 24. Oktober, eine Mitgliederversammlung ab, in der der Kassier Kollege Wödenfeld die Abrechnung für das 3. Quartal erstattete. Die Einnahme betrug 171,85 M., Ausgabe 163,31 M., davon sind 100 M. an die Hauptkasse nach Stuttgart geschickt. Bleibt Bestand für das nächste Quartal 8,54 M. Auf Streiklisten wurden 18,50 M. gesammelt, die gleichfalls nach Stuttgart geschickt wurden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 107. Reise-Unterstützung wurde an zwei Kollegen gezahlt. Sodann erstattete die Arbeitsvermittlungskommission den Bericht über den Arbeitsnachweis. Vorhanden waren 15 Tischler, 9 Drechsler, 1 Bärstammacher und 1 Stellmacher. Davon haben 8 Tischler und 1 Drechsler Arbeit durch den Nachweis erhalten, die anderen Stellen waren theils schon besetzt oder sie wurden von den anschauenden Kollegen besetzt. Da der Arbeitsnachweis von den hiesigen Kollegen sehr wenig benutzt wird, so werden die Kollegen aufgefordert, den Nachweis mehr wie bisher in Anspruch zu nehmen. Derselbe befindet sich Hermannstraße 23 bei Schmidt. Die Arbeitsvermittlung geschieht funktentgeltlich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auch die Reise-Unterstützung wird daselbst ausgezahlt.

Reinickendorf. Am 29. Oktober tagte im Lokal des Herrn Gottschalk in der Eichbornstraße eine Versammlung des Arbeiter-Vereins für Reinickendorf und Umgegend. Auf Anweisung des wieder die Versammlung überwachenden Gendarm Kldsch mußten die Getränke durch die hintere Thür über den Hof in den Saal gebracht werden. Die Genossen Schilling und Kraus besprachen eingehend die Gemeindefragen und überredeten die Anwesenden zu recht reger Theilnahme an den Gemeindevahlen auf. Hierauf hielt Genosse A. Hoffmann in den angekündigten Vortrag über: „Das moderne Raubritterthum“. Mitten in seinem Vortrag unterbrach der Gendarm den Redner und forderte den Vorsitzenden auf, dem Redner das laute Sprechen zu untersagen, da nach seiner Ansicht jeder Passant Zuhörer des Vortrages ist. Genosse Hoffmann wies dieses Ansehen ganz entschieden zurück und erwiderte dem Beamten, daß in Preußen jeder so sprechen darf, wie ihm der Schnabel gewachsen, Sache der Beamten sei es, die Passage auf der Straße frei zu halten. Die Versammlung applaudirte lebhaft zu dieser Abfertigung. In der Diskussion kam es noch einmal zu einem ähnlichen Austritt. Nach Ansicht des Gendarmen sollte Genosse Schneider eine Wismartheiligung begangen haben und forderte der Beamte den Vorsitzenden auf, den Redner zu veranlassen, diese vermeintlich beleidigende Aeußerung zurückzunehmen. Wieder mußte der Genosse Hoffmann dem Beamten eine Rechtsbelehrung zu theil werden lassen. Als Genosse Glas in Hinblick auf die sich soeben abspielenden Austritte bemerkte: „Es wäre doch zu wünschen, daß zur Ueberwachung der Versammlung Beamte geschickt werden, die auch mit dem Vereinsgesetz vertraut sind, der Gendarm Kldsch habe aber denn doch bewiesen, daß ihm die genügende Kenntniß fehlt, erhob sich der Beamte und erklärte wörtlich: „Ich erkläre die Versammlung für aufgelöst durch mir.“ Die Genossen verließen ruhig den Saal.

Es wäre doch wirklich zu wünschen, daß die vorgesehene Behörde diesen in letzter Zeit geradezu lächerlichen Austritten ein Ende macht, indem sie Beamte zur Ueberwachung der Versammlung beauftragt, die sich streng an die geschlichen Bestimmungen halten. (Die Redaktion.)

Potsdam. Am Dienstag, den 24. v. Mts., fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, in der der Nothabthülender Goldschmidt aus Berlin das Referat über die bevorstehende Tabak-Fabriksteuer übernahm. Die Versammlung, zu welcher auch der Reichstags-Abgeordnete des hiesigen Kreises, Herr Prediger Schall, geladen war und auch auf kurze Zeit erschien. Derselbe erklärte, er könne seine Stellung zu der Tabaksteuer-Erhöhung noch nicht präzisiren, nahm nach den trefflichen Ausführungen des Referenten folgende Resolution einstimmig an: 1. Die heute hier tagende Versammlung der Tabakarbeiter, Fabrikanten und Interessenten erklärt sich entschieden gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, weil dadurch die gesamte Tabakindustrie auf das Schwerste geschädigt, ca. 70-80 000 Arbeiter brotlos werden und dadurch die mülleren und kleineren Betriebe, sowie die Hausindustrie gänzlich ruiniert würden; sie spricht die Erwartung aus, daß die königlich preussische Regierung im Bundesrath ihren Einfluß dahin geltend machen wird, daß von der geplanten Tabakfabrik- und Werthsteuer, wie von jeder Mehrbelastung des Tabaks Abstand genommen wird und diesem Industriezweig sowohl aus volkswirtschaftlichen wie auch aus sozialpolitischen

Die Schweizerische Miliz.

II.

Durch tendenziös herausgerissene und ebenso tendenziös angewandte Zitate aus dem kleinen Schriftchen von Oberst Wille über „Die Militärausgaben der Eidgenossenschaft“ will „Vivus“ die Unterlegenheit der Schweizerischen Miliz beweisen. Wir stellen dem gegenüber das über die vor wenigen Wochen bei Basel stattgefundenen Schweizerischen Manöver im Pariser „Temp“ veröffentlichte Urtheil eines sachverständigen Militärkritikers, eines Pariser Spezialkorrespondenten. Derselbe schreibt nach Aufzählung der bekannten allgemeinen Dispositionen und Nennung der militärischen Repräsentanten der fremden Mächte: „Diese fremden Offiziere, welche den Operationen in all' ihren Einzelheiten gefolgt sind, waren einmüthig im größten Lob der Schweizerischen Milizen, insbesondere in Anerkennung ihrer Haltung und ihres Benehmens während der fünf Tage der Dauer der großen Manöver.“

Der Feind (eine französische Armee, das Weiskorps) folgte den Thälern der Sarne und der Birs, und die Schweizertruppen (das Ostkorps) gingen ihm entgegen bis Courfaivre und Develier, wo das erste Treffen stattfand. Der Einbrecher setzt folgenden Tages seinen Vormarsch fort, um das Döfle von Souhieres zu gewinnen; aber die Schweizerdivision hatte nordöstlich von Delberg Position genommen, um ihn daran zu verhindern. Nichtsdestoweniger wird diese zum Rückzug auf Laufen gezwungen. Hier der dritte Kampf, in welchem die fünfte Division (Schweizerarmee) sich ein wenig zu passiv in der Verteidigung erweist und zum Rückzug gezwungen wird. Der vierte Tag war dem Kampf der zwei das 2. Armeekorps bildenden Divisionen gegen einen markirten Feind gewidmet. Dieser, durch Feld- und Positionsarillerie und einige Rekrutenbataillone bezeichnet, sollte die in der starken Stellung auf den Höhen des Bruderholz konzentrierte Verteidigungsarmee darstellen, welcher die Aufgabe zufiel, den Zugang zu Basel und zum Rhein der durch das Armeekorps repräsentirten Invasion zu verschließen.

Die 3. Division, nachdem sie auf sehr peniblen Wegen längs der eltsässischen Grenze sich hingezogen, debouchirte genau 10 Uhr in Ettingen, zu gleicher Zeit, da die 5. Division, welche sich in zwei Kolonnen getheilt hatte, die über Blauen und Grollingen zogen, in Aesch ankam. Dieses Zusammentreffen war bemerkenswerth und von ergreifender Wirkung. Der Angriff gegen das besetzte Massiv zwischen Therwil und Reinach wurde mit seltener Kraft vorgehoben, und es gelang trotz der Gegenwehr der Artillerie und führte so alle Truppen nach Basel.

Das war das Ende der Manöver, welche sich schließen sollten durch eine Revue, vorgenommen von Oberst Frey, dem Chef des Militärdepartements, und von Oberst Feiß, dem ausgezeichneten Kommandanten des 2. Armeekorps.

Die Revue, wie die Operationen auf dem Terrain, haben beträchtliche Fortschritte in der schweizerischen Armee an den Tag gelegt. Und alle die fremden Offiziere, welche diese interessanten Manöver verfolgt haben, werden nicht müde im Lob über den Widerstand gegen die Ermüdung und über den Geist der Disziplin, welche man bei Soldaten bemerkt, die jährlich nur einige Tage unter den Fahnen stehen. Es folgt eine Stelle aus dem Tagesbefehl von Oberst Feiß vom 22. August, dann fährt der Berichtsstifter fort: „Der Appell des Oberst Feiß (betr. Disziplin) ist gehört worden; so hat denn die Haltung der Truppen des 2. Armeekorps während der von uns skizzirten Operationen, ihnen wohlverdiente Glückwünsche eingebracht, auf welche sie stolz sein dürfen. Es wäre, glauben wir, schwer, anderswo als in der Schweiz solche Resultate zu erzielen; aber es wird eben in dieser kleinen Republik jeder Mann gleichsam als Soldat geboren und nimmt früh erkräftigsten Antheil an der Rolle des Verteidigers des vaterländischen Bodens.“

Das Militärdepartement, welches mit vieler Kompetenz der einsichtige Oberst Frey führt, registriert mit Stolz die gewonnenen Fortschritte; nicht minder hebt es in seinen jährlichen Berichten die schwachen Seiten der militärischen Organisation und Instruktion hervor und die Verbesserungen, welche daran nothwendigerweise vorgenommen werden müssen, damit Offiziere und Soldaten auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, wenn die Umstände die Mobilisirung der schweizerischen Armee erheischen würden. Diese Dokumente sind merkwürdig einseitig, zunächst weil die andern Mächte nichts Ähnliches publiziren, und sodann, weil sie mit einer bemerkenswerthen Unparteilichkeit Lob und Tadel auf die einzelnen Korps und Dienstzweige vertheilen.

Was denn immer sei, die Gesandtschaften, welche an den Manövern im Birsthal theilgenommen — die deutsche Gesandtschaft selber, welche vielleicht am meisten gegen die Militärtruppen vorgekommen war — sind gezwungen worden zu gestehen, daß die Schweiz gegenwärtig im Stande ist, ihren Boden zu verteidigen, heute besonders, da ihre Armee sich auf wohl verstandene und gut bewaffnete Befestigungen stützen kann und da deren Mobilisation durch Landsturmformationen gedeckt ist, genügend stark, um sich den ersten Versuchen eines Einbrechers entgegenstellen zu können.

Das bildet für die Neutralität der Schweiz ernsthaftes Garanten und es ist nützlich, dieselben zu signalisiren.

Das Urtheil dieses französischen Kritikers, der circa 30 000 schweizerische Milizsoldaten sozulegen in kriegerischer Thätigkeit sah und beobachtete, und mit dem nach seiner Angabe auch die fremden militärischen Repräsentanten übereinstimmen, dürfte für Jedermann höheren Werth haben, als das verzweifelte Bemühen des „Vivus“, die schweizerische Miliz, weil sie der preussisch-eisernen Disziplin entbehrt, in möglichst ungünstigem Lichte darzustellen.

Außerdem ist endlich auch das Bemühen des „Vivus“, die schweizerische Miliz als relativ theurer denn das stehende Heer Deutschlands darzustellen.

Die schweizerische Milizarmee zählte am 1. Januar 1893 insgesammt 486 682 Mann Kriegsfähige. Davon gehören 131 424 dem Fußvolk, 81 485 Mann der Landwehr und 273 778 dem Landsturm an. Die Militärausgaben betragen nach den eidgenössischen Staatsrechnungen:

Table with 3 columns: Year, Amount in Francs, Budget. Rows for 1890, 1891, 1892, and Budget 1893.

In den früheren Jahren betragen auch die schweizerischen Militärausgaben weniger, da ringsum in den Nachbarländern der Militarismus noch nicht in wahnsinniger Konkurrenz auf die äußerste Spitze getrieben war. Sie betragen in Franken:

Table with 3 columns: Year, Amount in Francs. Rows for 1850, 1860, 1870, 1880, and 1885.

Für das Jahr 1891 beträgt das eidgenössische Budget 23 Millionen Franken.

Die obige Differenz zwischen Rechnung und Budget erklärt sich durch die Methode, die Ausgaben für die Pferdelegie, Konstruktionswerkstätte, Munitionsfabrik und Waffenfabrik nicht mit als eigentliche Militärausgaben zu verrechnen, da in den betreffenden Objekten der entsprechende Gegenwerth vorhanden ist. Läßt man dies nicht gelten, sondern nimmt das Budget als maßgebend an, so müssen aber davon die nicht verausgabten Summen abgezogen werden und diese betragen:

Table with 3 columns: Year, Amount in Francs, Amount remaining. Rows for 1890, 1891, and 1892.

In Deutschland betragen die Militärausgaben:

Table with 3 columns: Year, Amount in Millions of Marks. Rows for 1872, 1875, 1881/82, 1887/88, 1890/91, and 1893/94.

Die Bevölkerungszahl der Schweiz mit rund 3 Millionen und diejenige Deutschlands mit rund 60 Millionen angenommen, erhalten wir eine Militärausgabe pro Kopf:

Table with 3 columns: Country, Year, Amount in Francs. Rows for 1891 and 1892 for Switzerland, and 1890/91 and 1893/94 for Germany.

In Deutschland ist demnach die Militärausgabe pro Kopf 1891 beinahe doppelt so hoch gewesen, wie in der Schweiz, und im Jahre 1892, wo letztere für Neubewaffung u. eine außerordentliche Ausgabe von ca. 16 Millionen Franken, die wahrscheinlich in gleicher Höhe nie wiederkehrt, wachte, immer noch niedriger als in dem normalen Militär-Budgetjahr Deutschlands. Das ist das Verhältniß der absoluten Ziffern zu einander. Berücksichtigen wir aber, daß in der Schweiz 17 pCt. der Bevölkerung kriegsbereit sind — der Landsturm ist vollständig organisiert und hält auch obligatorische Wasserübungen ab —, dagegen in Deutschland nur etwa 7 pCt., so ist die Billigkeit der Miliz gegenüber dem stehenden Heere eine so gewaltig große, daß Tendenz-Märgler wie der „Vivus“ einfach verstümmen müssen. Dazu kommen auf Seite der Miliz die vortrefflichen Vortheile, die dem Lande daraus erwachsen, daß der Wehrmann während der 12-jährigen Dienstzeit (Rückzug) nur etwa 5 bis 6 Monate Präsenzdienst zu leisten hat im Gegensatz zu den 3 bis 3 1/2 Jahren, welche der Linien Soldat des stehenden deutschen Heeres leisten muß. Weisen wir noch auf die Hunderttausende hin, die den Soldaten von ihren Angehörigen in die Kasernen geschickt werden, welche Unterstützung in der Schweiz ebenfalls wegfällt, so leuchtet der Vortheil der Miliz gegenüber dem stehenden Heere auch nach dieser Seite ein.

Geradezu lässlich ist die Gegenüberstellung der Klagen des deutschen Volkes über die frühzeitige Pensionirung gesundheitsstrophender Offiziere, welche dem Bürger alle mögliche Konkurrenz bereiten, und der Klagen der Schweizer über theilweise zu hohem Alter der Offiziere. Während im deutschen Etat für 1893/94 für Militärpensionen die Summe von 69 Millionen Mark steht, von der ein sehr großer Theil auf die pensionirten Offiziere entfällt, hat die Schweiz im Jahre 1892 an Militärpensionen 57 355 Franken gezahlt! Und diese Pension haben in 76 Fällen Invaliden und in 164 Fällen die Hinterlassenen dienstlich Verunglückter erhalten.

Zum Schluß sei noch der von „Vivus“ wiederholt und gern zitierte Oberst Wille dem deutschen Offizier gegenübergestellt. Während dieser schon in Friedenszeiten durch unerhörteste Militärausgaben das Volk blutarm zu machen nicht ansetzt und nichts anders auf der Welt zu kennen scheint, als das „militärische Bedürfniß“, rednet Oberst Wille schließlich auch als Bürger mit den Bürgern. Er sagt in seiner bereits erwähnten Schrift über „die Militärausgaben der schweizerischen Eidgenossenschaft“: „So lange die Finanzen der Eidgenossenschaft es gestatten, wäre es ein Verbrechen, gegen die Wehrfähigkeit, die Vorräthe und das Kriegsmaterial nicht zu vervollständigen und zu verbessern. Wenn aber einmal die Finanzen keine blühende mehr sein wird, so sind sie das erste, worin man sich einschränken muß; dann ist es aber Sache des Fachmannes, zu untersuchen, welche Anschaffungen unbedingt gemacht werden müssen, welche man beschränken darf und welche man ganz fallen lassen kann.“ — Wenn in Deutschland die Finanzen nimmer blühen, dann fährt man allerdings vortreffliche neue Steuern ein und macht nebenbei noch horrenden Reichthums. Das Wort „einschränken“ fehlt offenbar im Wörterbuch der deutschen Militärs.

Haben wir die Vortheile der Miliz gegenüber dem stehenden Heere hervorgehoben, so geben wir nichts desto weniger zu, daß dieselbe wohl noch verbesserungsfähig ist, und wir geben auch zu, daß einem großen Theile des Schweizervolkes die Militärlasten allmählig als drückende erscheinen und dafür der Ruf nach „Eparen“ nicht bloß von den Sozialdemokraten ertönt. Dem Herrn „Vivus“ indes rathen wir zu einem anderen Vergleich zwischen Deutschland — namentlich Preußen — und der Schweiz, und zwar betreffend das Volksschulwesen — ein gewiß recht dankbares Unternehmen!

Gerichts-Beitrag.

Nochmals die Juristerei und die Bergarbeiter-Bewegung. Vom Landgerichte Bochum sind am 12. Juni der Händler und frühere Bergmann Friedrich Bunte in Dortmund, der Kassirer E. Meyer in Bochum, sowie die Bergleute Föcker und Matern wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze (§ 110 des Str.-G.-B.) zu je drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Der Sachverhalt ist, schreibt die Reichsgerichts-Korrespondenz, derselbe, wie bei ähnlichen Prozessen, die in letzter Zeit die Landgerichte und das Reichsgericht beschäftigten. Nachdem im Dezember 1892 die Bergarbeiter des Saargebietes zum großen Theil in den Streik ohne Einhaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist eingetreten waren, entstand auch in Ober-Saargebiet Dortmund eine Bewegung, welche darauf ging, die Kameraden des Saargebietes zu unterstützen. Verschiedene Versammlungen hatten bereits stattgefunden, als am 8. Januar d. J. die Bergarbeiter sich im „Schützenhof“ in Bochum versammelten und über das Thema berieten: „Der Streik im Saargebiet und Stellungnahme zu den einzelnen Beschlüssen am 6. Januar.“ Meyer war Vorsitzender, Bunte stellvertretender Vorsitzender; anwesend waren 3-4000 Personen. Bunte erstattete Bericht über die letzten beiden Versammlungen und richtete an die Anwesenden eine Anzahl Fragen, die durch Zuruf sofort beantwortet wurden. Diese Fragen nebst Antwort lauteten: 1. Haben die Bergarbeiter des Saargebietes ein Recht zu streiken? Ja! 2. Haben wir dann ein Recht, sie zu unterstützen? Ja! 3. Durch Geld? Nein! 4. Durch Arbeitsniederlegung? Ja! 5. Soll Montag oder

Mittwoch die Arbeit niedergelegt werden? Nein, gar nicht! streiken! Bunte machte nun darauf aufmerksam, daß ohne Kündigung die Niederlegung der Arbeit unzulässig sei und fragte noch einmal, ob Montag oder Mittwoch die Arbeit niedergelegt werden solle. Niemand antwortete darauf. Auf Bunte's Frage, was sie dann thun wollten, riefen die Versammelten: streiken! Mit dieser Antwort begnügte sich Bunte schließlich. Der Angeklagte Matern sprach hierauf von dem profitwüthigen Kapitalismus, welcher herumgeht wie ein wüthiger Löwe und alles zerreißt; er forderte die Anwesenden auf, solidarisch vorzugehen und das Lösungswort „Alle für einen, einer für alle!“ zu beherzigen. Meyer verlas nun mehrere anonym eingegangene Anträge, welche allgemeine Annahme fanden. Der eine ging dahin, daß morgen gestreikt werden solle, wenn die Forderungen nicht bewilligt würden. Meyer sagte nun, gewissermaßen sich entschuldigend: „Ich habe meine Pflicht als Vorsitzender gethan.“ Bunte hatte sein Ausreten in ähnlicher Weise gerechtfertigt mit dem Hinweis darauf, daß er sonst sich strafbar mache. Der Angeklagte Föcker hat nur die Aeußerung gethan: „Wollen Sie den morgigen Montag als einen heiligen Tag ansehen?“ Das Landgericht nahm an, daß er nur an den Streik gedacht hat und zu demselben auffordern wollte, es nahm ferner an, daß die übrigen Angeklagten mit ihrem geschützten Thun die gleiche Absicht verfolgten. Gewissermaßen als mildernden Umstand zog das Gericht in Betracht, daß die Aufforderung zwar theilweise erfolgreich war, aber einen allgemeinen Streik nicht zeitigte. — Die Revision der Angeklagten, welche heute vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung kam, behauptete, der Rechtsgrundfah no bis in idem sei verletzt worden. Die Angeklagten seien wegen ganz derselben Straftaten schon in Strafe genommen worden und könnten deshalb nicht noch einmal bestraft werden; es handle sich nur um eine einzige fortgesetzte Handlung, die aus demselben Entschlusse heraus an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten begangen sei. — Der Angeklagte Föcker, welcher persönlich erschienen war, suchte seinem Ausspruch von dem heiligen Tage eine andere Deutung zu geben, als das Landgericht. Er will nur gemeint haben, es sei ein wichtiger Tag, die Leute sollten sich an demselben nicht unglücklich machen und dem Befehle verfallen; sie seien so verbohrt gewesen, daß man seines Lebens nicht sicher gewesen sei. Nachdem der Präsident auf die Unzulässigkeit dieses Einwandes hingewiesen, beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Verwerfung der Revision, da die intrinsecen Handlungen nicht nur nicht vorher abgeurtheilt seien, sondern auch mit Recht aus § 110 bestraft worden seien. Der Senat erkannte demgemäß auf Verwerfung des Rechtsmittels. — Und die Unternehmer, die durch unbedachtigtes Rollen, durch Kontraktwidriges Handeln auf ihre kapitalistische Hebermacht, durch Vorenthaltung des Lohnes u. s. w. J. den Streik hervorriefen, durch die Art der Behandlung — sind noch nicht angeklagt.

Polizistische Schneidigkeit in Düsseldorf. Der Krug geht so lange zu Wasser bis er bricht, Herr Polizei-Sergeant Jabbe! Mit vor Zorn und Empörung geröthetem Angesicht drohte also der Staatsanwalt in der vorgestrigen Sitzung der Strafkammer obigen in bestem Geruche stehenden Hüter des Gesetzes und der Ordnung, Polizei-Sergeant Jabbe ist unsern Lesern fattsam bekannt, auch abgesehen von seiner bekannten Lebenswürdigkeit als — Verwalter mehrerer Gebäulichkeiten eines reichen hiesigen Privatiers. Die „Niederrh. Volkstribüne“ hat diese unerhörte Dreistigkeit eines städtischen Beamten, gleichviel ob dieser für seine private Privatverwalterstelle Geld verdient oder nicht, gebührend augenagelt. Heute müssen wir uns mit diesem Mauerbeamten wieder beschäftigen. Der Häderegele Feller, 23 Jahre alt, sah am 16. August dieses Jahres mehrere Personen auf der Oberbiller-Allee an einem Bier beschäftigt und zwar in solcher Weise, daß als Mitglied des Thierschutz-Vereins er sich genöthigt sah, in höflichem Tone die Gesellschaft zu bitten, das Thier doch nicht so zu quälen. Bei der Gruppe stand nun auch der Polizei-Sergeant Jabbe. Sofort wird in ihm die „Antschpicht“ wach, und in barscher Tonart schauzte er den Feller an, was er da zu sagen habe, „wenn F. Mitglied des Thierschutz-Vereins sei, dann sei es sehr zu bedauern, daß solche grüne Jungens in diesem Verein seien!“ In seiner Bescheidenheit ging Feller davon in sein Haus, der Jabbe aber folgte ihm und verlangte Einlaß in die Wohnung des F., die ihm verweigert wurde. Wuthschäumend zieht Polizei-Sergeant Jabbe den Säbel, und Feller, kurz entschlossen, greift sich der Noth erwerbend zu einem Stocke und versetzt dem Beamten einen Schlag über den Arm. Jetzt wurde ein zweiter Polizist sichtbar und man attackirt mit vereinten Kräften den F., dieser wird von den beiden Beamten übermächtig und „an die Kette gelegt“, derart, daß F. mehrmals dabei vor Schmerz in die Knie kniete. Und fort ging's mit dem „Reservanten“ hinter die schwebischen Gardinen. Wegen dieses Austrittes stand vorgestern der Häderegele Feller vor Gericht unter der Anklage „am 16. August durch zwei selbständige Handlungen 1. den Polizei-Sergeanten Jabbe mittels eines Knüttels, eines gefährlichen Werkzeuges, vorsätzlich körperlich mißhandelt, 2. demselben als Beamten, der zur Vollstreckung von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufen ist, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt Widerstand geleistet zu haben.“ Die Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten. Die Verhandlung war höchst interessant. Jabbe ist wiederholt wegen seiner polizistischen Schneidigkeit vor Gericht geladen, aber immer freigesprochen worden. Polizei-Sergeant Jabbe unternahm es, ein unschuldiges fünfjähriges Mädchen zu ohreigen, als es ihm, nach dem Namen befragt, nicht schnell und laut genug antwortete. Polizei-Sergeant Jabbe ist bekannt in Düsseldorf als „schneidiger“ Beamter, der den Rekrutendruck gut verwerthen kann. Polizei-Sergeant Jabbe gab auf die verschiedenen Fragen solche geistreiche Antworten vor Gericht, daß wir unwillkürlich daran erinnert wurden, welche vorzüglicher Volksschullehrer dieser ehemalige Soldatendriller geworden wäre. Kurz und gut, der Häderegele Feller, der übrigens bei der Arretirung sich männlich gewehrt, wurde, wie erwähnt, freigesprochen, mit vollem Recht. Aber er wird sich damit nicht zufrieden geben; Feller wird den Spieß jetzt umdrehen und den Mauerbeamten Jabbe verklagen und da dürfte Jabbe diesmal nicht mehr freigesprochen werden, wie ihm auch der Herr Staatsanwalt genügend zu verstehen gab.

Noch eine nette Ordnungsfähigkeit. Ein würdiger Vertreter seiner Behörde ist der Gemeindevorsteher Heinold in Enthra. Als derselbe in der Nacht vom 1. zum 2. September d. J. Junge wurde, wie ein alter Viehtrieb von zwei Fleischergeßellen so geschlagen wurde, daß der Alte fast nur durch ein Wunder mit dem Leben davongekommen ist, forderte er die Leute auf, den Mann tod zu schlagen — er werde es verantworten. In verantworten hatte er sich auch vor dem hiesigen Landgericht — die Verantwortung aber gelang ihm so gut, daß er zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

*) Wir entnehmen die Zahlen der Broschüre „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages.“ Verlag des „Vorwärts.“

Soziale Ueberblick.

Zur geplanten Tabak-Fabriksteuer hat auch der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften (Ditsch-Bund) eine Erklärung abgegeben, welche u. a. besagt: Der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften als Vertreter von 82 000 organisierten Arbeitern aller Berufe, darunter auch Zigarren- und Tabakarbeiter, erklärt sich hierdurch mit aller Entschiedenheit gegen die geplante neue Belastung, Bedrängung und Ausbeutung seiner Mitglieder und der deutschen Arbeiter überhaupt.

Vom Konzeptionswesen im einigen Deutschland. Wer in Leipzig die Schankkonzession erwerben will, muß ein behördliches Führungsattest beibringen, welches mindestens die letzten zehn Jahre umfaßt. Durch eine preussische Verfügung ist bestimmt worden, daß ein Privatperson ein derartiges Attest nicht mehr ausgehändigt werden darf, vielmehr dahingehende Auskünfte nur an Behörden auf diesbezügliche Requisition erteilt werden sollen. In der letzten Zeit sind nun mehrere Wirthe aus preussischen Städten nach Leipzig verzogen. Bei ihrem Abzug wurden dieselben bezüglich ihres Verlangens nach einem Führungsatteste auf die vorerwähnte Verfügung verwiesen. In Leipzig angekommen, wird ihnen eröffnet, daß ihnen ohne das besagte Führungsattest keine Schankkonzession erteilt werden könne. Eine sächsische Behörde verlangt also, was eine preussische Behörde verweigert! Die Hin- und Herschreibereien sind noch im vollsten Gange.

Zum städtischen Arbeitsnachweis. Das Mainzer Gewerkschaftsblatt hat bekanntlich bei der dortigen Stadtverwaltung das Ersuchen um Errichtung eines städtischen unentgeltlichen Arbeitsnachweises und Ausstufsbureaus gerichtet; ein ähnliches Gesuch hat infolge obiger Anregung auch der Verein selbständiger Gewerbetreibenden gestellt, aus dessen Reihen die Gewerbegerichts-Beisitzer der Arbeitgeber gewählt sind. Die Bürgermeisterei hat das Gesuch dem Gewerbegericht zur Begutachtung unterbreitet, und hat derselbe gestern in einer im Stadthaus stattgehabten gemeinsamen Sitzung die Frage der Notwendigkeit eines solchen Bureaus einstimmig bejaht. Ueber die Form der Organisation wurden, ebenfalls einstimmig, folgende Punkte festgesetzt: Es ist ein städtisches Arbeitsamt zu errichten, welches die Arbeitsvermittlung besorgt für alle gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen, Diensthöfen und Lehrlinge. Das Arbeitsamt steht unter der Aufsicht einer Kommission von 8 Personen, welche in gleicher Anzahl aus den Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gewerbegerichts und von denselben gewählt wird. Den Vorsitz in dieser Kommission führt der Vorsitzende des Gewerbegerichts und ist dieselbe nur beschlußfähig, wenn von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die gleiche Anzahl anwesend ist. Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, die je nach Bedarf, mindestens aber alle 2 Monate stattfinden muß, eine Entschädigung von 3 Mark. Das Bureau wird für männliche und weibliche Arbeiter in zwei Abteilungen getrennt, und die Leitung derselben soll geeignete, dazu befähigte mit den Verhältnissen vertraute Personen übertragen werden. Die Ernennung dieser Personen geschieht durch die Stadtverordneten, jedoch nur auf Vorschlag der obengenannten Kommission, welche auch die Geschäftsordnung für das Arbeitsamt festsetzt. Sämtliche Kosten übernimmt die Stadt und die Arbeitsvermittlung ist ein unentgeltliches. Die mit der Arbeitsnachfrage gleichsam im Zusammenhang stehende Arbeitslosigkeit soll von dem Arbeitsamt statistisch behandelt, die Statistik der Lohn- und Wohnungsverhältnisse, sowie der Krankheitsfälle, dagegen soll dem schon bestehenden städtischen statistischen Bureau überwiesen werden. Sämtliche Punkte fanden einstimmige Annahme und werden demnächst der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Staatserwerbstätigen - Arbeitererwerbstätigen für Unternehmer. In diesem traurigen Kapitel schreibt man der „Schwab. Tagwacht“ aus Wäln: „Nehlich wie in Göttingen sind auch die Arbeiter der hiesigen Königl. Reparaturwerkstätte — einige schwerwiegende Speichelder ausgenommen — über die in letzter Zeit erfolgten Lohnreduktionen höchst unzufrieden. Während die gewöhnlichen Tagelöhner, an deren Hungerlohn wahrscheinlich nichts mehr abzuzucken ist, diesmal verschont blieben, mußten die besser bezahlten Dreher, Schlosser u. s. w. untermehr herhalten. Die Leute werden aber bald wieder beruhigt sein, hat doch der Herr „Chef“ in sprichwörtlich geordneter Lebenswürdigkeit eine Methode erfunden, die Unzufriedenheit der Arbeiter völlig aus der Welt zu schaffen, wie aus Nachstehendem zu ersehen ist. — Vor einiger Zeit wagten es Tagelöhner, welche das Glück hatten, für 1,80 M. täglich arbeiten zu dürfen, um Erhöhung des Lohnes nachzusuchen und beriefen sich dabei auf ihre Kollegen — die Puzer, welche etwas besser bezahlt waren. Was geschah? Aufruf den armen Schluakern einen einen Lohn zu bezahlen, mit dem sie nur halbwegs — nur halbwegs, Herr Chef — menschenwürdig leben könnten, wurde der Verdienst der Puzer herabgesetzt, und die Sache war erledigt. — Was würden nun die Herren sagen, wenn höheren Ort ein Witzgeschick um Aufbesserung ihres Gehalts auf dieselbe Weise beantwortet würde? Interessant wäre noch, zu erfahren, ob das in letzter Zeit eingeführte Sparsystem auch auf die höheren Angestellten dieser staatlichen Anstalt ausgedehnt wurde? — Schwerlich, denn diese Herrschaften müssen doch standesgemäß leben.“

Umsonst besteht nicht heute bereits schon die Mehrheit der Arbeiter in Staatserwerbstätigen aus überzeugten Sozialdemokraten. Wo fände unsere Partei auch einen besseren Nährboden als in ihnen?

Wucher auf Münchener Bauten. Die „Münchener Post“ schreibt: „Welchem Bauarbeiter, speziell den Maurern wie den Erd- und Kanalarbeitern, sollte das System vom Schupfennig nicht bekannt sein? Welcher hätte nicht schon da und dort einen Polier gehabt, der für ausgesetzenes Geld 50 bis 100 pCt. Zinsen einsteckt? Wohl wenige. Darum müssen wir immer wieder gegen diese Ausbeutung Front machen, es aber hauptsächlich den Arbeitern ans Herz legen, sich gegen solche Forderungen auszusprechen, wo irgend möglich das Schupfennig zu unterlassen. Für Nichteingeweihte diene zur Kenntnisaufnahme, daß der Gang der Dinge folgender ist: Der den Bau leitende Polier giebt jeden Tag Schuß, d. h. er zahlt den Leuten, welche kein Geld mehr haben, einen Teil des Lohnes an, was dann am Jahrtag wieder in Abzug kommt. Bei den schlechtesten Geschäftsverhältnissen nehmen man viele, ja der große Teil unserer Bauarbeiter jeden Tag Schuß, manchmal je nach dem Lohn 8, 10, 12 und mehr Mark in der Woche. Davon zieht der Herr Polier nun nicht selten den Schupfennig ab. Das ist pro Mark 1 oder auch 2 Pf. In verschiedenen Betrieben ist es dem Polier unterstellt, den Schupfennig zu erheben, da der Mann das Schupfgeld aus den Betriebskassen jeden Tag erhält, wogegen andere Geschäfte sich um das bezügliche Treiben des Poliers nicht kümmern und an diesen auch kein Schupfgeld abgeben. In solchen Fällen erhebt der Polier das nötige Geld meist bei einem Wirt in der Nähe des Baues, veranlaßt die Arbeiter dort zu verkehren und steckt für dieses Geschäft die Schupfennige in die Tasche. Dabei lassen sich die Herren meist zwei Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen: 1. den Wucher, 2. den Zwang auf die Leute, nur im betreffenden Wirtshaus zu verkehren. Da letzteres System auch an einem hiesigen Kirchenbau schwunghaft betrieben wird, wollen wir vorerst nur warnen, vielleicht daß der Kurs geändert wird.“

Zur Lage der bayerischen Spiegelglas-Arbeiter. Der „Frank. Tagespost“ zufolge hat das Bezirksamt Vohenstrauß an sämtliche Glasindustrielle folgende Fragen gerichtet: Wie viel

Arbeiter wurden in den Rohglas-Schleifereien entlassen? Wie viel böhmische Arbeiter sind beschäftigt? Was gedenken die Industriellen zu thun, um dem Nothstand für kommenden Winter entgegenzutreten? Haben Sie gegen die Ausweisung der böhmischen Glasarbeiter etwas einzuwenden? — Die Industriellen sollen geantwortet haben, daß sie gegen die Ausweisung der Böhmern nichts einzuwenden haben. — Nun! das ist Kapitalistenmoral! Arbeiter, die ihr ganzes Leben lang sich geschunden und für die Kapitalisten Reichthümer geschafft haben, sollen nun mit Weib und Kind verjagt werden, weil man sie augenblicklich nicht braucht. Hat man sie wieder nötig, so dürfen sie wieder kommen und Tag und Nacht arbeiten, bis die Läger wieder überfüllt sind, um dann wieder abgeschubt zu werden, damit die bayerischen Glasarbeiter den Gemeinden nicht zur Last fallen, die bekanntlich selber Unterstützung brauchen könnten. Das sind herrliche Zustände in unserer heutigen Gesellschaftsordnung. Man kann sich denken, mit welch bangen Gefühlen diese böhmischen Glasarbeiter ihrem Schicksal entgegensehen. Die Dauer der Krise ist leider nicht abzuschätzen, vorläufig ist noch keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Einigermassen könnte dem Uebel gesteuert werden durch Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung eines zehn- oder wenigstens eines zwölfstündigen Arbeitstages statt der jetzigen häufig 18- bis 20stündigen Qualerei. Klein dazu sind die Unternehmer nicht zu haben, sie lassen, wenn Aufträge da sind, 24 Stunden arbeiten, und wenn die Aufträge mangeln, ganz pausieren. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen. Möge jeder Arbeiter, insbesondere jeder Glasarbeiter, aus dem Vorgehen gegen die böhmischen Glasarbeiter die Lehre ziehen, daß es so nimmer weiter gehen kann. Mögen sich alle Arbeiter den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Sozialdemokratie anschließen um mit vereinten Kräften sich vor dem gänzlichen Verderben zu schützen.

„Opalenica“. Ein Beitrag zur Entwicklung des Kapitalismus. Der „Dresdener Volksrecht“ wird geschrieben: Ein Beweis dafür, wie der Kapitalismus immer mehr von Weiten nach Osten vordringt, ist Opalenica. Ein polnisches Städtchen von circa 1500 Einwohnern, welche nur Ackerbau treiben. Auf den älteren Landkarten sucht man es vergebens, und auf den neueren ist es als kleiner Punkt eingetragen. Opalenica liegt an der Märkisch-Posen Eisenbahn und gehört zum Kreis Grah. Trozdem dieser Ort nun so unbedeutend wie nur möglich ist, beherbergt er doch ein riesen-Unternehmen des Kapitalismus: Die Jüderfabrik Opalenica, Aktiengesellschaft. Dieselbe ist nicht nur die größte aller bis jetzt bestehenden Jüderfabriken — es werden täglich 25 000 Jentner und mehr Jüderribsen verarbeitet —, sondern sie ist auch einzig in ihrer Art betreffs Anwendung der neuesten Maschinen und neuesten Erfindungen auf dem Gebiete der Maschinentechnik. Wenn man, mit einer Erlaubnisurkunde versehen, das Fabrikgelände betritt, so kommt man in ein Gewühl von Führern, Eisenbahnen, Lokomotiven u. s. w. und Menschen, das einem fast unheimlich zu Muth wird. Da sind hunderte von Führern, welche aus der nächsten Umgegend die Rüben per Achse nach der Fabrik bringen, dafür wieder die Achse (Schüssel) mit zurücknehmen. Eigene Lokomotiven bringen auf der Anschließbahn ganze Eisenbahnhänge, beladen mit Rüben und Kohlen, herangeschleppt. Außerdem hat die Fabrik eine eigene Schmalspurige Rübenbahn, welche auf der Chaussee Opalenica-Krusitz bei Pinnne entlang aus den Haupt-Rübenstrichen die Rüben heranschafft. Troz dieses riesenbetriebes beschäftigt die Fabrik nur in einer Schicht ca. 800 Arbeiter, im ganzen ca. 700. Wenn man als Fremder das Leben und Treiben außerhalb der Fabrik sieht, glaubt man, daß mindestens ein paar Tausend Arbeiter zu diesem Betriebe gehören, kommt man jedoch in das Innere der Fabrik, so ist man erstaunt, so wenig Menschen zu sehen. Für den Laien ist der Eindruck, den er beim Anblick dieser gigantischen Maschinen und Apparate empfängt, ein gewaltiger. Die meisten dieser Maschinen sind ohne jede Bedienung. Das Reguliren des Dampfes und der Geschwindigkeit besorgt die Maschine selbst auf mechanischem Wege. Nur hin und wieder an einzelnen Apparaten sieht man einige Arbeiter beschäftigt. Die Jüderribsen werden von den Führern oder Eisenbahnen in große gemauerte Bassins geschauvelt, von diesen laufen sie selbst in die Rübenmühle und von der Rübenmühle bis zum fertigen Produkt — dem Zucker — wird alle Arbeit durch Maschinen gethan. Sogar zum Wiegen der Rüben ist eine automatische Waage ausgestellt; dieselbe ist zugleich Buchhalter, indem sie genau das Quantum Rüben registriert, welches verarbeitet wird. Den Herren Bachem, Eugen Richter und anderen fragern nach dem Zukunftsstand können wie nur empfehlen, sich in der Jüderfabrik Opalenica die großartige Maschinentechnik anzusehen: Hier haben sie ein Stück Zukunftsstaat. — Nun noch etwas über die „armen nothleidenden“ Aktionäre. Die Aktien bringen seit 4 Jahren 20 pCt. Dividende. Voriges Jahr 25 pCt., aber dieses Jahr ist es den armen Aktionären wirklich schlecht gegangen; sie erhielten nur 10 pCt. für ihre Mühe und Noth, welche sie bei dem Kuponabschneiden haben. Das kam aber daher: Von Sanitätspolizeiwegen wurde der Fabrik verboten, ihre Abwässer ferner ungerührt in die Moglina zu lassen, sie mußte Miesfelder anlegen. Diese Kosten, welche sich auf circa 100 000 Mark belaufen dürften, wurden dem „Dividendenfonds“ entnommen, und so kam es denn, daß die armen Kuponabschneider so beschuitten wurden. — Um jedoch ihren Muth etwas aufzufrischen, sind ihnen für die laufende Kampagne, von dem Direktor, schon 30 pCt. und darüber in Aussicht gestellt; die Rüben liefern nämlich dieses Jahr eine Ausbeute an Zucker wie lange nicht. Der Direktor hat ein Einkommen an Gehalt und Tantien von circa 75 000 M. — Die Arbeiter erhalten pro Schicht von 6—6 1/2 M. — Während Schreiber dieses die Fabrik besichtigte, wurde gerade einem Arbeiter ein Finger abgequetscht; dieses Risiko ist in den 1,80 M. mit inbegriffen. — Und wir leben doch in der besten der Welten. —

Sörigkeit. Aus Dschah wird geschrieben: Vom Mittertage in Hof wollten zwei Dienstknechte den Vorengräbener Markt besuchen, was ihnen jedoch vom Sohne des Oekonomieraths Passade verboten wurde. Der eine Knecht erwies auf sein Dienstauftrag, in dem ausdrücklich bestimmt sei, daß er zwei Tage zum Jahremarkt freibekommen müsse. Für diesen Hinweis bekam der Knecht vom jungen Passade ein paar Darschi gen. Die beiden Knechte gingen natürlich, auf ihr gutes Recht pochend, einen halben Tag zum Markte. Der junge Passade hatte aber die Aechelkäter bei der Ochsener Amtshauptmannschaft angezeigt und diese ließ jedem von ihnen eifertig ein Strafmandat von fünf Mark wegen Ungehorsam ausstellen. Das war der erste Akt. — Nun waren aber beide zum Militär ausgehoben, und als sie vor einiger Zeit ihre Ordre bekamen, wurden sie sofort entlassen, obwohl sie auf steigenden Lohn gemietet waren. Die jungen Leute mühten sich für den Rest ihrer Freiheit andere Arbeit suchen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

So steht es etwa mit der Behandlung der Arbeiter auf dem Lande aus. Ohrsigen und Polizeitruppen, funktionirt durch mittelalterliche Gesinde-Drömmungen, das sind die Annehmlichkeiten, die dem selbstbewußten Mann unter der Herrschaft des Junker- und Schnapsbrennereithums erwachsen. Und da wundern sich die Agrarier noch, daß ihnen die Arbeitskräfte in hellen Haulen davon rennen.

Ein Freudenfestspiel und ein Kagenjammer. Der Großherzog von Baden hat bekanntlich vor kurzem die Stadt Mannheim besucht und bei der Gelegenheit verschiedene Fabriken in dem Zustand in Augenschein genommen, in dem ihre diversen Besitzer sie angepöpselt hatten. Es sah natürlich Alles glänzend aus, die Werkstätten waren am Tage oder in der Nacht

vorher gescheuert worden, die Arbeiter und Arbeiterinnen erhielten strengen Befehl, im Sonntagskleid zu erscheinen und selbst die Frauen und Kinder der Lohnlöhler wurden zum Theil als Staffage verwendet. Kurzum, es wurde zu Ehren des hohen Besuches von einer Reihe Fabrikanten ein Dekorations- und Spektakelstück aufgeführt, das lebhaft an die berühmten Potemkinschen Dörfer erinnert, mit dem die hochselige Kaiserin Katharina auf ihren Reisen erfreut wurde. Die Arbeiter, soweit sie Klassenbewußt waren, lüchelten ob der Rolle, die ihnen von ihren Brotherrn zugeordnet war, natürlich mit den Zähnen, aber was sollten sie machen? Organisationen von der Macht, wie sie die englischen Arbeiter sich geschaffen haben, giebt es leider unter den elenden Verhältnissen, die im herrlichen Deutschen Reich herrschen, heutzutage noch nicht und so blieb ihnen, machtlos wie sie waren, nichts anderes übrig, als die Rolle, die ihnen zugeordnet war, durchzuführen. In dem Arm, den die Fabrikanten arrangirt hatten, mochte auch mancher Arbeiter vergessen haben, daß schließlich er es sei, auf dessen Kosten der ganze Festjubiläum gemacht wurde. Doch das bide Ende und der Kagenjammer kam noch. Der letzte Jahrtag brachte den Arbeitern mancher Fabrik die Tage des Großherzogbesuches in recht unangenehme Erinnerung. Vielesag wurde nämlich der Tag, an welchem der Großherzog der Fabrik seinen Besuch abstattete, in Abzug gebracht, weil er als Festtag betrachtet wurde, an dem die Arbeiter nichts arbeiteten. Wieder in anderen wurden den Akkordarbeitern nur der Tagelohn gezahlt, so daß mancher einen erklärlchen Anfall in seinem Hungerbudget zu verzeichnen hat. In verschiedenen Geschäften wird — was wir vorausgesetzt haben — bereits damit begonnen, die Ausgaben für die Großherzogstage durch Lohnreduktionen einzusparen, so in der Firma Benz u. Komp., wo am vergangenen Freitag 5- bis 15 pCt. Ermiedigung der Akkordsätze angelündigt wurde. Es sind zwar Geschäfte zu verzeichnen, die ihren Arbeitern anlässlich der Ehre, die ihnen widerfahren, Extrabeholdungen zukommen lassen, aber sie sind zu zählen. Im Großen und Ganzen ist's gekommen, wie vorausgesehen war, die armen Arbeiter müssen die Kosten decken. Ein besonders hübsches Stückchen von Arbeiterfreundlichkeit, schreibt die „Volksstimme“, ist aus der Gummiabrik in Redarau zu berichten. Dortselbst ist eine Anzahl weiblicher Arbeiter beschäftigt, die zum Theil den horrenden Lohn von 80 Pfennigen pro Tag erhalten. Ihnen wurde befohlen, daß sie am „Festtage“ zu weiser Tadel und weiser Schürze zu erscheinen hätten. Wer damit nicht versehen war, erhielt beides von der Fabrik gestellt, am vorigen Jahrtag aber wurde ihnen der Betrag hierfür abgezogen. Hoffentlich findet sich eine kouragirte Arbeiterin, die im Interesse ihrer Lebensgefährtinnen die Frage zum gerichtlichen Austrag bringt, ob die Fabrik berechtigt ist, so geschwätzig über einen Theil ihres Lohnes zu verfügen. Wollte die Fabrik ihr Personal uniformiren zur besseren Durchführung der „frammen Zählung“, so mochte sie es auf ihre Kosten thun, aber nicht auf Kosten der ohnehin auf den Hungeretat gelehten Arbeiterinnen. Vielleicht vermögen diese Arbeiter die Fabrik zu bewegen, in sich zu gehen und den Arbeiterinnen den widerrechtlich einbehaltenen Lohn zurückquerstatten. Die Schürzen und Jacken kann sie ja als Dekorationsstücke für das nächste Mal aufbewahren.

Wenn unser Mannheimer Bruderorgan die Liberalität des Unternehmertums nur nicht zu hoch honorirt. In der Regel ist auf die Gemüthung, die der Arbeiter sich durch offenen Kampf gegen derartige Regeln der „Fabrikordnung“ zu verschaffen gemocht, das Wort anwendbar: Der Mensch erlebt, er sei auch wer er mag, ein letztes Glück und einen letzten Tag. Für die Folge aber können die Arbeiter und Arbeiterinnen sich gegen derartige Statistiken schätzen, wenn sie den Rath ernsthaft beachten, der ihnen neuerdings erst auf dem Parteitag gegeben worden ist, und der da lautet: Organisiert Euch!

Unternehmergewinne. Die Förderung der Harpener Bergbau-Gesellschaft betrug im Juli 284 000 t, im August 234 600 t und im September 238 000 t. Der Gewinn stellte sich pro Tonne im Juli auf 0,77 M., im August auf 0,81 M. und im September auf 0,88 M.

Aus der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges. Auf den Werken der vereinigten Königs- und Laurahütte waren im abgelaufenen Geschäftsjahre 12 301 Köpfe oder 963 weniger beschäftigt. An Arbeiterlöhnen wurden gezahlt 9 300 272 M. oder 788 526 M. weniger!

Im Unter-Elsass scheint die Ausbeutung der Arbeiter außerordentlich gründlich betrieben zu werden. Nach dem Bericht, den der Gewerbe-Aufsichtsbeamte, Regierungsrath Dr. Wolf, in Straßburg über die Arbeiterverhältnisse im Jahre 1892 erstattete, sind aus den Landorten, namentlich solchen mit größerem Fabrikbetriebe, ganze Arbeiterfamilien ins Ausland gezogen, um ihr Einkommen zu verbessern. Einzelne Industrielle suchten den Anreiz an gelerntem Arbeiter durch die Einstellung „unbeschäftigter oder ungenügend gelohnter Arbeiter ähnlicher Industriezweige aus anderen Landes- oder Bezirksheilen zu besitzigen“. In der Regel“, sagt der Gewerbe-Aufsichtsbeamte, „scheiterte der Versuch an der Unfähigkeit der herangezogenen Familien, sich in die ungewohnten Lebens- und Arbeitsverhältnisse hineinzufinden. Ebenso wenig gelang der Versuch, sächsische Weber in das Unter-Elsass zu verpflanzen; beide Theile waren mit den gegenseitigen Leistungen so wenig zufrieden, daß das Einschreiten des Gewerbe-Aufsichtsbeamten zur Erledigung der Konflikte angerufen und notwendig wurde“. Sächsische Weber stehen ebenfowenig wie andere Weber im Ruhe, übertriebene Ansprüche zu machen. Die Schuld wird daher wohl an den Herren Fabrikanten liegen. Vermuthlich in ihnen die Weisheit des Sprichworts: „Leben und leben lassen!“ noch ein böhmisches Dorf. Auch die Ermittlungen, die über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, d. h. der Arbeiter bis zu 16 Jahren angestellt wurden, werfen auf das Unternehmertum des Unter-Elsass ein übles Licht. Unter 344 Betrieben, in denen die Aufsichtsbeamten ermittelten, waren 158, worin zusammen 836 Uebertretungen der gesetzlichen Schutzvorschriften entdeckt wurden. Ueber den Durchschnitt aller Industrien hinaus werden jugendliche Arbeiter in der polygraphischen, der Textil-, der Bekleidungs- und der Metall-Industrie verwendet. In der polygraphischen Industrie übersteigt die Zahl der männlichen jugendlichen Arbeiter die der männlichen Arbeiter über 16 Jahre sogar um 27 Prozent und beträgt fast die Hälfte aller Arbeiter dieser Industrie. Wie es unter solchen Umständen um die Leistungsfähigkeit der Polygraphen des Unter-Elsass bestellt sein mag, kann sich jeder selbst sagen.

Das Kapitel fabrikantlicher Fürsorge für Arbeiter wird um einen interessanten Beitrag durch einen Gerichtsbericht bereichert, den die „Frank. Ztg.“ aus Saarbrücken bringt: Vor dem Schöffengericht wurde ein Fall verhandelt, der um der Persönlichkeit des Angeklagten willen Interesse erweckt. Der königliche Bauath Neufang bei der Bergwerksdirektion besah nicht weit von seiner Villa an der St. Annenstraße ein Anwesen; Gebäulichkeiten, die von 27 Arbeiterfamilien bewohnt sind. Jüngst erhielt er wegen gesundheitsföhrlicher Anbahnung von Dünger u. a. auf diesem Anwesen einen auf 50 M. lautenden polizeilichen Strafbefehl. Da er Einspruch erhob, gelangte die Sache vor das Schöffengericht. Schon im vorigen Jahre hatte die Sanitätskommission dem besagten Anwesen einen Befehl gemacht und in gesundheitlichem Interesse verschiedene Maßregeln verfügt. Bei ihrer nächsten Besichtigung in diese Jahre fand die Kommission Verchiedenes wieder oder noch in einem vorschriftswidrigen Zustande vor und die sanitätpolizeilichen Gutachten sprachen sich dahin aus, daß drei unter den Bewohnern des Anwesens vorgekommenen Typhuserkrankungen möglicher Weise durch Unterbleiben der Beseitigung dieser vorschriftswidrigen, zum Theil — wie es in dem den Kolablätern

zugewandene Bericht heißt — antiliberalen Zuständen hervorgerufen sind. Nach dieser Sachlage konnte das Gericht nicht umhin, den polizeilichen Strafbefehl als wohlbegründet anzuerkennen und die Verwirklichung einer Geldstrafe gegen den für diese Zustände verantwortlichen Bauerrat auszusprechen.

Kapitalistische Entbehrungsliste. Sächsische Maschinenfabrik in Chemnitz: Dividende: 9 pSt. — Berliner Weibsbierbrauerei-Aktiengesellschaft, vormals Gerde: 6 1/2 pSt. — Spandauer-Brauerei (vormals G. Wehmann): 7 pSt. — Vereinsbrauerei Müldorf: 7 1/2 pSt. — Brauerei zum Waldschlösschen, Aktiengesellschaft in Dessau: 12 pSt. — Schultze-Brauerei: 15 pSt. — Unions-Brauerei in Dortmund: 18 pSt. — Weibsbierbrauerei Lande (Berlin) 8 1/2 pSt. — Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe, vormals Pakenhofer: 16 pSt. — Viktoria-Brauerei (Berlin): 6 pSt. — Hannoverische Zementfabrik: 7 pSt. — Berliner Aktiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrik: 14 pSt. — Berliner Elektrizitätswerke: 8 1/2 pSt. — Wismarschütte: 8 pSt. — Bergisch-Märkischer Bergwerksverein: 16 1/2 pSt. — Berlin-Anhalter Maschinenfabrik: 7 1/2 pSt. — Brauerei Königsstadt (Berlin): 6 pSt. — Stahlurter chemische Fabrik vormals Vorster und Gröneberg: 9 pSt. — Feiner Eisengießerei: 20 pSt. — Östlicher Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial: 9 pSt. — Kachener Hütten-Aktienverein: 20 pSt.

Aus der Stadt der Millionäre. Am Montag Vormittag fanden zu gleicher Zeit vier Versammlungen von Arbeitslosen in verschiedenen Gegenden Hamburgs statt. Als Referenten waren berufen die Genossen: Plannich, von Elm, Stromberg und Steningl. Es war dieses Mal besonders aufmerksam gemacht worden, daß sich in Arbeit stehende an diesen Versammlungen nicht beteiligen sollten und in dieser Hinsicht, so viel zu übersehen, auch wohl durchgeführt worden. Der Zahl nach waren versammelt in der inneren Stadt bei „Lüdtge“ circa 1500, bei „Saubert“, Rothenburgort, 300, im „Englischen Trübel“ 800 und im „Viktorgarten“ in Barnbeck 578 Arbeitslose, das macht zusammen 3178 Personen. Mit dieser Zahl ist freilich die wirkliche Zahl der Arbeitslosen in Hamburg lange nicht erreicht, man kann dieselben gewiß mindestens auf das Dreifache schätzen. Viele Arbeitslose sagen sich, die Versammlungen nützen uns doch nichts; viele denken, wenn die anderen sich versammeln, finde ich vielleicht um so eher einen freien Platz, und sie versammeln auch da nicht, sich, wenn auch wieder vergeblich, an die Arbeitsstellen zu begeben, wo sie bisher gehofft haben, Beschäftigung zu finden. So machen die Arbeitslosen-Versammlungen als Demonstration durch die Zahl der Anwesenden immer nicht den Eindruck, welchen man von ihnen erwartete. Dennoch aber redet die Zahl von mehr als 3000 Arbeitslosen, welche sich Morgens versammeln, um ihren Klagen Ausdruck zu geben, von der traurigen Lage in den Arbeiterkreisen der Millionenstadt Hamburg berechtigt genug! — In den Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute im in Hamburg tagende von Personen besuchte Versammlung der Arbeitslosen erklärt:

Die jetzt schon seit Jahren in Deutschland währende Krise hat ihre Ursache in der jetzigen planlosen kapitalistischen Produktionsweise; nur durch Beseitigung derselben und Einführung einer gesellschaftlich geregelten Produktion, bei welcher die Produktionsmittel sich nicht mehr in Händen einer kleinen Zahl Begüterter befinden, sondern Gemeineigentum der Gesellschaft sind, werden Krisen, Arbeitslosigkeit und Nothstand verschwinden. Als Mittel, die schlimmsten Wirkungen des jetzigen Systems abzumildern, betrachtet die Versammlung die gesetzliche Einführung eines Maximal-Arbeitstages von acht Stunden und die Erhöhung der überaus niedrigen Löhne der Mehrzahl der Arbeiter Deutschlands.

In Erwägung, daß die von der deutschen Reichsregierung zur Verringerung der Kosten der gegen das Volksinteresse durchgeführten Vermehrung des Militärs vorgeschlagenen neuen Steuern — vornehmlich die Tabakfabriksteuer — bewirkt werden, daß die vorhandene große Reservearmee Arbeitsloser abermals um 40—50 000 Mann vermehrt werden wird, protestiert die Versammlung gegen die Einführung jeglicher neuer indirekter Steuer und fordert vom deutschen Reichstag energisch die Ablehnung derartiger Steuerprojekte.

In anbetrach der besonders in Hamburg wieder zu einer solchen erschreckenden Höhe angewachsenen Noth und angesichts der schauerlichen Eventualität, bei einer stetig wachsenden Anzahl von Hamburger Einwohnern infolge von Arbeitslosigkeit am Stichtage ihre Miethe nicht zahlen zu können, spricht die heutige Versammlung ihre Empörung aus über die Herausforderung der trassierten Interessentwirtschaft der Grundeigentümer-Klasse in der Hamburger Bürgerschaft, gegenüber dem Antrage des Hamburger Senats auf Abschaffung des Retentionsrechtes und weist mit Entrüstung die von einem sogenannten „freisinnigen“ Mitgliede in der Hamburger Bürgerschaft der Hamburger Bevölkerung ins Gesicht geschleuderte Beleidigung zurück, daß, wenn jenes grausame Anplünderungs-Gesetz aufgehoben würde, die Hamburger Arbeiter das für die Miethe zurückzubehaltende Geld in die Tanzsalons tragen würden.

Die Versammlung kann ferner nicht umhin, ihre Verwunderung darüber auszusprechen, daß trotz der im März d. J. der statistischen Kommission des Hamburger Gewerkschaftsrates vom Hamburger Senat so selbstbewußt abgegebenen Erklärung, sich die Entscheidung hinsichtlich der Frage, welche staatlichen Maßregeln zur Bekämpfung von Nothständen als dienlich und möglich anzusehen seien, selbst vorzubehalten — dennoch bisher nicht das Geringste zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geschehen ist.

Als Maßregeln zur Verringerung des Nothstandes fordern die Hamburger Arbeitslosen wiederholt:

1. Die schnelle Inangriffnahme der in Hamburg projektirten Staatsarbeiten in Regie;
2. Die Beseitigung der die industriellen Arbeiter schädigenden Zuchthausarbeit in den Hamburger Staatsgefängnissen;
3. Festsetzung eines Maximal-Arbeitstages von acht Stunden und Lohnfähn, wie sie von den verschiedenen Hamburger Gewerkschaften anerkannt und in der Praxis erreicht sind für alle in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter;
4. Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises zur leichteren Vermittlung der Arbeit. Die Errichtungs- und Verwaltungskosten sind von der Staatskasse zu tragen, während Verwaltung und Kontrolle dieser Arbeiterbörse ausschließlich in den Händen der Arbeiter zu liegen hat;
5. Direkte und ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen aus Staatsmitteln — keine Armenunterstützung, durch welche den Arbeitern ihre Würde verflüchtigt wird.

Endlich giebt aber die Versammlung angesichts der Thatfachen ihrer von Tag zu Tag wachsenden Ueberzeugung Ausdruck, daß die einzig wirksame Hilfe den Arbeitern nur durch eigene Beteiligungen werden kann. Organisation in politischer — vornehmlich auch in gewerkschaftlicher Beziehung sind die Mittel, durch welche der Arbeiter der herrschenden Gesellschaft abringen muß, was dieselbe kurzschlüssiger Weise trotz der vorhandenen Noth freiwillig zu gewähren sich weigert.

Tätigkeit der württembergischen Gewerbegerichte im Jahre 1892. Im Königreich Württemberg bestanden am Schlusse des Jahres 1892 neun Gewerbegerichte und zwar zu Stuttgart, Cannstatt, Göttingen, Heidenheim, Biberach, Göttingen, Ravensburg, Ulm und Esslingen (letzteres erst seit 1. Dezember 1892). Bei diesen wurden 1450 Klagen anhängig gemacht und zwar 160 von Arbeitgebern und 1320 von Arbeitnehmern. Hierbei sind die erhobenen Widerklagen nicht eingerechnet. Von der Gesamtzahl der erhobenen Klagen wurden nach einer in dem Jahresbericht der Handels- und Gewerbeämtern in Württemberg für das Jahr 1892* enthaltenen Uebersicht durch Urtheil 408, durch Vergleich 711, durch Rücknahme und auf andere Weise 293 erledigt. 68 blieben unerledigt. Gegenstände der Klage der Arbeiter waren am häufigsten rückständiger Lohn, Feststellung der Rechtswidrigkeit der Entlassung zum Zwecke nachfolgender Entschädigungsklage, Entschädigung wegen rechtswidriger Entlassung, Ertheilung des Arbeitszeugnisses und Ausbändigung von Papieren; bei den Klagen der Arbeitgeber war häufigster Klagegegenstand Entschädigung wegen rechtswidrigen Austritts aus der Arbeit.

Fabrikantenhochmuth in der freien Schweiz. Was die übermüthigen Unternehmer sich ihren Arbeitern gegenüber alles erlauben, zeigt nachstehende Mittheilung des Basler „Vorwärts“: Mehrere Fabrikherren, denen es jedenfalls unangenehm war, daß durch die Arbeitslosen-Enquete der schlechte Geschäftsgang in ihrer Fabrik an die Öffentlichkeit kam, fühlten sich veranlaßt, ihren beschäftigungslosen Arbeitern folgenden Ufaß zukommen zu lassen: Entweder ihr streicht euch aus den Arbeitslosenlisten, die der von der Regierung eingesetzten Unterstützungs-Kommission vorliegen, oder ihr seid sofort für immer aus der Arbeit entlassen! Mit anderen Worten: Ihr seid verpflichtet, für das gute Renommée der Fabrik, die euch beschäftigt — sollte — zu verhungern!!! Fürwahr, der granjante römische Sklavenshalter war im Vergleich mit dieser Menschensorte ein wahrer Vater seiner Untergebenen!

Versammlungen.

Für den 20. Kommunal-Wahlbezirk fand am Dienstag, den 31. Oktober, eine öffentliche Versammlung statt. Anstelle des Stadtverordneten Frh. Zubeil hielt Genosse Wagnier einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen“. In den verschiedensten Vor-Kommissionen in der Kommunalverwaltung bewies Redner die dringende Nothwendigkeit des Eindringens unserer Genossen in die Kommunalverwaltung; unter anderem das Submissionswesen beleuchtend. Als einen speziellen Fall kritisiert er die Vergütung der Anschlagblätter. Anfänglich bezahlten Naud und Hartmann 50 000 Mark Pacht. Nach Ablauf des Kontraktes erboten sie sich zu 100 000 Mark. Laut Antrag unserer Vertreter im „Nothen Hause“ wurde, so lange ein solches Verfahren überhaupt nicht abgeschafft ist, auch hier das Submissionsverfahren verlangt. Daraufhin haben Naud u. Hartmann auf ein Gebot von 255 000 Mark den Zuschlag erhalten. Des weiteren geißelt Redner die Zustände in den Krankenhäusern und die Art der Verpflegung in denselben, die Schulverhältnisse, den Pachtvertrag mit dem Wirth des Rathhauskellers, und behauptet, daß angeht alle angeführten Fälle die Vertreter der Arbeiter einen genauen Einblick in die Kommunal-Verwaltung haben müssen, deshalb mit aller Macht eine Agitation dahin zu entfalten sei, daß in diesem Bezirk der Genosse Tolkendorf am 18. November aus der Wahlurne als Sieger hervorgehe. Zu einer Ansprache nimmt sodann der Genosse Tolkendorf das Wort, verspricht das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen durch Vertreten der gestellten Anträge und Förderung der Arbeiterinteressen nach allen Richtungen hin. Genosse Koppert wendet sich gegen das Fortbestehen der Mietbestener. Zum Schlusse fordert der Vorsitzende Schweizer auf, die über 8 Tage in denselben Lokal stattfindende Kommunal-Wahlerversammlung recht zahlreich zu besuchen, sowie zur regen Theilnahme an der Verbreitung der Flugblätter, die nächsten Sonntag stattfinden.

Für den ersten, dritten und vierten Kommunal-Wahlbezirk fand am 30. Oktober bei Köllig eine Kommunalwähler-Versammlung statt. Genosse August Läterow hielt einen mit Aufmerksamkeit verfolgten und lebhaften Zustimmungsbegungen begleiteten Vortrag über: „Die Bourgeoisie und die Arbeiter in der rothen Haufe und weshalb beteiligen wir uns an den Kommunalwahlen?“ Eingehend kritisierte Redner das Dreiklassen-Wahlrecht und erläuterte die gestellten Anträge und seinen Standpunkt zu denselben. Stürmischer Beifall folgte dem Referat. Trotz Aufforderung meldeten Gegner sich nicht zum Wort. Frau Greisenberg erklärte sich mit dem Referenten einverstanden und forderte, daß zu den Kommunalwahl-Versammlungen die Frauen eingeladen werden, ferner wünscht Rednerin die Errichtung von Bedürfnisanstalten für Frauen, die jederzeit unentgeltlich zur Verfügung stehen. Genosse Greisenberg tadelt die mangelhaften unzureichenden Räume beim Gewerbegericht. Nachdem der Referent im Schlußwort besonders betont, daß die von Frau Greisenberg gestellte Forderung durchaus berechtigt, und in dieser Angelegenheit Remedur geschaffen werden müsse, forderte der Vorsitzende, Genosse Koppert auf, unermüdet dahin zu agitieren, daß am 18. November, dem Tage der Wahl, Genosse August Läterow als Sieger aus der Urne hervorgehe.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 22. und 23. Wahlbezirk fand am 31. Oktober statt, in welcher die Kandidaten der Bezirke, die Genossen Dupont und Wille Ansprachen hielten. Dupont betonte, daß im rothen Haufe nicht das Programm der Sozialdemokraten voll und ganz zum Ausdruck gebracht, daß dort nicht die soziale Frage gelöst werden könne. Trotzdem halte er die Theilnahme der Sozialdemokraten an den Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung für nothwendig, aus den Gründen, welche bei den Kommunalwahlen der letzten Jahre von der Partei vertreten wurden. Es sei vieles in der Kommune zu bessern und zu reformiren, wozu die freisinnige Mehrheit der Stadtvertretung gedrängt werden müsse; darum wäre es geboten, auf eine Vermehrung der sozialdemokratischen Hechte in jenem Karpsenteide hinzuwirken. Als durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten zu vertretende Forderungen nennt Redner die der Vergütung städtischer Arbeiter an die Gewerkschaften bezw. direkt an Arbeiter in Regie, der Beseitigung der Mißstände in städtischen Krankenhäusern, der Abschaffung der Miethsteuer u. s. w. Mindestens habe die Stadt, meint Redner, die Pflicht, ihre Arbeiter unter der Bedingung an Privat-Unternehmer zu vergeben, daß diese ihre Arbeiter gemäß den Forderungen der Gewerkschaften bezahlen und dieselben nicht in zu langer fägiger Frohnde ausnützen. Redner fordert zum Schluß die Versammelten auf, bis zum 18. November noch eine rührige Agitation unter den Gleichgültigen für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten zu entfalten. Hierauf sprach Genosse Wille, welcher die Ausführungen des Vordredners ergänzte und sich hauptsächlich gegen die Förderung und Unterstützung des Hauptpalastentbaues durch die Stadt wandte. Als erstrebenswerth hielt er, wie Dupont, unter anderem die Regelung des Arbeitsnachweises durch die Stadt. — Genosse Richter bewies mit Einführung eines Gelehrten seiner Frau, wie angebracht die Errichtung eines Findelhauses auf städtische Kosten ist. Seiner Frau habe auf offener Straße ein ihr unbekanntes Mädchen ein noch sehr junges Kind als Geschenk angeboten und als es auf das Waisenhaus verwiesen wurde, gemurmelt, da sei sie schon gewesen, aber mit den Worten abgewiesen worden, sie müsse für ihr Kind selbst sorgen. Genosse Henke besprach hierauf die Anträge, welche von der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung gestellt wurden, und beleuchtete das Verhalten der Gegner zu denselben. Nach Verantwortung einer Anregung des Genossen Wengel durch Henke wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen der Referenten einverstanden erklärte und sich verpflichtete, für die sozialdemokratischen Kandidaten thätig zu agitieren.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend hielt am 31. Oktober eine Versammlung ab, in der die Lage des Genossenschafts-Vertrages erörtert wurde. Der Vorsitzende theilte mit, daß in der ersten Woche 4118,80 M., in der zweiten Woche (für 118 Streikende) fast 2000 M. Unterstützung gezahlt sind. Obwohl nun am letzten Montage eine ganze Anzahl Kollegen in Arbeit getreten, sei doch eine Abnahme des Streiks nicht zu merken; denn 114 Streikende sind diese Woche gemeldet. Der Beschluß, daß die arbeitenden Kollegen fünf Prozent ihres Lohns abführen sollten, werde nicht allgemein befolgt; es seien erst 900 M. eingegangen. Dadurch ergebe sich eine schlimme Lage, zumal auch der Kredit bei andern Gewerkschaften in diesem Jahre nicht erziebig sei. Auch der Beschluß, während des Streiks nicht Umschau zu halten und von vorhandener Arbeit dem Arbeitsnachweis Mittheilung zu machen, damit möglichst viel Streikende untergebracht werden, sei schlecht gehalten worden. In der Diskussion nannten mehrere Redner arbeitende Kollegen, die sich geweigert haben, die Projekte abzuleiern. Balber Böhm hat es sogar fertig bekommen, in der ersten Woche am Mittwoch Vormittag sich die Streikkarte abstempeln zu lassen und am Nachmittag und den nächsten Tagen zu arbeiten; gleichwohl hat dieser Mann an dem Sonnabend die Streikunterstützung in Empfang genommen. Kollege Hoffmann erzählte hierbei, daß der Töpfer Rednermann in den beiden vorigen Jahren zweimal die Organisation hintergangen und geschädigt habe. Ein Antrag, hinfort 10 pSt. abzuleiern, fand nicht die Billigung der Versammlung. Unter Gewerkschaftlichen gelangte zunächst die Arbeitsniederlegung der Kollegen bei J a n i e in Rathenow zur Besprechung. Kollege Jagen, der drüber gewesen ist, führte aus, daß die dortigen Kollegen schon bisher nicht mehr als 13 bis 15 Mark die Woche verdienen; gleichwohl mußte ihnen jetzt noch die Firma einen zehnprozentigen Abzug zu. Deshalb haben die Kollegen einmüthig die Arbeit niedergelegt. Auch auf dem Spandauer Bau der Firma sind die Kollegen bereit, die Arbeit ruhen zu lassen, wenn die Berliner die Sperre über die Firma verhängen. Dies letztere beschloß die Versammlung. Auch über die Firma K a r l R o d, die zwei Bauwerke hat, einen in Charlottenburg in der Krampenstraße und einen in der Kirchen-Allee 12, wird die Sperre verhängt, weil sie bedeutend unter dem Tarif bezahlt. Es haben dort auch bereits sämtliche Kollegen bis auf Bedner und Kuhn die Arbeit niedergelegt. Nach Mittheilung einiger weiterer Mißstände wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung von Mitgliedern der Orts-Krankenkasse der Schneider und Schneiderinnen tagte am 30. Oktober in den Gratweil'schen Bierhallen. Auf der Tagesordnung stand: „Die Mißstände in der Ortskasse und wie ist denselben abzuheifen?“ Referent war Schneider M ä h r. Nach einigen einleitenden Worten über das Krankenwesen wies er auf die freie Arztwahl zu sprechen. Er hob die bekannten Gründe, die für dieselbe sprechen, hervor, und machte dem Vorstand der Schneiderkasse zum Vorwurf, daß er sich gegen ihre Einführung sträube. Der Zwang, zu einem bestimmten Arzt gehen zu müssen, habe viele Mitglieder, hauptsächlich weibliche, dazu gebracht, sich trotz ihrer Opfer für die Kasse von keinem Kassenarzt behandeln zu lassen. Sie doktorirten selbst an sich herum oder gingen für ihr Geld zu irgend einem Arzte ihres Vertrauens. Vom Kassenarzt würden sie schablonenmäßig abgefertigt, daß nehme ihnen ihr Vertrauen zu einem solchen. Den Ärzten könne ja schließlich kein Vorwurf gemacht werden, das Mißliche liege am System. Ein frei gewählter Kassenarzt erhalte die Kundenschaft nicht zu geschoben, er müsse sie sich durch den Beweis seiner Tüchtigkeit erwerben. Was die zu verschreibenden Medikamente betrifft, so nehme der Zwangsarzt Rücksicht auf die Wünsche der Kassenverwaltung. Hauptächlich die Verwaltung der Schneiderkasse zeichne sich dadurch aus, daß sie den Ärzten ihr freies Bestimmungsgeld nehme. Da heiße es, daß sei zu theuer und jenes sei zu theuer. Was solle man dazu sagen, daß, wenn ein Professor einem Patienten Moorbäder verschreibt, der Assistent dazwischen ruft: „Aber, Herr Professor, das ist ja die Schneiderkasse, die will ja nichts bezahlen.“ Von einer zuträglichen Behandlung der vielen Lungenkranken und der großen Zahl der bleichsichtigen und blutarmen Mädchen und Frauen sei in der Kasse keine Rede. Luftkurorte wie Blankenburg und Malchow würden von der Kasse nicht mehr benutzt, obgleich gerade dort mit den genannten Kranken große Erfolge erzielt würden. Wüth, die das allerbeste Heilmittel für Blutarme sei, werde nicht verschrieben auf Anordnung der Kassenverwaltung, weil sie ein — Nahrungsmittel wäre. Für Stärkungsmittel, die oft der besten Medizin vorzuziehen sind, gebe die Kasse nach dem vorliegenden Verwaltungsbericht an wenigsten aus. Mit der Einführung der freien Arztwahl ist zunächst eine Mehrausgabe verknüpft, wie aber das Beispiel der neuen Maschinenbauerkasse lehre, gingen diese Mehrausgaben von Quartal zu Quartal herab. Die Maurerkasse habe sogar keine Mehrausgabe, sondern im Gegentheil eine Minderausgabe jeht zu verzeichnen. An der „Medizinischen Reform“ entnommenen Zahlen sucht Redner nachzuweisen, daß, wenn sich die Ortsklassen bei freier Arztwahl zentralisiren würden, eine Verminderung der Ausgaben eintrete.

Als einen Uebelstand kritisiert Redner die dreitägige Karenzzeit, deren Beseitigung er für das Allernothwendigste hält. Zu rügen sei noch die Behandlung, der die Mitglieder auf dem Bureau angesetzt seien. Die Beamten schrien annehmend, die Mitglieder sind throtwillen und nicht sie um der Mitglieder willen da. Daß in den angeregten Fragen nicht längt Abhilfe geschaffen sei, liege an den Mitgliedern selber, vornehmlich an den weiblichen. Die immer zwischen Weihnachten und Neujahr stattfindenden allgemeinen Mitglieder-Versammlungen, in denen die Delegirten zur maßgebenden Generalversammlung gewählt würden, sind so miserabel besetzt, daß die gesetzliche Zahl der Delegirten nicht gewählt werden könne und der Vorstand in die Lage verkehrt werde, die fehlenden zu ernennen. Die Kasse zähle beinahe 20 000 weibliche und nur etwa 4000 männliche Mitglieder. Obgleich das weibliche Element so überwiege, siehe keine einzige weibliche Person in der Generalversammlung, eine Folge der bei der Mehrheit der Frauen vorhandenen Gleichgültigkeit. Weibliche und männliche Mitglieder müßten so zahlreich in der zwischen Weihnachten und Neujahr stattfindenden Mitglieder-Versammlung erscheinen, daß es gelingt, eine Generalversammlung zu Stande zu bringen, wie sie sich gehöre. (Lebhafter Beifall.)

W a t h i s, Vorsitzender der Ortskasse, erhält als erster Redner das Wort: Nach Einführung der freien Arztwahl würde die Kasse jährlich 36 000 M. mehr verausgaben wie jetzt; jetzt zähle sie pro Mitglied 1,50 M., dann würde sie 3 M. Honorar zahlen müssen. Den Vorwurf weist er zurück, daß Vorstand und Verwaltung, die im übrigen zu trennen seien, nur immer darauf bedacht wären, den Reservefonds schnell zusammen zu bringen und das Wohl der kranken Mitglieder nicht berücksichtigten. Von dem für den Reservefonds schon vorhandenen gewissen Gelde habe man in den letzten 8 1/2 Jahren 100 000 M. zugelegt. Es sei schwer, von den Arbeitgebern und -Geberinnen die Beiträge einzufordern; die Kasse habe Mitglieder, die um 1,25 M. manifestiren. In einem Monat allein hätten 3500 M. eckelvoll eingetrieben werden müssen und bei 39 der in Betracht kommenden Arbeitgeber sei die Exekution fruchtlos ausgefallen. Die Kasse habe 30 Bezirks- und 12 Spezialärzte, alles tüchtige Leute. Dieselben sind angewiesen, nach bestem Wissen und Gewissen die Kranken zu behandeln, und ist ihnen durchaus nicht vorgeschrieben, wie weit sie bei den Rezepten gehen dürfen. Der Referent irrt sich darin. Blankenburg und Malchow könnten von der Kasse nicht mehr in Anspruch genommen werden, weil sie sich vom Gewerkschafts-Krankenverein losgesagt habe, um sich nicht vom Stadtsyndikus Ebert beherrschen zu lassen. Jene Anhalten seien allerdings sehr gut. Wenn in die General-

Verfammlung auch Damen geschickt würden, sei es dem Vorstände sehr lieb. Beschwerden über die Kassenbeurteilung oder Kasse nehme er, Redner, gern entgegen, schriftliche und auch mündliche. Seine Wohnung sei: In der Jerusalem Kirche 3. — Dr. Reiche: Für die Allgemeinheit der Kassenärzte zu sprechen, bin ich nicht befugt. Was aber die Mitteilungen des Referenten über die billigen Rezepte betrifft, so sind diese wohl irrtümlich. Ich entsinne mich keines Rezeptes, das 20 Pfg. kostet. Bekomme jemand gegen ein vorübergehendes Halsleiden Kraun verschrieben, würden allerdings nicht mehr wie 30 Pfg. dafür auszugeben sein. Ein Paragraph in unserem Kontrakt lautet: In der Wahl der Mittel sind die Ärzte unbeschränkt. Wir haben keine Verpflichtung, davon abzugehen, und wir verschreiben, was wir für richtig halten.

Frau Reimann: Sie habe gegen ein unheilbares Nervenleiden, dessen Ausprägungen periodisch wiederkehren, mehrere Male eine Eisenkur verschrieben erhalten, die ihr gut tat. Als ihr Leiden wiederkam, habe sie die Kur verschrieben gewünscht. Da sei ihr vom Arzt gesagt worden, daß diese nicht, in einer Konferenz mit dem Vorstände sei das festgestellt worden; eine Frau soll in einer Woche drei Flaschen à 2 M. verbraucht haben. Dem müsse sie, Rednerin, entgegenhalten, daß sie immer die ganze Woche mit einer gereicht habe. Rednerin fährt weiter an, eine Frau sei vom Kassenrat als arbeitsfähig geschrieben worden, ein Professor, den dieselbe darauf konsultierte, habe sie für noch so schwach erklärt, daß sie einer fünfwochenlichen Ruhe bedürfe. Sie sollte vor allem die Nähmaschine nicht benutzen, da diese ein Vorinstrument für schwächliche Frauen sei. — Timm gab hierauf eine eingehende Darlegung über die Ursachen der Krankheit, die mit unseren sozialen Verhältnissen eng verknüpft sind. In bezug der angeblich großen Zahl weiblicher Kranken, die der Kasse gegenüber arbeitsfähig sind, tatsächlich aber arbeiten, bemerkt Redner, daß er es denen, die oft kaum 6 M. die Woche verdienen, vom rein menschlichen Standpunkt aus nicht übel nehmen könne, wenn sie die 4,50 M. Kassengeld noch „mitnehmen“. Ein soziales Uebel sei es, daß sich da zeige. — Nach Timm sprachen noch Hoffmann, Jung, Steger, Raaschmann, Frau Schwarz und der Referent. Raaschmann führte aus, niemand im Vorstand bekämpfe prinzipiell die freie Arztwahl und niemand sei persönlich gegen die Abschaffung der Karenzzeit; die Verhältnisse liegen beides nicht zu. Die Kasse werde durch die weiblichen Mitglieder schwer belastet, das sei aber nicht daran schuld. Die Schuld liege wo anders; unsere Ärzte sprechen es ja offen aus, daß die weiblichen Mitglieder der Ortskasse weniger krank seien, als verhungert. Die Simulation bestche tatsächlich; täglich finden die Kontrollreue arbeitsfähig geschriebene Mädchen und Frauen arbeitend an der Nähmaschine vor. Die Kasse brauche geschickten einen Reservefonds von 366 000 M. und 47 000 M. seien nur vorhanden. Folgende Resolution gelangte hierauf zur Annahme: „Die heutige Verfammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, energisch gegen die Mißstände in der Kasse durch starke Beteiligung an den Delegiertenwahlen vorzugehen.“

Die Tapezierer beschäftigten sich am 30. Oktober in öffentlicher Versammlung mit der Frage: Wie stellen sich die Tapezierer Berlins bei eventuellen Arbeitsniederlegungen in ihrem Gewerbe? Friede in der plädierte für Einführung des Werkstatt-Vertrauensmänner-Systems, wie es sich bei den Buchdruckern wiederholt bewährt habe, damit die Agitationskommission in stetiger Verbindung mit den Werkstätten bleibt und in kürzester Zeit von allen Differenzen unterrichtet werden kann. Außerdem ersuchte er, bei vorkommenden Arbeitsniederlegungen der Agitationskommission in der Regelung der Unterstufung freie Hand zu lassen. Als Minimal-Unterstützung sollen für Ledige pro Woche 10 Mark, für Verheiratete 15 Mark zur Auszahlung gelangen. Veranlassung zu diesen Anträgen der Agitationskommission haben die letzten Vorfälle in der Möbelfabrik von Pfaff, Zeughostraße 3, gegeben, wo mehrere Kollegen gemahngelt wurden, ohne daß die Kommission rechtzeitig Kenntnis erhielt, um wirksam eingreifen zu können. Auch ersuchte die Kommission um die Ermächtigung bei Streiks anderer Gewerkschaften denselben Unterstützung bis zur Höhe von 30 M. überweisen zu dürfen. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Ein Antrag: Den streikenden Lithographen 50 M. zu bewilligen, wurde abgelehnt. Punkte verlas hierauf die Abrechnung der Agitationskommission. In der Zeit vom 13. Juli bis 30. Oktober d. J. betrugen die Einnahmen 108,66 M., die Ausgaben 187,50 M. und verblieb mit den Aufwänden und den Geldern auf der Sparkasse ein Bestand von 1241,85 M. Nachsin und Menzel sollen diese Abrechnung prüfen und in der nächsten Versammlung darüber berichten. Eine längere Debatte verurteilte die von Feder in Anregung gebrachte Vermehrung beider Organisationen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Sander erstattete Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsvermittlungskommission. In der Zeit von Anfang März bis Ende August dieses Jahres waren 975 Kollegen eingeschrieben. Offene Stellen waren 371 gemeldet, 50 mehr als in derselben Zeit des Vorjahres, von denen aber 53 nicht besetzt wurden. Ein Antrag, einen besoldeten Arbeitsvermittler zu wählen, wurde mit Uebertragung zur Tagesordnung erledigt. Die Bureauaufgabe soll als erster Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt werden.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungs-Verein des arbeitenden Volkes (Filiale Gefundbrunn) hielt am 23. Oktober, Abends, eine Versammlung ab. Ref. Herr Dr. Wenl sprach über „Heirat und Ehe“, ausföhrnd, daß die Ehe nach Eintritt der Geschlechtsreife für jeden Menschen wünschenswert, ja sogar notwendig sei. Heirat mit erblich Belasteten sei zu widerrathen, solche zwischen Naherwandten immer von Uebel. Unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gefahren den Wenigsten die Geschlechtsreife in so jungen Jahren, wie es vom hygienischen Standpunkte aus verlangt werden müsse, beförderten so die Gefährdung, die ihrerseits wieder eine Krankheit des Volkstörpers darstelle.

Diskussion fand nicht statt. Dann wurde zur Wahl einer Schriftführerin geschritten; als solche wurde Fräulein J. P. v. W. v. H. gewählt. Während einer Pause erfolgte die Aufnahme mehrerer neuer Mitglieder. Der Verein feiert am 18. November in Rieff's Festsaal, Weberstraße, sein erstes Stiftungsfest.

Literarisches.

Bilderbuch für große und kleine Kinder. Illustrirt von S. G. Jenisch, O. G. Lau und O. Marcus. Herausgegeben und verlegt von J. S. W. Dietz in Stuttgart. In derselben Zeit, als in Parteitage der Klage über die mangelnde Jugendliteratur erhoben wurde, war bereits ein bedeutungsvoller Schritt zur Abhilfe gethan. Eine prachtvolle Gabe hat unser Genosse Dietz unserer Jugend dargebracht in dem soeben erschienenen Bilderbuche. Dieser Erstlingsversuch tritt nicht kümperhaft auf; er kann sich in der Ausstattung und Ausführung dem Besten in der Jugendliteratur der bürgerlichen Kreise zur Seite stellen. Und dabei ist der Charakter der proletarischen Weltanschauung vollumfänglich gewahrt. Das zeigt sich schon in den Illustrationen auf den ersten Blick. In den Bilderbüchern der bürgerlichen Kreise findet der Arbeiter stets eine karrikirte Darstellung; er ist im besten

Falle herabgedrückt zu dem elenden und gebeugten Arbeitthlaven, in dem man nur die Klaventugenden der Demuth und des Gehorsams zu idealisieren sucht. Die edleren Tugenden werden nur verfinstlicht durch Gefalten der „gebildeten und bescheidenen Kreise“. Die vornehm und herablassend zeigt sich da schon die feine „höhere Tochter“ als kleines Mädchen gegenüber dem bescheidenen Proletarierkinderchen. Wie anders in dem Dietz'schen Bilderbuche! Da finden wir den Arbeiter und dessen Familie auch in der Menschenwürde dargestellt, die ihm das Bewußtsein, Träger der höchsten Kulturaufgabe zu sein, verleiht. Den Proletarier trägt hier das Gepräge des Menschentums. Und dabei ist der Fehler vermieden, die Tendenz in plumper Ausdrucksweise hervorzutreten; sie giebt sich einfach und wahr. Den Bildern entspricht auch der reiche und mannigfaltige Text. Wir enthalten uns der näheren Besprechung desselben, denn wir sind überzeugt, daß keiner unter unsern Lesern, der sich für Jugendliteratur interessiert, ermangeln wird, sich das Bücherlein selbst zu verschaffen und sich an seinem Inhalte zu erfreuen und diese Freude seinen Kindern mittheilen.

12. Ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. November 1893, Nachmittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

55 218 500 533 711 804 83 90 959 83 88 93 98 1122 455 33 (500)	119071 74 283 (15000) 834 (500) 901 48 114299 66 82 506 680 84 783
604 45 58 751 917 (15000) 37 79 2007 161 (500) 340 (500) 52 61 71 513	(500) 85 801 115066 190 208 322 412 17 65 584 880 963 118100
1000 781 3002 33 378 371 451 559 587 (500) 789 4070 143 290	845 87 428 555 745 844 (5000) 95 977 117100 50 389 585 726 864
86 343 67 (5000) 519 43 58 69 614 64 30 885 (500) 5181 95 363 (1500)	(5000) 118047 207 63 65 (500) 362 404 507 661 76 119351 427
425 49 596 603 724 872 933 6041 123 822 47 842 67 7012 108 71	626 (500) 659 751 924 31
341 67 423 27 533 679 762 8099 274 394 677 972 9333 401 92 684	120 70 296 (500) 501 44 68 118132 60 212 440 92 (5000) 679 746
864 915	875 122105 301 43 41 64 690 (50000) 604 704 921 (500) 26 124039
10008 239 303 (5000) 471 624 715 829 48 11110 255 549 12041	953 679 775 121019 33 225 330 421 23 628 (50000) 603 26 94 829
(5000) 120 87 284 370 72 83 853 94 120992 (5000) 217 355 440 62	(5000) 961 125112 33 271 76 395 585 608 825 99 126169 76 429
511 21 46 (5000) 67 668 91 718 93 853 14317 193 212 24 (5000) 388	511 851 936 127049 245 (15000) 598 623 (5000) 792 836 908 120095
845 28 (5000) 1511 32 287 518 35 29 (5000) 16017 181 267 (500)	(5000) 887 411 45 47 93 659 920 49 129167 88 98 400 68 511 26
603 43 664 921 46 71 17073 183 227 464 573 (5000) 631 67 973 74	(5000) 679 629 890
18 78 188 672 762 823 27 68 97 19146 80 448 84 94 627 786 859	130 88 353 (5000) 58 (5000) 422 76 798 832 46 88 973 181077 177
964 90	82 541 69 (5000) 61 699 (10000) 960 122116 66 78 345 45 791 887
80046 193 401 17 753 820 33 21195 315 (5000) 31 463 79 507 29	133 467 197 701 844 134083 180 500 728 65 808 46 (5000) 944 135078
780 960 22008 162 388 478 99 841 92 23281 309 80 414 94 550 77	306 57 556 601 17 46 (50000) 84 (100000) 878 945 130051 306 573
639 42 741 96 24083 308 88 541 942 45 25079 296 337 416 608 776	(5000) 822 817 49 85 977 93 137312 320 24 666 704 905 29 138008
87 836 998 20214 26 (500) 319 718 825 590 (15000) 58 27011 56 104	142 50 63 655 829 73 139008 174 77 397 473 519 672 712 33
6 21 339 425 545 678 827 993 28153 360 450 61 79 87 537 84 617	140263 430 84 559 69 691 751 838 141165 209 25 412 25 39 580
907 20295 403 46 73 81 82 632 784	803 21 946 51 142021 197 243 441 884 143082 138 224 411 92 659
30177 265 471 621 679 700 31073 158 74 200 414 48 592 630 761	883 144088 209 323 479 (5000) 588 649 852 145000 (5000) 65 128
72 923 31 20097 (5000) 600 8 721 36 79 919 55 33109 388 789 834 96	323 615 785 78 943 140065 93 179 210 430 567 (5000) 816 823 (500)
963 34191 251 423 (5000) 536 678 936 35078 219 420 86 515 39 696	147211 (5000) 493 509 (1500) 15 49 619 730 21 29 44 89 999 72 (5000)
813 917 26092 123 54 81 480 523 34 55 53 64 741 27029 42 564	148 87 356 86 878 610 849 59 899 140003 169 348 73 420 93 543
610 14 54 826 85 89 38374 (5000) 92 649 51 641 (5000) 720 38 809 37	(5000) 624 729 86 899 917
921 22 (5000) 39020 114 478 520 623 814 31 59 729 26 867 72 906 (500)	130 906 147 239 317 51 69 816 75 971 151186 (5000) 93 248 374
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	(150) 458 878 152067 91 (500) 127 378 423 55 65 631 (5000) 832 89
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	153099 212 31 416 49 63 575 96 617 87 (500) 96 707 61 97 154110
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	32 (5000) 312 31 303 (5000) 53 416 81 518 897 925 155085 115 268 1 2
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	302 643 73 730 (5000) 809 18 40 99 (5000) 150043 48 73 90 141 296
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	(5000) 459 96 573 752 857 91 (5000) 935 (5000) 82 157094 125 386 59
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	530 47 76 78 78 84 99 (500) 45 128219 53 726 87 929 159250
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	363 95 621 49 729 807 933 93
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	160161 (500) 92 316 41 436 509 662 703 (5000) 77 846 61 91 987
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	91 161211 556 59 68 98 650 731 96 832 162180 97 310 446 46 514
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	92 719 (5000) 820 55 163006 172 (50000) 89 91 201 29 316 34 44 84 464
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	93 815 872 902 37 161029 170 399 677 977 95 165 90 55 393 788 803
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	94 (5000) 932 77 160490 83 344 40 58 61 528 650 745 57 160703
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	95 46 118 19 34 35 201 324 37 576 620 31 57 60 715 17 807 20 (5000) 88
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	(5000) 98 7 168 95 123 46 340 405 82 593 692 634 60 61 83 798 92
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	96 109 95 119 282 409 43 72 74 104 (5000) 973
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	170 253 61 517 641 892 956 171047 (5000) 251 408 543 70 423
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	172 95 391 51 80 80 (5000) 629 80 700 829 929 47 172800 304 174 282
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	176 74 437 630 53 54 716 74 173 35 452 91 (1500) 366 930 170 220
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	515 88 (5000) 640 788 898 34 37 81 177 410 55 305 83 827 29 756
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	809 (1500) 21 31 989 178150 218 400 617 880 170024 219 391 444
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	74 557 632
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	150 189 328 544 686 708 24 67 857 181086 138 407 (5000) 64 66 (1500)
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	644 17 606 54 814 88 182033 (5000) 195 347 417 669 784 88 873
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	184057 121 669 795 830 184031 271 326 432 (5000) 80 558 98 602 9
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	45 67 735 884 185149 78 81 85 230 34 330 (5000) 63 500 (5000) 39 632 4
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	(5000) 764 189102 (5000) 23 267 381 93 (5000) 632 814 913 187229
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	557 606 9 23 95 881 (5000) 182030 32 64 495 549 84 (10 000) 711 67
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	826 939 180031 291 435 614 88 741 66 83 872
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	190084 216 34 (15000) 372 440 80 534 770 78 857 985
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	191160 329 463 515 696 41 828 67 956 192189 248 323 73 406 46 55
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	502 659 702 8 24 831 54 193228 391 531 807 900 (15000) 194402
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	300 627 84 761 56 163113 232 36 403 74 529 57 601 723 98 190604
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	178 221 349 496 565 82 651 575 197044 101 25 276 317 63 68 427 34
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	649 957 198202 556 763 75 825 29 39 973 199300 413 676 631
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	708 874
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	200004 (500) 55 110 54 213 40 385 90 (15000) 577 91 661 69 78 728
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	809 21 201283 371 81 419 601 16 46 731 384 925 43 204088 198
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	238 50 60 (50000) 222 849 955 203161 70 396 425 529 60 80 95 (5000)
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	779 80 204082 221 32 66 333 436 47 (5000) 568 707 61 833 202025
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	54 90 308 89 535 636 748 828 200091 195 266 303 83 471 76 98
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	551 92 93 207038 138 329 36 487 624 756 (150 000) 997 200081
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	112 341 404 543 733 83 89 853 88 956 409304 150 70 640 834 956 87
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	210984 866 211059 91 188 339 66 517 777 85 (15000) 839 (5000)
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	903 83 212189 136 42 321 58 527 66 219079 80 (5000) 534 51 910 50
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	214069 224 58 502 (500) 67 697 80 725 69 827 61 83 96 903 61 (5000)
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	215109 90 237 374 627 733 49 63 845 87 216034 38 46 54 61 118 457
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	512 72 815 48 54 60 982 121 688 280 678 92 861 (5000) 919 (5000) 58 79
94 42035 (50000) 161 (5000) 546 703 (5000) 657 729 92 867 72 906 (500)	215839 33 239 465 78 571 84 (500) 66 759 830 96 (15000) 959 210070</